

Aktuelles
Andrássy-Tag
an der Universität
Heidelberg

**Grüßwort
des deutschen
Botschafters in Ungarn**

Semesterrückblick
Studierendenschaft,
DoktorandInnen & Alumni

andrássy

NACHRICHTEN

2016
Sommersemester

NACHRICHTEN
DER
ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

IMPRESSUM

10. Ausgabe der Andrassy Nachrichten (6. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 1500 Stück, Erscheinungsdatum: 08.02.2016

Herausgeber: Prof. Dr. András Masát, Rektor der Andrassy Universität Budapest

Redaktion: Referat für Marketing und Kommunikation
& Ágnes Wörster

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsa Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Foto Titelseite: Gábor Ancsin

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität Budapest (im Speziellen bei Balázs Szecsódi, Gábor Ancsin und Zoltán Tuba oder den jeweiligen AutorInnen), oder diese sind gemeinfrei.

Andrassy Universität Budapest

Pollack Mihály tér 3.

H-1088 Budapest

Telefon: +36 1 266 3101

Fax: +36 1 266 3099

uni@andrassyuni.hu

www.andrassyuni.eu

USt-Id-Nr.: HU18173967

2016/1



Feierliche Eröffnung des Studienjahres
2015/2016 und Diplomübergabe
SEITE 4

INHALT

VORWORT DES REKTORS

2

AKTUELLES

Kooperationsgespräche zwischen AUB und EURAC | KAS-Materialhilfe ermöglicht neue Bibliotheksbeleuchtung | Eröffnung des Studienjahres 2015/2016 | Workshop zu Erfahrungen älterer Personen | ExpAct-Posterpräsentation auf AARTE-Konferenz | Kooperationsvertrag mit Balassi-Institut unterzeichnet | AAL-Forum 2015 | Konferenz zum Thema Telearbeit | Andrássy-Tag an der Universität Heidelberg | AUB-ExpAct beim Joint Research Center Annual Event | Ausstellung: 150 Jahre Wiener Ringstraße | AUB-Kanzler unter den „Young Leaders of the Year“ | netPOL: Erfolgsprojekt geht in die Verlängerung

3

GRUSSWORT DES BOTSCHAFTERS DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

11

VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2015/16

Vortrag des Fürsten von Liechtenstein | Gastvortrag von Giovanni Matteo Quer | Konferenz zu den deutsch-ungarischen Beziehungen | Erhard Busek zu „Europa und der Balkan nach 1989“ | Jahrestagung zu Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa | Konferenz zur schweizerisch-ungarischen Freundschaft | Gastvortrag „Politische Repräsentativität und die EU“ | „Aus der politischen Kulisse“ – Peter Radunski an der AUB | Internationale Konferenz zu „Democratic Innovation“ | Michael Stürmer zu „Deutschland in Europa“ | Internationale Konferenz zu EU-Integration und Zusammenhalt | POL&IS an der AUB | AUB-Flashlight zu den polnischen Wahlergebnissen | Alois Riklin zum „Projekt Weltethos“ | Vortrag von Radován Jelásity | IMF's Regional Economic Outlook – Kooperation mit Harvard Club of Hungary | Konferenz zu „Grenzen der Demokratie“ | Career Brunch @ AUB | Workshop zu „Krieg gegen Italien“ | „Emlékezní csak pontosan...“ – Buchpräsentation in der Österreich-Bibliothek | Exkursion nach Serbien, Österreich und Bayern | Arbeitsseminar zur Integration der Roma-Minderheit in Ungarn | Rundtischgespräch „Versöhnung in Europa – Wunschenken oder Realität?“ | Vortragsreihe Internationales Management

12



Jugendoffiziere der Bundeswehr an der AUB
Seite 30



Internationales Management – Vortragsreihe mit Führungskräften in Ungarn
Seite 48

PORTRAIT | Interview mit Ulrich Schlie

50

SEMESTERRÜCKBLICK DER STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

51

AUB-Studierende bei der Salzburger Hochschulwoche 2015 | Donauschiffahrt des Alumni-Vereins | „Zusammen zur Einheit“ – Puzzleteil der AUB-Studierenden | Der Debattierclub – streiten, aber professionell! | Wahlen der Studierendenvertretung | AUB-Alumni beim niederländischen Botschafter in Budapest | Fokus IB – Internationale Beziehungen und Diplomatie in der Praxis

DARÜBER HABEN WIR IM SOMMERSEMESTER 2015 NICHT BERICHTET...

55

Gespräch mit Angela Korb an der AUB | Bayernexkursion 2015

Vorwort des Rektors



Liebe Freunde der Andrassy Universität Budapest,

mit dem neuen Jahr steht wieder auch ein neues Semester vor der Tür. Wir werden auch dieses Mal neuen Herausforderungen begegnen, von denen die wichtigste für unsere Universität die Umsetzung der modifizierten Satzung sein wird. Dies bedeutet vor allem den Umbau der ganzen bisherigen Struktur der Universität: An Stelle der Fakultäten werden nun die einzelnen Studiengänge die Unterrichtsstruktur tragen. An Stelle der Dekane werden Studiengangsleiter in kleineren Fachgremien zusammen mit der studentischen Vertretung für einen reibungslosen Verlauf des akademischen Betriebs sorgen. Die neue Struktur wird sicherlich noch zahlreiche, z. Zt. nicht in Gänze voraussehbare Konsequenzen nach sich ziehen, auf die wir im Laufe der nächsten Monate reagieren werden.

Ein anderer und wesentlicher Schwerpunkt unserer Tätigkeit liegt immer in der langfristigen finanziellen Absicherung unserer Universität. Nachdem das Jahr 2015 für uns so spektakulär mit dem Besuch der Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland begonnen hatte und uns eine vorher

kaum gekannte Medienaufmerksamkeit zuteil wurde, konnten wir wohl berechtigt auf die schon früher in Aussicht gestellte erweiterte Unterstützung der Partnerländer für weitere fünf Jahre hoffen. Umso mehr traf es uns, dass die Regierung Baden Württembergs – nach Ablauf der Unterstützung seitens der Baden-Württemberg Stiftung – nur für die nächsten zwei Jahre, für 2016 und 2017, eine Finanzierungsvereinbarung unterzeichnen wollte. Das bedeutete, dass sich alle Partnerländer nur für die nächsten zwei Jahre zu einer Vereinbarung über eine finanzielle Beteiligung an der Tätigkeit der Andrassy Universität Budapest verpflichten konnten. Damit ist die Hauptaufgabe aller beteiligten Gremien (Kuratorium, Universitätsrat, Rektorat) gegeben: Für unsere Universität muss ein langfristiger finanzieller Rahmen geschaffen werden.

Zu diesen zentralen Aufgaben kommt im Jahre 2016 noch die Wahl von zwei hohen Posten im Rektorat hinzu: die des Rektors

und des Kanzlers. Der bisherige Rektor kann – im Gegensatz zum Kanzler – nicht wiedergewählt werden. Für die Beibehaltung der guten Traditionen, der bisherigen guten Praxis ebenso wie für neue Initiativen sind damit die Möglichkeiten gegeben.

In turbulenten Zeiten ist jede gute Nachricht willkommen. In diesem Jahr wird die AUB 15 Jahre alt sein. Wir werden dieses großartige Ereignis würdig feiern: Die bisher tadellose Zusammenarbeit der Partnerländer und der Freunde unserer einmaligen Universität hat schon sehr ansehnliche Früchte gebracht. Möge es so weitergehen!

Mit allen guten Wünschen

A handwritten signature in blue ink, which reads "András Masát". The signature is written in a cursive, flowing style.

András Masát

Aktuelles

NACHRICHTEN AUS DEM UNIVERSITÄTSLEBEN

Kooperationsgespräche zwischen AUB und EURAC in Bozen

Zwischen dem 30. August und 2. September 2015 fanden in Bozen (Südtirol) intensive Gespräche zu aktuellen und zukünftigen Forschungsk Kooperationen zwischen der AUB und der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) statt.

Die AUB-Delegation – bestehend aus Prof. Dr. Stefan Okruch, Dr. Felix Piazzolo, Dr. Lukas Paa und Csilla Szentiványi – nahm an einem zweitägigen Workshop teil, der der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der EURAC und der AUB im Rahmen des gemeinsamen internationalen Forschungsprojekts ExpAct diente. Inhaltliche Schwerpunkte lagen vor allem auf dem Geschäftsmodell für die ExpAct-Lösung auf Konsortial- und Partnerebene, sowie auf der Taxonomie der Applikation und die Implementierung der Pilotszenarien. Außerdem wurden erste Ergebnisse der Workshops und Tests mit Endanwendern gemeinsam diskutiert und Rückschlüsse für die weitere Entwicklung gezogen. Im Rahmen eines Side-

Events, bei dem ExpAct der breiten Öffentlichkeit vorgestellt wurde, stieß das Projekt auf positive Resonanz.

Darüber hinaus wurden mögliche Forschungsk Kooperationen in ähnlichen und anderen Bereichen diskutiert. Dazu stellten alle Beteiligten ihre Projekte bzw. aktuellen Forschungsschwerpunkte vor und gemeinsame Anknüpfungspunkte wurden erörtert. Auf Seiten der EURAC war dabei das Team des Instituts für Public Management vertreten, das von Prof. Dr. Kurt Promberger (zugleich Uni-

versität Innsbruck) geleitet wird. Die gemeinsame zukünftige Teilnahme an weiteren AAL-Projekten stand dabei im Mittelpunkt der Gespräche.

Außerdem wurden Vorbereitungsgespräche für den Dozentenaustausch zwischen der EURAC und der AUB geführt. Nachdem im Wintersemester Prof. Kurt Promberger an der AUB gelehrt hatte, soll in den kommenden Semestern der wechselseitige Austausch fortgesetzt und verstetigt werden. Als erste konkrete Ergebnisse können der Beginn und die Institutionalisierung des Dozentenaustauschs EURAC-AUB sowie ein geplanter gemeinsamer Forschungsantrag 2016 genannt werden.



KAS-Materialhilfe ermöglicht neue Bibliotheksbeleuchtung

Studierende und Gäste der Bibliothek der AUB können sich pünktlich zum Wintersemester 2015/16 über eine angenehmere Arbeitsatmosphäre und über verbesserte Arbeitsbedingungen beim Lesen, Lernen und Forschen freuen.

Dank einer großzügigen Materialhilfe im Wert von 5.000 € durch die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) wurde die veraltete Beleuchtung der Bibliothek während der Semesterferien ausgetauscht und durch ein modernes und effektiveres Beleuchtungssystem ersetzt. Die neue Beleuchtung ermöglicht nun optimale Lichtverhältnisse zu jeder Tageszeit: Die zusätzlichen neuen Lampen über den Arbeitsbereichen in der Bibliothek bieten dabei ein angenehmes Arbeitsumfeld.

Die KAS unterstützt die Universität regelmäßig in Form von Materialhilfen, führt aber auch gemeinsam mit der AUB verschiedenste Projekte

und Veranstaltungen in den Bereichen der politischen Bildung, Kultur und Wissenschaft durch.

Besucher und Mitarbeiter danken für die Spende und die wiederum gelungene Kooperation mit dem Buda- pester KAS-Büro und Frank Spengler, der regelmäßig Gast in unserem Hause ist und die Entwicklung der AUB bereits seit einigen Jahren in guter Verbundenheit begleitet, diese fördert und weit über die Grenzen Ungarns hinaus vertritt.



Rektor András Masát mit Frank Spengler.



Eröffnung des Studienjahres 2015/2016

Impressionen und Ausschnitte aus den Reden der feierlichen Eröffnung des 14. Studienjahres und der Diplomübergabe am 11. September 2015



Die frischgebackenen Absolventinnen und Absolventen.

„Die feierliche Eröffnung ist [...] ein wichtiger Bestandteil des Universitätsrituals: vieles wird fortgesetzt und weiterentwickelt und manch Neues soll eingeführt und verwirklicht werden. Als sehr junge Universität können wir auch in diesem Jahr feststellen, dass die Idee einer deutschsprachigen Universität in Budapest nicht nur einen hohen und wichtigen Symbolwert für die Region vermittelt, sondern auch, dass die Gründung einer solchen Universität mit der Förderung des transnationalen wissenschaftlichen Dialogs und einem starken Europabezug im Mittelpunkt einen sehr aktuellen, lebensfähigen und auch hochschulpolitisch wichtigen Schritt bedeutet.

Die vergangene Zeit zeugt davon, dass ein internationales Hochschulprojekt dieser Art für die ganze Region ein Leuchtturmprojekt werden kann und eine Investition für die Zukunft, für eine europäische Hochschulland-

schaft der Zukunft darstellt. Wir alle, Partnerländer und Partneruniversitäten, Studenten, Mitarbeiter und Professoren der Andrássy Universität

Budapest können stolz sein, an einem solchen Projekt mitwirken zu können: Mitwirken an der europäischen Zusammenarbeit im Bereich Bildung und Wissenschaft, Mitwirken an Prozessen, die dem Wissens- und Kulturtransfer den Weg ebnen und diesen aktiv fördern.“

**Prof. Dr. András Masát,
Rektor der AUB**

„[...] Zunächst möchte ich allen diesjährigen Absolventen sehr herzlich zu Ihrem Abschluss gratulieren: Sie werden heute nach dem Erhalt der Zeugnisse die AUB verlassen und ihren ganz persönlichen Karriereweg einschlagen. Es ist ein schönes und aufregendes Gefühl, und ich wünsche Ihnen viel Erfolg auf Ihrem Weg.

Ich kann mich aber selbst an meinen Tag der Zeugnisübergabe erinnern und weiß, dass man sich heute auch von Freunden verabschieden muss, die man während der Studienzeit gefunden und schätzen gelernt hat. Ich halte es daher für wichtig, dass neben der Uni ein Netzwerk besteht, durch das alte Kontakte immer wieder aufgenommen und bestehende gepflegt werden können.“

**Martin L. Wodraschke, LL.M.,
Präsident des AUB-Alumni-Vereins**



Zoltán Balog (links), Minister für Humanressourcen, hielt die Festrede.

„[...] Im vergangenen Jahr ist nicht nur für mich persönlich unglaublich viel passiert – nur damit kann ich mir erklären, dass die Zeit so rasch vorbeigegangen ist. Dabei ist mir aufgefallen, wie viel Bedeutung der Ressource „Zeit“ eigentlich beizumessen ist. Denn wenn alles planmäßig abläuft, sollte ja ein Master-Student an der AUB nach zwei Jahren mit dem Studium fertig sein. Doch wofür reicht das? Genügt diese Zeit, um sich den Lernstoff wirklich anzueignen? Reicht sie aus, um neue Freundschaften zu schließen? Ich kann nach diesem Jahr sagen: Definitiv ja.

Denn auch wenn die Zeit oft sehr knapp ist und war – ich habe bisher noch nie davor in meinem Leben so viel mitgenommen, wie an dieser Universität. Dies betrifft einerseits die Lerninhalte, die ich meinem Empfinden nach sehr gut in der Zukunft gebrauchen kann. Andererseits habe ich hier, das kann ich bereits jetzt sagen, Freunde fürs Leben gefunden. Da wir wirklich wenige Studierende sind, haben wir fast täglich miteinander zu tun – in der Vorlesung, beim gemeinsamen Lernen



Der Spiegelsaal bei der Jahreseröffnungsfeier und Diplomübergabe.

und in der Freizeit. Die Zeit, die wir hier verbringen, ist so intensiv. Das macht sie so kostbar.“

**Flora Borek, Vorsitzende
der Studierendenschaft der AUB**

Workshop zu Erfahrungen älterer Menschen an der AUB

Im Rahmen des internationalen Forschungsprojektes „Experience keep people active – ExpAct“ fand am 9. September 2015 ein Workshop mit dem Titel „Von welchen meiner Erfahrungen möchte ich künftig profitieren?“ an der AUB statt. Ziel des Workshops war es, mit älteren Menschen einen innovativen Fragebogen zur Erfassung ihrer beruflichen und persönlichen Erfahrungen zu erarbeiten.

Zu diesem Zweck füllten die 23 Teilnehmenden den vom Projektkonsortium entwickelten Fragebogen individuell aus und beantworteten gleichzeitig eine Reihe von Fragen zum Fragebogen. Wichtige Punkte waren dabei der Inhalt, die Verständlichkeit und die Vollständigkeit der Daten, die zusammengefasst ein umfassendes Nutzerprofil ergeben. Anschließend wurde in kleinen Gruppen gearbeitet, in denen die Teilnehmenden die Möglichkeit hatten, den Fragebogen zu besprechen und weitere, allgemeine sowie spezifische Themen wie Datensicherheit, Benutzerfreundlichkeit und Verlässlichkeit von Profil-

daten zu diskutieren. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden in einer Diskussionsrunde die wichtigsten Informationen und Vorschläge aus den Gruppen zusammengetragen und dokumentiert. Die Ergebnisse des Workshops fließen in die Projektarbeit ein und stellen eine nützliche Ergänzung zu den in den Partnerländern Schweiz, Österreich, Italien und Deutschland bereits stattgefundenen Gesprächen dar. Die ExpAct-Lösung

kann dadurch noch besser an die Bedürfnisse der zukünftigen Nutzer angepasst werden.

Das von der Europäischen Union finanzierte Forschungsprojekt „ExpAct“ läuft über zwei Jahre und wird von der AUB als Projektpartnerin durchgeführt. Die Softwarelösung wird, wie in den anderen Partnerländern, auch in Ungarn in Form einer Online-Plattform umgesetzt, die dem Erhalt und der Weitergabe von Wissen und Erfahrungen älterer Personen dient. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit dem ungarischen CedarNet-Programm des Erasmus-Instituts.



ExpAct-Posterpräsentation auf AATE-Konferenz in Budapest

Das ExpAct-Team der AUB hat während der Konferenz „Advancing Assistive Technology and eAccessibility for People with Disabilities and the Aging Population“ vom 9. – 12. September 2015 in Budapest die Chance wahrgenommen, die Idee des Projektes einem internationalen Publikum vorzustellen. An der Posterpräsentation nahmen rund 30 internationale Teams teil. Sowohl die Präsentation, als auch die Teilnah-



me an diversen wissenschaftlichen Tracks boten eine hervorragende

Möglichkeit, sich mit potentiellen Partnern und Kollegen zu vernetzen.



Kooperationsvertrag mit Balassi-Institut unterzeichnet



AUB-Rektor András Masát mit Balassi-Generaldirektorin Judit Hammerstein.

Die Generaldirektorin des Balassi-Instituts, Dr. Judit Hammerstein, und

AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát, unterzeichneten am 17. September

2015 einen für beide Seiten bedeutenden Kooperationsvertrag, der es AUB-Studierenden im Studiengang Mitteleuropäische Studien – Diplomatie ermöglicht, ihr Praktikum an Balassi-Instituten im Ausland zu absolvieren.

AUB-Studierende können so praktische Erfahrungen bei der kulturdiplomatischen Arbeit, bei der Presse- und Marketingtätigkeiten sowie bei der Mitwirkung an Bildungsprojekten in verschiedenen Balassi-Instituten sammeln.

Das langfristige Ziel der Zusammenarbeit ist die Unterstützung von Studierenden, die über Praktika verschiedene Projektaktivitäten kultureller Institutionen kennenlernen können. Es geht hierbei v. a. um die kulturellen Beziehungen des Empfängerlandes und um praktische Erfahrungen im Bereich Institutsmanagement.

AUB auf AAL-Forum 2015 in Gent

Das AAL Forum ist die jährlich stattfindende Veranstaltung für alle Beteiligten und Interessenten am Themenbereich AAL („Active and Assisted Living“; früher „Ambient Assisted Living“). Das Forschungsförderungsprogramm, das von der Europäischen Kommission und europäischen Staaten gemeinsam finanziert wird, fördert Forschungsprojekte mit internationalen Partnern aus Forschung und Wirtschaft, die sich zum Ziel setzen, moderne Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) einzusetzen, um älteren Menschen ein selbstbestimmtes und aktives Leben zu ermöglichen. Die AUB ist mit dem Projekt „ExpAct“ („Experience keep people active“) Teil des AAL-Programms und hat dieses auch auf dem AAL Forum 2015 vom 22. – 25. September 2015 in Gent (Belgien) vorgestellt.

Als größte Veranstaltung mit einem Fokus auf AAL in Europa bot die Veranstaltung ein interessantes und abwechslungsreiches Spektrum an Vorträgen von internationalen Experten. Zahlreiche interaktive Sessions luden zur Diskussion und zum intensiven Austausch von Ideen und Erfahrungen ein. Zwischen den Vorträgen und Workshops blieb genug Zeit, sich an den Ständen der Aussteller über neueste Entwicklungen zu informieren. Die AUB war mit zwei Ständen vertreten: Einmal wurde gemeinsam mit den schweizerischen Partnern von der ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) und der PowerAge Foundation (Basel), das Projekt ExpAct inklusive neuester

che interaktive Sessions luden zur Diskussion und zum intensiven Austausch von Ideen und Erfahrungen ein. Zwischen den Vorträgen und Workshops blieb genug Zeit, sich an den Ständen der Aussteller über neueste Entwicklungen zu informieren. Die AUB war mit zwei Ständen vertreten: Einmal wurde gemeinsam mit den schweizerischen Partnern von der ZHAW (Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften) und der PowerAge Foundation (Basel), das Projekt ExpAct inklusive neuester

Forschungsergebnisse vorgestellt. An einem weiteren Stand wichtiger Hochschulpartner wurden diverse Projekte aus vergangenen Ausschreibungen und Projektideen für die aktuelle Ausschreibung vorgestellt.



Konferenz des Arbeitgeberforums für Chancengleichheit zum Thema Telearbeit

Der Interessenverband „Arbeitgeberforum für Chancengleichheit“ (Munkáltatók Esélyegyenlőségi Fóruma, kurz MEF) veranstaltete am 21. Oktober 2015 die Konferenz „Telearbeit – Eine Chance mehr für die Beschäftigung“. Vertreter zahlreicher namhafter Unternehmen und Organisationen beteiligten sich an der Diskussion und dem Austausch über bewährte Praktiken zum Thema atypische Beschäftigungsformen im Allgemeinen und Telearbeit im Spezifischen. Von Seiten der AUB nahmen Petra Bölöni und Csilla Szentiványi im Rahmen des Forschungsprojektes ExpAct an der Veranstaltung teil.

Im ungarischen und europäischen Kontext ist dieser Themenkreis besonders deswegen relevant, weil flexible Beschäftigungsformen als eine mögliche Lösung für den Umgang mit dem demografischen Wandel und dem damit verbundenen Fachkräftemangel angesehen werden. Beispielsweise erleichtert die Verbreitung von Telearbeit einerseits den Zugang von Personengruppen mit eingeschränkter Arbeitsfähigkeit zum Arbeitsmarkt, wodurch die Beschäftigungsrate erhöht wird. Andererseits kann aber auch die Zufriedenheit der Arbeitnehmer bedeutend gesteigert werden, was zur Reduzierung der Abwanderung hochqualifizierter Menschen beitragen kann.

Die Konferenz diente als Forum, um das Thema Telearbeit aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. So wurden nicht nur die aktuellen rechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen erläutert, sondern auch aktuelle und zukünftige Trends diskutiert. Als größtes Hindernis für die Verbreitung von Telearbeit in Ungarn

wurden die aktuellen Arbeitsschutzvorschriften genannt, die viele Arbeitgeber davon abschrecken, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Daher schlägt das Arbeitgeberforum für Chancengleichheit aufgrund der IAO-Konvention Nr. 177 über Heimarbeit vor, die relevanten Passagen des ungarischen Arbeitsgesetzbuchs zu ändern und den heutigen Anforderungen anzupassen. Durch eine Neudefinition des Begriffs „Arbeitsplatz“ und eine gleichmäßigere Verteilung der Verantwortlichkeiten bezüglich des Arbeitsschutzes zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern könnte eine wichtige Präkondition für die Verbreitung der Telearbeit geschaffen werden.

Am Nachmittag diskutierten Vertreter der Magyar Telekom Nyrt., der MOL Nyrt., der E.ON Hungária Zrt.

sowie der BP Magyarország Kft. in einem Podiumsgespräch über die Best Practices hinsichtlich Telearbeit in ihren Unternehmen. Hervorgehoben wurden v. a. die positive Wirkung auf die Zufriedenheit der Arbeitnehmer sowie ein deutlicher Rückgang der Mitarbeiterfluktuation. Die Bedenken vieler Manager bezüglich einer Verringerung der Arbeitsproduktivität wurden hingegen in keinem Fall bestätigt.

Die Verbreitung von atypischen Beschäftigungsformen wird auch aus Sicht des europäischen Forschungsprojektes „ExpAct – Experience Keep People Active“ als ein wichtiger Schritt betrachtet, um älteren Personen, die noch aktiv bleiben möchten, den Zugang zu ehrenamtlichen oder beruflichen Tätigkeiten zu erleichtern. Dank der familiären Atmosphäre der Konferenz konnten Kontakte mit mehreren Unternehmen aufgenommen werden, mit denen nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht wird, um die Weiterverbreitung der Best Practices auf diesem Gebiet voranzutreiben.



Europa-Skeptizismus in Deutschland und Ungarn

„Andrássy-Tag“ an der Universität Heidelberg am 27. Oktober 2015

In den vergangenen Jahren ist die Skepsis vieler Bürger in Europa gegenüber einer „immer engeren Union der Völker Europas“, wie sie von

den europäischen Verträgen zum Ziel erklärt wird, ständig gewachsen. Insbesondere in Deutschland und in Ungarn ist die Zahl der EU-

Kritiker signifikant gestiegen. In Ungarn hoffte nach dem Umbruch von 1989/90 eine überwältigende Mehrheit der Bürger, dass die Integ-



„Andrássy-Tag“ an der Uni Heidelberg: Zur Vorstellung der AUB und zur gemeinsamen Podiumsdiskussion kamen über 100 Gäste.

ration ihres Landes in die NATO und in die EU Sicherheit und Wohlstand bringen würde; in Deutschland war mit der europäischen Einigung die Überwindung der Folgen des Zweiten Weltkrieges und die Reintegration in die westliche Staaten- und Wertegemeinschaft verbunden. Mit den Wahlerfolgen von Jobbik – 22 Prozent der Stimmen bei der Parlamentswahl in Ungarn im April 2014 – und mit den Erfolgen der AfD sowie den Pegida-Demonstrationen in Deutschland wird deutlich, dass der breite, geradezu unangefochtene Konsens in Frage gestellt wird.

Im Rahmen der gemeinsamen Podiumsdiskussion der AUB und der Universität Heidelberg zum Thema „Europa-Skeptizismus in Deutschland und Ungarn“ am 27. Oktober 2015 wurde diskutiert, welche Ursachen zu der Zunahme der Skepsis gegenüber dem europäischen Integrationsprozess geführt haben, welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten die Europa-Skepsis in Deutschland und in Ungarn aufweist und wie dieser Skepsis begegnet werden könnte. Über 100 Studierende und Gäste folgten der Debatte der Experten auf dem Podium in den Räumlichkeiten der Universität Heidelberg: Prof.

Dr. Michael Anderheiden, Professur für Europäisches Öffentliches Recht und seine Grundlagen (AUB), Melani Barlai, Wissenschaftliche Mitarbeiterin (AUB/netPOL) und Zoltán Kiszelly, Politikwissenschaftler (Kodolányi János Főiskola, Székesfehérvár/Budapest) legten dabei die ungarische Perspektive auf das Thema und auch die verschiedenen Positionen ungarischer Parteien und der Zivilgesellschaft dar. Dr. Georg Paul Hefty (vormals Redakteur bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff, Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Handels-, Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht, Europarecht und Rechtsvergleichung an der Universität Heidelberg, vertraten die deutsche Sichtweise. Moderiert wurde die Veranstaltung von AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen.

Zur Debatte stand insbesondere die Frage, ob lediglich ein Problem der Vermittlung eines an sich positiv bewerteten Integrationsprozesses vorliege, oder ob es einer grundlegenden Neuausrichtung der EU bedürfe. Dabei gingen die Experten besonders auf die jüngsten Konflikte zwischen Ungarn und Deutschland

in der Bewertung der Rolle der EU in der Migrationspolitik ein – hier zeigten sich grundsätzliche Unterschiede in der Einschätzung, welche Aufgaben der EU zukommen sollten. Melani Barlai zeigte dazu aktuelle Entwicklungen im Wahlverhalten der ungarischen (vor allem jungen) Bevölkerung auf und stellte dabei auch die Online-Wahlhilfe „Vokskabin“ (ein AUB-eigenes Projekt, ähnlich dem deutschen „Wahl-O-Mat“) vor und lieferte dem überwiegend deutschen Publikum Erklärungsansätze. Zoltán Kiszelly legte die Positionen der ungarischen Regierung zur Migrationspolitik und zur EU-Integration dar, sodass dem Publikum – auch durch die anregende und interessante Debatte und die durch die anderen Teilnehmer dargestellten deutschen Positionen im Vergleich – eine umfassende Sichtweise auf das Thema ermöglicht wurde.



**UNIVERSITÄT
HEIDELBERG**
ZUKUNFT
SEIT 1386

AUB-ExpAct beim Joint Research Center Annual Event in Ulm

Eine Delegation von AUB-Forscherinnen und Forschern nahm an der jährlichen JRC-Konferenz am 28. Oktober 2015 zur wissenschaftlichen Unterstützung der Europäischen Donauraumstrategie teil und präsentierte das internationale Forschungs- und Entwicklungsprojekt „Experience Keep People Active“ (ExpAct).

Die Projektleiter Prof. Martina Eckardt und Prof. Stefan Okruch sowie Dr. Lukas Paa (Senior Researcher) diskutierten ihre Forschungsergebnisse mit Vertretern des JRC (Joint Research Center) – dem wissenschaftlichen Think Tank der EU-Kommission – sowie zahlreichen hochrangigen Expertinnen und Experten aus dem Donauraum.

Im Konferenzteil zu „Smart Specialisation in the ICT Sector“ stellte Prof. Okruch ExpAct vor. Er erläuterte den Beitrag dieses Forschungsprojektes zur Entwicklung von ICT-gestützten Produkten zur Inklusion von älteren Menschen und zur Nutzung ihrer be-

ruflichen und persönlichen Erfahrung. Prof. Okruch betonte, wie ausgezeichnet dieses Projekt zu den verschiedenen „Säulen“ der Donauraumstrategie passt: Durch die enge Verzahnung von Forschungseinrichtungen, Nutzerorganisationen und KMU trage ExpAct nicht nur zum Ziel der Entwicklung der Wissensgesellschaft bei (Priority Area 7), sondern zugleich auch zu den

Zielen „Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit“ (PA 8) und „Investitionen in Menschen und Fertigkeiten“ (PA 9). Die AUB-Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten Kontakte mit vielen Kolleginnen und Kollegen aus der sehr aktiven ICT-Forschungslandschaft im Donauraum knüpfen und die vielfältigen aktuellen und potentiellen Projekte in diesem Bereich kennenlernen. Prof. Okruch wurde darüber hinaus in eine Jury zur Bewertung zukünftiger ICT-Projekte im Donauraum berufen.



150 Jahre Wiener Ringstraße: vom Baubeginn bis heute

Die Ausstellung, welche dank des Österreichischen Kulturforums Budapest vom 2. bis 10. November an der AUB zu sehen war, wurde anlässlich des 150. Jubiläumsjahres der Eröffnung der Ringstraße ins Leben gerufen. AUB-Rektor Prof. András Masát und Dr. Barbara Pfeiffer, stellvertretende Direktorin des Österreichischen Kulturforums Budapest, eröffneten sie am 2. November 2015 an der AUB.

Die Ausstellung präsentiert ihren Besucherinnen und Besuchern die facettenreiche Geschichte sowie die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedeutung einer Straße, die im Laufe der Jahrzehnte an Wichtigkeit nicht verloren hat. Gestaltet wurde sie von Dr. Stefan Kutzenberger. In Ungarn war die Ausstellung bisher in Szombathely, Szeged und Debrecen zu sehen und wird noch Miskolc und Beregszász zu besichtigen sein.



150 Jahre Wiener Ringstraße Vom Baubeginn bis heute 150th Anniversary Wiener Ringstraße From the beginning until today



AUB-Kanzler Ákos Domahidi unter den „Young Leaders of the Year“



AUB-Kanzler Ákos Domahidi hat den 6. Platz beim landesweiten Wettbewerb „Young Leader of the Year“

erreicht und den Sonderpreis der Jury bzw. der Budapest Bank erhalten. Sein Führungskonzept wurde für den

(Hochschul-)Sektor als beispielhaft ausgezeichnet, da er auf innovative Führungskonzepte setzte und diese in einem Bereich außerhalb der Privatwirtschaft eingeführt habe.

Der Wettbewerb wurde 2015 zum ersten Mal von der „Young Leaders Academy“ ausgeschrieben. Die Gewinner wurden von einer aus den Leitern verschiedener multinationaler Unternehmen bestehenden Jury (Ernst & Young, Budapest Bank, Microsoft, T-Systems, etc.) aus 50 Bewerbungen gewählt.

Annamária Tóth, Leiterin des Coaching Teams der Akademie, hob hervor, dass die Akademie mit dem Wettbewerb bestimmte Segmente des „Leaderships“ hervorheben wolle, die über individuelle Einzelerfolge, Effektivität und „normale“ Manageraufgaben hinausgehen würden. Bewertet wird dabei u. a. auch, wie stark sich die „Leader“ mit ihrer Führungsaufgabe identifizieren und persönlich einbringen.

netPOL: Erfolgsprojekt geht in die Verlängerung

Nach mittlerweile fünf erfolgreich evaluierten Jahren wird das „Internationale und interuniversitäre Netzwerk Politische Kommunikation“ (netPOL) weiter verlängert. Die Verlängerung des Vertrages bis 2021 wurde am 3. Dezember 2015 durch den Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Erwin Pröll, den Rektor der Donau-Universität Krems, Mag. Friedrich Faulhammer und Politikwissenschaftler Prof. Dr. Peter Filzmaier, Koordinator von netPOL mit den fünf Partneruniversitäten im St. Pöltener Landhaus vereinbart.

netPOL ist ein gemeinsames Projekt der Donau-Universität Krems mit der Karl-Franzens-Universität Graz, der AUB, der deutschen Zepelin Universität in Friedrichshafen und Berlin, sowie der Babeş-Bolyai-Universität im rumänischen Cluj/Klausenburg. Auftraggeber des Projekts ist die Niederösterreichische Forschungs- und Bildungsgesellschaft (NFB), mit der Koordination wurde das Institut für Strategieanalysen (ISA) beauftragt. Kernstück ist ein gemeinsames, länderübergreifendes Doktoratsprogramm zur Zukunft der Demokratie in EU-Europa sowie Master-Lehrgänge für Politische Kommunikation. Für die Zukunft

sind insbesondere Habilitationsprojekte vorgesehen.

Eine Evaluation von netPOL im Jahr 2014 erbrachte Bestnoten in den Kategorien Forschung, Lehre sowie Organisation und Kommunikation. „Nach der Bestnote für netPOL in allen Gutachten war klar, dass wir dieses Erfolgsprojekt mit Leuchtturmcharakter unbedingt fortsetzen wollen“, betonte Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Für Niederösterreich sei die Vertragsverlängerung ein zentraler Baustein in der wissenschaftlichen Vernetzung und zur Stärkung des Landes als Wissenschaftsstandort.

Univ.-Prof. Dr. Peter Filzmaier, Koordinator von netPOL, verwies auf

die mit bisher insgesamt über 100 Fachpublikationen sowie zahlreichen wissenschaftlichen Tagungen und Workshops ausgezeichnete Bilanz des Projekts. Ebenso wichtig sei der Praxisbezug: „Unsere Forschung und Lehre setzt sich mit Demokratieentwicklung, wirtschaftlichen Ängsten und gesellschaftlichen Konflikten sowie deren medialer Darstellung auseinander.“ Aktuelle Forschungen widmen sich den politischen Einstellungen von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund sowie Parallelwahlen als Test der Wählerzufriedenheit bei unterschiedlichen Abstimmungsverfahren.

netPOL



Grüßwort des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn

Als ich am 14. Februar 1989 zum ersten Mal in Budapest eintraf – ich war als Leiter des Wirtschaftsdienstes an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland versetzt worden – spürte ich sofort, dass hier etwas Besonderes in Gang gekommen war. Eine gewisse Unruhe lag in der Luft, die Menschen wirkten angespannt, aber auch erwartungsvoll. Am 16. Juni fand eine Großveranstaltung auf dem Lajos-Kossuth-Platz statt, bei der Hunderttausende den Regimewechsel forderten. Gleichzeitig strömten immer mehr DDR-Bürger nach Ungarn. Ungarn war schon immer ein beliebtes Reiseziel für die Deutschen aus der DDR gewesen: Nun aber kamen die meisten, weil sie hofften, dass Ungarn in Kürze die Grenze zu Österreich, den sogenannten „Eisernen Vorhang“, öffnen würde. In unserer Botschaft suchten im Juli/August so viele Menschen Zuflucht, dass sie schließlich geschlossen werden musste. Nach vielen symbolischen Gesten wie dem berühmten „Paneuropäischen Picknick von Sopron“ war es schließlich soweit: Ungarn hatte den Mut – gegen den Willen der DDR-Führung – am 11. September die Grenze zu öffnen und damit den Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Deutschlands zu ermöglichen. Unsere Dankbarkeit für die damalige Unterstützung haben wir im Jahr 2015 erneut durch die Einweihung verschiedener Gedenktafeln an Orten gezeigt, wo Zehntausende Deutsche bis zur Grenzöffnung in Ungarn Zuflucht fanden. Diese Lager befanden sich in Zugliget, Csillebérc, Zánka und Leányfalu.

Seither ist viel geschehen: Wir haben am 7. Februar 1992 einen Freundschaftsvertrag geschlossen, Ungarn ist Mitglied in der EU und der NATO, wir sind enge Wirtschafts- und Kulturpartner, die Ungarndeutschen sind gut integriert und werden in positiver Weise unterstützt, wir haben im zurückliegenden Freundschaftsjahr mit dem Besuch des Bundespräsidenten am 16. Juni 2014 und dem Besuch der Bundeskanzlerin am 2. Februar 2015 in Budapest besondere Höhepunkte in den Beziehungen erlebt. Und: Seit 15 Jahren haben wir die Andrássy Universität Budapest (AUB), die ein „Leuchtturm“ der bilateralen Beziehungen ist.



Die AUB ist ein Gemeinschaftsprojekt, an dem sich auch Österreich und die Schweiz beteiligen. Sie bietet ein Forum für den offenen, demokratischen, zwischengesellschaftlichen und politischen Diskurs, der auch kritische Fragen nicht ausklammert. Sie bietet den Studierenden eine optimale Betreuung u. a. durch den Praxisbezug der Gastdozentinnen und -dozenten, durch Exkursionen, durch ihren internationalen Charakter, sie ist schließlich eine „University of National Excellence“. Sie beteiligt sich an besonderen Projekten wie dem Deutschland-Puzzle zum Thema „25 Jahre deutsche Einheit“, das Schülerinnen und Schüler und auch Studierende aus ganz Ungarn zusammen mit Künstlern aus ihrer persönlichen Sicht gestaltet haben. Dieses Puzzle war im Millénaris-Park in Budapest während der internationalen Kunstmesse „Art Market“ zu sehen. Von deutscher Seite unterstützen wir die Universität durch Budgetfinanzierung aus Baden-Württemberg und Bayern, durch eine Gastprofessur aus dem Auswärtigen Amt, einen DAAD-Lektor sowie regelmäßig über Botschaftsprojekte z. B. zugunsten der Bibliothek, für Exkursionen, Seminare oder Marketingmaßnahmen.

Die AUB bietet bereits ein breit gefächertes Angebot an Studiengängen. Neben Internationalen Beziehungen, Mitteleuropäischer Geschichte, Vergleichenden Staats- und Rechtswissenschaften und anderen Fachbereichen soll auch zukünftig

ein Masterstudium „Management and Leadership“ angeboten werden. Ein Beauftragter des Rektors vermittelt bereits heute dazu wichtige Wirtschaftskontakte. Die deutschen Unternehmen in Ungarn, die weitere Investitionen vornehmen möchten, haben einen hohen Bedarf an Fachkräften. Die bereits recht enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft sollte meines Erachtens weiter ausgebaut werden. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel die Einrichtung eines Stiftungslehrstuhls für die Versicherungswissenschaft und -wirtschaft. Je attraktiver die AUB für die Unternehmen und Wirtschaftsverbände wird, desto solider kann ihre dauerhafte finanzielle Grundlage sein.

Ich bin überzeugt, dass die AUB weiterhin ein wichtiges Forum für einen offenen, demokratischen und kritischen Diskurs sein wird. Wir werden die Universität – auch ich persönlich – nach Kräften unterstützen.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und weiterhin zahlreiche Unterstützer.

Heinz-Peter Behr

Botschafter der Bundesrepublik Deutschland



Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Budapest

Veranstaltungen an der AUB im Wintersemester 2015/16

UNIVERSITÄT, FAKULTÄTEN, DOKTORSCHULE

„Der Staat im dritten Jahrtausend“

Buchvorstellung und Vortrag des liechtensteinischen Staatsoberhauptes

Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein gab am 15. September 2015 an der AUB Einblicke in seine Vision von einem Staat der Zukunft.

In seinem Buch „Der Staat im dritten Jahrtausend“ analysiert Fürst Hans-Adam II. Staatsmodelle und Einflüsse der Geschichte und zeigt auf, wie im 3. Jahrtausend auf der ganzen Welt demokratische konstitutionelle Staaten verwirklicht werden könnten. Neben der Forschung über Regierungsformen und der Analyse von direkter und indirekter Demokratie bringt er dabei auch seine Erfahrung als Regierungsoberhaupt ein. Seine Thesen präsentierte er einem breiten Publikum an der AUB und stellte sich im Anschluss den Fragen der Gäste. Rektor Prof. Dr. András Masát begrüßte den hochrangigen Gast und führte kurz in die Ver-



anstaltung ein, die von Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Professur für Politische Theorie und Europäische Demokratieforschung an der Fakultät für Internationale Beziehungen an der AUB, moderiert wurde.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden Fürst Hans-Adam II. die Andrásy-

Medaille, der „Pro Cultura Hungarica“-Preis durch den Staatssekretär im Ministerium für Humanressourcen, Dr. László Palkovics, und der Gloria-Victis-Preis durch Sándor Mátyás, Kuratoriumsvorsitzender der Gloria-Victis-Stiftung, verliehen.

Zionism, Jews, and the Jewish State in Populist and Far-Right Movements

Gastvortrag von Giovanni Matteo Quer

Die Thematisierung Israels in den Programmen populistischer bzw. rechter politischer Bewegungen in Europa stand im Mittelpunkt eines Vortrages von Dr. Giovanni Matteo Quer (Hebrew University of Jerusalem), welchen er am 17. September 2015 in der Österreich-Bibliothek an der AUB hielt.

Die Veranstaltung mit dem Titel „Israel and the new political movements: Zionism, Jews, and the Jewish State in Populist and Far-Right Movements“ wurde von Prof. Dieter A. Binder, Professur für Kulturgeschichte und Kulturanthropologie an der AUB, und Ass.-Prof. Ursula K. Mindler-Steiner (AUB) in Kooperation mit dem Jewish Studies Program an der

Central European University (Prof. András Kovács) organisiert und vom Israelischen Kulturinstitut Budapest und der AUB finanziell unterstützt. Durch den Abend führte Prof. András Kovács (CEU).

Dr. Quers Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Menschenrechte, Diversity Management und Antisemitismus. In den letzten Jahren setzte er

sich zunehmend mit der Frage auseinander, welche Positionen links- wie rechtsextreme Parteien Europas gegenüber Israel bzw. dem Zionismus einnehmen. Im Besonderen vergleicht er die neuen links- bzw. rechtsextremen und populistischen Parteien Westeuropas mit jenen Mittel- bzw. Osteuropas. Dabei stellte er fest, dass ein wesentlicher Unterschied in ihrer differenzierten Stellungnahme gegenüber Israel und dem Zionismus liegt: westliche rechtsextreme Parteien scheinen dem „zionistischen Projekt“ wohlgesonnener zu sein als östliche,



Giovanni Matteo Quer, Ursula Mindler-Steiner und András Kovács.

welche oft in einer antisemitischen Rhetorik verhaftet blieben. Dies erstaune umso mehr, so Quer, da diese Parteien dasselbe politische Erbe teilen würden und in einer faschistischen oder nationalsozialistischen Tradition verwurzelt seien. Der Referent ging der Frage nach, wie dieser Unterschied zu erklären sei: Er stellte die These auf, dass dieser Unterschied die Konsequenz eines historischen Prozesses sei, den er „Israel-washing“ nennt. Im Laufe der Jahre hätten westliche Parteien einen politischen und sozialen Wandel durchlebt, wie z. B. personelle Änderungen in der Führungsebene der Parteien, die Adaptierung neuer politischer Strategien oder die Setzung neuer Prioritäten, welche an die politische Situation nach dem 11. September angepasst worden wären. Quer sieht darin wesentliche Gründe, warum beispielsweise die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) oder die französische Front National (FN) eine Israel-freundlichere Haltung eingenommen haben, wohingegen sich die ungarische Jobbik, die polnische Kongres Nowej Prawicy (KNP) oder die rumänische Partidul România Mare (PRM) noch einer in einer traditionellen antisemitischen

Rhetorik verwurzelten politischen Sprache bedienen würden.

Xenophobes Programm mit antisemitischen Spuren

Werfe man einen Blick in die Geschichte, so lasse sich jedoch feststellen, dass in den 1990er Jahren auch im Westen ähnlich argumentiert worden war – die Ablehnung der EU sei oft an eine antisemitische Sprache gekoppelt; diese sei bei Jörg Haider (FPÖ) ebenso zu finden gewesen wie bei Claude Mégrét (FN), welcher im Zionismus eine Gefahr für die Welt orten würde und das Judentum als ein verfremdendes Element der französischen Kultur ansehen würde. In den vergangenen Jahren hätten diese Parteien jedoch „revolutionäre Veränderungen“ durchlaufen – zum einen seien neue Schwerpunkte gesetzt worden, welche nun auf einem xenophoben politischen Programm liegen würden (z. B. „Islam-Frage“ statt „Judenfrage“), zum anderen würden sich die neuen „Leader“ – zumindest offiziell – nicht mehr der antisemitischen Sprache bedienen, auch wenn deren Spuren nach wie vor zu finden seien. Die neue Parteivorsitzende des

FN, Marine Le Pen, spreche beispielsweise von einer „Islamischen Internationalen“, eine Adaption des antisemitischen Ausdrucks der „Jüdischen Internationalen“. Durch die vordergründige Abkehr von rassistischen und antisemitischen Aussagen erhoffe sie sich eine Imageverbesserung, welche der Partei neue Wählerstimmen einbringen sollen. Zwar habe sie die Parteimitgliedschaft ihres Vaters, der sich wiederholt antisemitisch äußerte, vorerst ausgesetzt – versuche aber dennoch mit anderen rechtsextremen EU-Abgeordneten wie dem polnischen KNP eine Fraktion im Europaparlament zu bilden. Auch wenn sich der neue österreichische FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache in der „Jerusalemser Erklärung“, die er gemeinsam mit anderen rechten Parteien 2010 formuliert und veröffentlicht hatte, zu Israel als „einziger wirklichen Demokratie im Nahen Osten“ bekannt habe, so dürfe dies dennoch nicht über die weiterhin streckenweise völkische Rhetorik der FPÖ-Politik hinwegtäuschen. In beiden Fällen äußere sich die „neue Freundlichkeit“ gegenüber Israel auch in einer feindseligen Sprache gegenüber der Linken.

Antisemitische Rhetorik der „Neuen Rechten“

Quer sprach ferner über die antisemitische Sprache, derer sich rechte Parteien in Mittel- und Osteuropa derzeit bedienen würden: Sie äußere sich in offenen Feindseligkeiten gegen den Zionismus, Verschwörungstheorien, politischen Identifizierungen mit islamischen extremen Gruppen, welche die Vernichtung Israels anstreben würden. Als Beispiele nannte er u. a. die Forderung der rechtsradikalen ungarischen Jobbik im Parlament (2012), eine Liste zu erstellen, wie viele Juden im Parlament und in der Regierung Ungarns sitzen, da diese ein „nationales Sicherheitsrisiko“ darstellen würden, oder die antisemitischen Äußerungen des kürzlich verstorbenen Corneliu Vadim Tudor (PRM). Quer ist der Meinung, dass die offene antisemitische Rhetorik in diesen Ländern auch mit einer fehlenden „Vergangenheitsbewäl-

tigung“ in Zusammenhang stehe. Das Fehlen einer „Holocaust-Erinnerung“ habe dazu beigetragen, dass die Schoah nicht Teil des öffentlichen Gedächtnisses sei, was wiederum dazu führte, dass Juden nicht als Teil der Gesellschaft wahrgenommen würden und antisemitische Äußerungen oft unwidersprochen blieben. Die Parolen und revanchistischen Diskurse der rechten Parteien würden sich jedoch nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen andere Minderheiten, insbesondere Roma, richten.

Als einen „Prototyp“ der politischen „Neuorientierung“ im Westen nennt Quer die italienische Partei Alleanza Nazionale, die sich trotz des faschistischen Partei-Erbes unter der Führung von Gianfranco Fini zu einer Israel-freundlichen Partei entwickelt habe. Im Gegensatz dazu stünde die griechische Partei Chrysi Avgi insofern den mitteleuropäischen Parteien näher, als sie ebenfalls eine antizionistische Sprache verwende.

Dem Vortrag folgte eine lebhaft Debatte, welche nicht nur auf verschiedene von Dr. Quer geäußerte Argumente einging, sondern auch Fragen nach „Revisonismus“ in der Geschichte und Politik der israelischen Regierungen aufwarf. Quer verwies darauf, dass eine erfolgreiche Aufarbeitung der Vergangenheit und Revision von historischen Opfermythen vor allem in jenen Ländern gelingen sei, in denen Intellektuelle, die Politik und das Bildungssystem zusammengearbeitet hätten um die Mitschuld des eigenen Landes an der Schoah klar zu benennen und aufzuzeigen.

Ursula K. Mindler-Steiner



Deutsch-ungarische Beziehungen im Kontext der deutschen Einheit

Internationale Konferenz vom 29.-30. September der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Antall József Wissenszentrums und der AUB zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit.

Die Konferenz wurde mit einem kurzen Filmbeitrag eröffnet, welcher die Zeit vom Beginn des Mauerbaus 1961 über den Fall der Mauer, den deutsch-ungarischen Friedensvertrag von 1992 bis hin zum Besuch Angela Merkels an der AUB im Februar 2015 Revue passieren ließ. Nach der Begrüßung der Gäste durch AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát, Péter Antall, Direktor des Antall József Wissenszentrums (AJTK) (krankheitsbedingt vertreten durch Katalin Bihari) und Frank Spengler, Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), war es der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ungarn, Dr. Heinz-Peter Behr, welcher sich in seinem Grußwort dankbar für die Entschlossenheit Ungarns zur politischen Öffnung in Zeiten des Eisernen Vorhangs zeigte.

Der ungarische Minister für Humanressourcen Zoltán Balog hob in einem einleitenden Vortrag die Partnerschaft

zwischen Ungarn und Deutschland als großes Glück für beide Länder hervor, mahnte zugleich aber auch an, dass man wieder lernen müsse, sich auf Augenhöhe zu begegnen, wie es einst Helmut Kohl formulierte. Zudem betonte er, dass in Zeiten unkontrollierter Flüchtlingsströme Integration nur gelingen könne, wenn Europa in der Lage sei zu entscheiden, wer willkommen sei und wer nicht.

1989: Das „Annus mirabilis“

Im ersten Panel der Konferenz lag der Fokus auf dem Jahr 1989, hier als „Annus mirabilis“ bezeichnet, ein Begriff, welcher normalerweise für Jahre besonderer Erfindungen und Entdeckungen verwendet wird. Als Wunderjahr könne auch das Jahr 1989 gesehen werden, in welchem scheinbar fest zementierte Regime innerhalb weniger Wochen zusammengebrochen seien,

wie Moderatorin Prof. Dr. Ellen Bos, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB, in ihrer Eröffnungsrede feststellte. Prof. Dr. Andreas Oplatka behandelte die Frage, inwiefern im Jahre 1989 in Ungarn einzelne Menschen, unausweichliche Kräfte und (vermeintliche) Zufälle den Lauf der Dinge entscheidend beeinflusst haben. Vor allem der damalige ungarische Ministerpräsident Miklós Németh als Technokrat und Politiker der zweiten Generation nach dem Stalinismus habe für einen unblutigen Übergang in Zeiten des Niedergangs der UdSSR, welcher laut Oplatka als Kraft von außen wirkte, gesorgt. Bemerkenswert seien für ihn zudem Zufälle wie die Streichung der Finanzmittel zur Erneuerung des Eisernen Vorhangs aus dem Haushalt Ungarns, was der damaligen Entwicklung zusätzlich zu Gute gekommen sei. Dennoch waren es für Oplatka vor allem die großen Entwicklungslinien und das Handeln einzelner Personen, welche für die Entwicklung im Jahre 1989 entschei-

dend gewesen seien, während Zufälle eher kurzfristig Dinge in eine bestimmte Richtung gelenkt hätten.

Im Anschluss widmete sich Gergely Pröhle, der stellvertretende Staatssekretär für Internationale und EU-Angelegenheiten im Ministerium für Humanressourcen, der Frage, wie die Menschen im Nachhinein über die Ereignisse im Jahre 1989 denken, eine Einstellung, die für ihn essentiell für das Verhältnis der deutsch-ungarischen Beziehung sei. Er sprach zudem über die strittige Frage, welche Verdienste den (Reform-) Kommunisten und welche den demokratischen Kräften im Zuge der Entwicklungen 1989 zuzuordnen seien. Obwohl er sehr dankbar für den unblutigen Verlauf sei, würden die Menschen in Ungarn durch den sehr sanften Übergang immer noch mit kommunistischen Hinterlassenschaften leben müssen, wie Pröhle betonte. Die beim Systemwechsel 1989 eingegangenen Kompromisse würden sich nun in Ungarn negativ bemerkbar machen. Auch in der abschließenden Diskussion bestand ein Konsens darin, dass es speziell im Rahmen der deutsch-ungarischen Beziehungen von enormer Wichtigkeit sei, sich der immer noch nicht überwundenen Widersprüche beim Systemwechsel in Ungarn 1989 stärker bewusst zu werden.

Deutsch-ungarische Beziehungen in historischer Perspektive

Das zweite Panel – moderiert von Dr. Ágoston Mráz, Direktor des Nézöpont Instituts – legte den Fokus auf die deutsch-ungarischen Beziehungen im historischen Kontext. Hierzu rekonstruierte Dr. András Hettyey, Lehrbeauftragter an der AUB, zunächst ein präzises Bild der Beziehungen für die Jahre unmittelbar nach der Wende (1990-1994). Er bezeichnete Deutschland als Anwalt Ungarns und sprach von einer speziellen, auf Sympathie und Interessenkongruenz ausgerichteten Politik mit dem Ziel einer

schnellen Westintegration Ungarns. Dies habe sich jedoch mit den Jahren geändert, da gerade das für Deutschland außenpolitisch sehr wichtige Frankreich überaus erweiterungskeptsch sei und Polen immer mehr in den Fokus Deutschlands gerückt sei. Auch während des Irakkrieges

seien die Beziehungen zwischen den damaligen



Regierungschefs Gerhard Schröder und Péter Medgyessy nochmals merklich abgekühlt. Nicht immer konfliktfrei sei auch die derzeitige Kooperation beider Staaten hinsichtlich aktueller Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise, wie Hettyeys Mitdiskutant Hans Kaiser, ehemaliger Leiter des Budapester Auslandsbüros der KAS, anmerkte. Er warnte davor, die kleineren Staaten Osteuropas mit ihren Sorgen zu ignorieren oder gar weiterhin per Mehrheitsvotum auf EU-Ebene zu überstimmen.

Deutsch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen

„Deutsche Wirtschaftsinteressen und Perspektiven sind ungarische Wirtschaftsinteressen und Perspektiven“, auf diese simple Gleichung brachte Ungarns Volkswirtschaftsminister Mihály Varga in seinem Statement den Stand der derzeitigen Wirtschaftsbeziehungen und eröffnete damit den zweiten Konferenztag. Auf dem Podium wurde dieses dann – moderiert von Jan Mainka, dem Herausgeber der Budapester Zeitung – diskutiert. Generell seien die Beziehungen sehr eng und sehr gut, waren sich alle Vortragenden einig.

Klaudia Pataki, Bürgermeisterin der Stadt Kecskemét, berichtete über den gegenseitigen Nutzen, den deutsche Unternehmen wie Mercedes oder Knorr-Bremse auf der einen und die Bevölkerung der Stadt auf der anderen Seite von den Wirtschaftsansiedlungen bisher hätten. Die Stadt, eigentlich in einer strukturschwachen Region gelegen, habe trotz geringfügig höherer Löhne als in Polen oder Rumänien viel für die Betriebe getan, indem sie für Sicherheit im Stadtgebiet sorgt, Kulturveranstaltungen anbietet oder günstig Ansiedlungsflächen zur Verfügung stellt. Hinzu komme die gute Infrastruktur zwischen Budapest und Belgrad respektive Kecskemét und Deutschland sowie positive Ansätze zur Reform der Schulbildung in Ungarn, zu deren Weiterentwicklung die Bürgermeisterin die eigene Regierung auch annahnte.

Auch Dale Martin, Vorstandsvorsitzender von Siemens in Ungarn und Präsident der Deutsch-Ungarischen Handelskammer, sprach das Thema Bildung an. Er wünsche sich einen Ausbau der dualen Berufsausbildung nach deutschem und österreichischem Vorbild, mehr Sprachkompetenz ungarischer Schulabsolventen, aber auch mehr Verlässlichkeit in der ungarischen Wirtschaftspolitik, um den bisherigen, konstruktiven Dialog zwischen Investoren und Gastland aufrechtzuerhalten. Im Gegenzug für ein offenes Ohr der Regierung seien Firmen wie Siemens wiederum gerne bereit, auch höhere Löhne zu zahlen und ungarische Auszubildende und Universitätsabsolventen sowohl in den Betrieben innerhalb Ungarns als auch in ausländischen Schwesterwerken anzustellen. Dort würden die jungen Menschen betriebsspezifisch weiterqualifiziert und so die Wirtschaftskraft Ungarns gerade im Bereich der Humanressourcen nachhaltig gestärkt und Arbeitsplätze geschaffen.

Handlungsbedarf sah auch der vierte Panelteilnehmer, Prof. Dr. Péter Ákos



Die Ausstellung über Helmut Kohl und sein politisches Werk wurde parallel zur Veranstaltung mit Unterstützung des Instituts für das 20. Jahrhundert gezeigt.

Bod, Professor für Wirtschaftspolitik an der Corvinus-Universität Budapest. Er griff die Rede von Wirtschaftsminister Varga erneut auf und lobte die 6000 deutschen Betriebe im Land als wichtige Stütze der ungarischen Wirtschaft, warnte aber gleichzeitig vor einer Monokultur. Eine Diversifizierung der Wirtschaft sei dringend geboten, um nicht vollends von der Auto- und Autozulieferindustrie in Győr, Szentgotthárd, Esztergom und Kecskemét abhängig zu sein. Hinsichtlich der Integration von Flüchtlingen auf dem ungarischen Arbeitsmarkt zeigte er sich auf Nachfrage von Moderator Mainka zu diesem aktuellen Thema abwartend-skeptisch und verwies auf die großen Probleme, die es mit der Integration der Roma im Land gebe. Ungarn brauche nicht weitere geringqualifizierte Arbeitskräfte mit schlechten Sprachkenntnissen, sondern müsse vielmehr die eigene Bevölkerung noch besser auf den Arbeitsmarkt vorbereiten, um in höherwertigen Berufen bessere, den Binnenkonsum ankurbelnde Löhne zu erwirtschaften, schloss er sich abschließend den übrigen Teilnehmern an.

Europapolitik aus deutscher und ungarischer Sicht

Welche Leitbilder bestimmen die deutsche Europapolitik? Mit dieser Frage beschäftigte sich Dr. Barbara Lippert, Forschungsdirektorin des Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik, in ihrer Eröffnungsrede zu Beginn des vierten Panels zu „Europapolitik aus deutscher und ungarischer Sicht“. Dabei ließe sich im Zeitrahmen

von der Ära Helmut Kohl bis zur Regierung Angela Merkel große Differenzen ausmachen, so Dr. Lippert. Während der Vertrag von Maastricht 1992 als bis dato größter Schritt der europäischen Integration auch Ausdruck des Wunsches von Helmut Kohl nach einer engen Union sei, gleiche die Europapolitik unter Merkel eher einem Zick-Zack-Kurs. Vor allem zwei Präferenzen ließen sich bei Betrachtung der deutschen Europapolitik erkennen: Der Hang zum Multilateralismus, wobei auch die avantgardistische Rolle der Achse Berlin-Paris in Europa angesprochen wurde, und die mangelnde Dynamik im Vorantreiben der europäischen Integration, was sich vor allem im Bereich der Währungsunion bemerkbar mache. In der anschließenden Diskussion, die vor allem im Zeichen der Flüchtlingsfrage stand, betonte Vince Szalay-Borbrovniczky, der stellvertretende Staatssekretär für EU-Angelegenheiten im ungarischen Ministerpräsidentenamt, dass sich Ungarn europapolitisch sehr wohl an Deutschland orientiere, vor allem im Bereich der Wirtschaftspolitik. Kontrovers diskutiert wurde die Entscheidung des Rates der EU über die Flüchtlingsverteilung, welche mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet wurde. Sowohl Dr. Lippert als auch Jens Paulus, Teamleiter Europa/Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung, waren sich darin einig, dass ein Konsens zwar besser gewesen wäre, die EU in solchen Fragen jedoch Probleme sehr viel besser lösen könne als die einzelnen Staaten über bilaterale Wege. Ein neuer Ost-West Konflikt in der EU sei aus ihrer Sicht zudem nicht zu befürchten.

Außen- und Sicherheitspolitik aus ungarischer und deutscher Perspektive

Den zweiten Konferenznachmittag eröffnete ein Panel, welches sich um Außen- und Sicherheitspolitik aus deutscher und ungarischer Perspektive drehte. Wichtige Themen waren hierbei die Handelspolitik, gerade mit Blick auf die Sanktionen gegen Russland, die Außenwirtschaftspolitik der BRD, aber auch Knackpunkte in der Sicherheitspolitik wie die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich des Irak-Krieges 2003 wurden angesprochen.

Prof. Bos führte thematisch mit einem kurzen Vortrag in das Thema ein, ehe Márton Schöberl, der Generaldirektor des ungarischen Instituts für Auswärtige Angelegenheiten und Außenwirtschaft die Moderation übernahm. Dr. András Deák vom Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften unterstrich im Laufe der Diskussion die Wichtigkeit von Allianzen, wie zum Beispiel die Visegrád-Kooperation mit Polen, Tschechien und der Slowakei für Ungarn, um eigenständige Interessen in Europa durchzusetzen.

Bezüglich der Effektivität und Verhältnismäßigkeit der gegenwärtigen Russland-Sanktionen gaben sich die ungarischen Teilnehmer sowohl unter den Panelteilnehmern als auch im Publikum deutlich reservierter als die Deutschen. Während Prof. Bos und Markus Lackamp, Leiter des Teams Außen-, Europa-, Finanz- und Wirtschaftspolitik im Bereich Programm und Strategie der CDU Deutschland, die Sanktionen als probates Mittel gegen die Aggressionen und Verstöße gegen das Völkerrecht von Seiten Russlands verteidigten, kamen hierzu aus dem Publikum kritische Töne. Einig zeigte sich die Runde darin, dass Außenpolitik Wirtschaftspolitik als eine Facette enthalten dürfe, diese aber bei weitem nicht nur aus wirtschaftlichen sondern auch aus nationalen Interessen und Werten bestünde. Ein ökonomischer Nachteil müsse ab und an in Kauf genommen werden, um Werte durchzusetzen, brachte Markus Lackamp die Meinung der Diskussionsrunde auf den Punkt.

Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB und Fellow am Weatherhead Centre for International

Affairs der Harvard University, lenkte das Augenmerk der Debatte auf die Medienberichterstattung, die für die Wahrnehmung der Außenpolitik des jeweils anderen wichtig sei. Er merkte an, dass der Großteil der Auslandskorrespondenten für den mittelosteuropäischen Raum, sofern redaktionell überhaupt noch vorhanden, in Wien, Moskau, Athen oder noch weiter entfernt saßen, die jeweilige Sprache nur unzureichend sprächen und daher in ihre Informationen oft nicht aus erster Hand hätten. Er regte daher an, dass politische Stiftungen verstärkt Journalisten und politische Akteure vor Ort zum Gedankenaustausch zusammenbringen sollten.

Kulturelle Beziehungen der Partnerländer

Nach Wirtschaft und Außenpolitik wurde am zweiten Konferenztag abschließend auch die Kulturpolitik als wichtige Säule der deutsch-ungarischen Beziehungen betrachtet werden. Im letzten Panel, das von AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát moderiert wurde, hatten Repräsentanten verschiedener Institutionen die Gelegenheit, ihre Tätigkeit kurz vorzustellen und zu diskutieren. Die Generaldirektorin des Balassi-Institutes Judit Hammerstein, verwies auf die Ansätze deutsch-ungarischer Kulturkooperationen. So sei das Balassi-Institut in Stuttgart eine der renommiertesten Einrichtungen im Bereich Kulturvermittlung mit Schwerpunkt Mitteleuropa, während umgekehrt fast alle ungarischen Literaten von Weltformat wie György Dalos oder György Konrád ohne die Wirkenszeit in der künstlerisch pulsierenden deutschen Hauptstadt Berlin kaum Weltgeltung erlangt hätten. Auf das gute Verhältnis von Deutschen und Ungarn verwies auch der Fürsprecher der ungarndeutschen Minderheit in der ungarischen Nationalversammlung Imre Ritter. Ungarn sei historisch seit dem Fall des Eisernen Vorhangs immer ein Vorbild in Sachen Minderheitenschutz gewesen. Die Regierung Orbán sei dabei keine Ausnahme von der Regel, sondern gegenüber den Wünschen der Minderheiten, zu denen neben den Deutschen beispielsweise auch Armenier, Griechen, Slowaken oder Slowenen zählen, gerade bezüglich der finanziellen Förderungen



Wirtschaftsminister Mihály Varga hielt den Einführungsvortrag zum Thema „Deutsch-ungarische Wirtschaftsbeziehungen“.

durchaus aufgeschlossen. So käme den Deutschen eine positiv zu beurteilende Brückenfunktion zu, womit er indirekt den im vorherigen Panel geäußerten Befürchtungen, die Minderheit könnte als eine Art „fünfte Kolonne Deutschlands“ in Ungarn wahrgenommen werden, widersprach. Die neue Rolle der Ungarn-Deutschen zeige sich an der Möglichkeit auf Deutsch im Parlament zu sprechen oder den regelmäßigen Einladungen der Minderheitenvertreter zu Regierungskonsultationen respektive dem Hinzuziehen des Parlamentsfürsprechers zu Treffen der ungarischen Spitzenpolitiker mit ihren deutschen Kollegen.

An die verbindende Wirkung appellierte auch Maren Schoening, die Präsidentin des Deutsch-Ungarischen Jugendwerks. Anknüpfend an die staatlich organisierten Deutsch-Französischen und Deutsch-Polnischen Jugendwerke möchte ihr Verein gerade die jüngere Generation in beiden Ländern einander wieder näher bringen. Sie ortete ein leider oftmals beidseitiges Desinteresse welches es zu überwinden gelte.

Thomas Mahrenholtz, Schulleiter der Deutschen Schule Budapest, verwies dagegen auf das große Interesse an seiner Institution. Seit der Gründung durch das Land Baden-Württemberg, die Bundesrepublik Deutschland, Ungarn und die Stadt Budapest, welche ein 36.000 m² großes Grundstück zur Verfügung gestellt habe, würden die Schülerzahlen ständig steigen. Das sei vor allem deshalb möglich, weil sowohl die deutsche

als auch die ungarische Seite geschlossen hinter dem Projekt stehe und auf finanzielle, bauliche und personelle Bedürfnisse stets wohlwollend reagiert werde.

Frank Spengler richtete zum Abschied Dankeswort an die Organisatoren, Teilnehmer und Gäste ehe er das Wort an die Sängerin Júlia Kubinyi übergab, die zusammen mit ihrer Instrumentalbegleitung Balázs Szokolay Dongó das zweitägige Zusammenreffen von Experten zum Thema der deutsch-ungarischen Beziehungen im letzten Vierteljahrhundert mit traditionellen ungarischen Volksliedern ausklingen ließ.

Stefan Drexler / Tobias Haußmann



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Europa und der Balkan nach 1989

Vortrag von Dr. Erhard Busek

Durch seine Funktionen als österreichischer Vizekanzler (1991-1995), Koordinator der Southeast European Cooperative Initiative (1996-2002) und Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa (2002-2008) gilt Dr. Busek als ausgezeichnete Kenner der politischen Verhältnisse auf dem Balkan. Sein Vortrag an der AUB am 1. Oktober 2015 war Teil der Bertha-von-Suttner-Vortragsreihe, einer vom Österreichischen Kulturforum Budapest (ÖKF) initiierten Vortragsreihe zur Politikwissenschaft, welche in Kooperation mit der Fakultät für Internationale Beziehungen an der AUB regelmäßig durchgeführt wird. Ziel dieser Vortragsreihe ist es, einen kritischen Blick auf Fragen der Demokratie, Menschenrechte und der Good Governance sowie Friedensforschung zu richten.

Nach der Eröffnung des Abends durch den Prorektor der AUB, Prof. Dr. Hendrik Hansen, und die Direktorin des ÖKF Budapest, Dr. Susanne Bachfischer, leitete Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der Fakultät IB, den Vortrag von Dr. Busek ein und hob dessen Vielzahl an politischen Ämtern und die dadurch gesammelten Erfahrungen hervor. Dr. Busek begann seinen Vortrag mit der Feststellung, wie ihn das Thema Balkan – nicht zuletzt aufgrund Österreichs geographischer Lage – im Laufe seines Lebens begleitet habe und dass er den Balkan stets als ein durch unterschiedlichste Kulturkreise geprägtes Gebiet mit permanenten Auseinandersetzungen über wie auch immer geartete Grenzverläufe erlebt habe. Thematisch folgte ein geschichtlicher Abriss der Zeit vor 1989 auf dem Gebiet des Balkans. Die große Rolle der Minderheitenfrage sei auch Folge der römischen und osmanischen Besatzungszeiten, welche prägend für den weiteren Verlauf der Geschichte gewesen seien, so Dr. Busek. Als ebenso bedeutend beschrieb er den 1. Weltkrieg, welcher die Gründung des Königreiches Jugoslawien zur Folge hatte und der 2. Weltkrieg mit der Auflösung Jugoslawiens – laut Dr. Busek der Moment, in dem der Balkan wieder verstärkt in den Fokus Europas rückte.

Ausgehend von diesem historischen Hintergrund widmete sich Dr. Busek im Anschluss dem umstrittenen Begriff „Balkan“. Trotz seiner so unscheinbar wirkenden Etymologie, wonach „Balkan“ das türkische Wort für Berg sei, werde der Begriff vor allem in

den Ländern Südosteuropas kritisch gesehen und bisweilen sogar abgelehnt, wie es am Beispiel Kroatiens zu sehen sei. Die Probleme des Balkans gehe jedoch weit darüber hinaus, wie Dr. Busek ausführte: Vor allem die zwischenstaatliche Kooperation über



die Grenzen hinweg sei immer noch eine der größten Herausforderungen. Eine Bereitschaft zur Kooperation bestehe lediglich im Hinblick auf die EU, jedoch nicht zwischen den einzelnen Ländern. Dies machte er anhand von Beispielen im Zusammenhang mit seinen Tätigkeiten als Koordinator bei der Southeast European Cooperative Initiative und als Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa deutlich. Zudem verwies er auf die höchst unterschiedlichen Entwicklungen dieser Staaten in den vergangenen Jahren, was eine Kooperation nicht unbedingt erleichtere.

Um die Frage des mangelnden Krisenmanagements zu beantworten, konzentrierte sich Dr. Busek gegen Ende seines Vortrages auf die größten Fehler der EU im Zusammenhang mit diesen Entwicklungen: Für ihn seien dies vor allem die mangelnden Investitionen und der nicht vorhandene systematische Aufbau von Bildung und Erziehung, was sich heute in der immer noch vielerorts vorherrschenden Korruption bemerkbar mache. Ein funktionierendes Krisenmanagement könne nur vor Ort und in Kooperation mit der EU stattfinden.

In seinem abschließenden Fazit hob Dr. Busek nochmals die große Bedeutung des Balkans als Bindeglied zum Nahen Osten und der Türkei hervor.

Für ihn sei der Balkan „eine Baustelle, die sich verbessert hat“. Die Politik Angela Merkels und ihre Bestrebungen, die Aufmerksamkeit auf den Balkan zu richten, seien dabei der richtige Weg. Mit den Worten, dass der Balkan ein Teil Europas sei und damit auch einen Verantwortungsbereich Europas bilde, beendete Dr. Busek seinen Vortrag.

Tobias Haußmann

Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Das Forschungszentrum Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (FZ DiMOS) der Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Regensburg veranstaltete vom 1.-3. Oktober 2015 gemeinsam mit dem Institut für Germanistik der Philosophischen Fakultät der Eötvös-Loránd-Universität Budapest (ELTE) und der Fakultät für Mittel-europäische Studien an der AUB, seine zweite Jahrestagung zum Thema „Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – Geschichtliche Grundlagen und aktuelle Einbettung“.

Die von der Hanns-Seidel-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, sowie von der Autonomen Region Trentino-Südtirol unterstützte Tagung fand in Budapest in den Räumlichkeiten der Eötvös-Loránd-Universität und der AUB statt. Das vornehmliche Anliegen des FZ DiMOS ist es, die deutsche Sprache im östlichen Europa im Rahmen der historischen und gegenwärtigen Mehrsprachigkeitssituation dieses Raumes zu erforschen und zu dokumentieren. Dementsprechend hatte das dreitägige Programm, an dem 90 Vortragende aus 19 Ländern teilnahmen, einen umfassenden Überblick über die aktuelle Forschung zur historischen und gegenwärtigen Rolle der deutschen Sprache im östlichen Europa aus den Bereichen der Sprachwissenschaft, der Didaktik und dem gesamten Feld der Kulturwissenschaften zu bieten.

In Übereinstimmung mit dem Profil der AUB stand im Mittelpunkt der Vorträge des Vormittagspanels des zweiten Konferenztages, das am 2. Oktober im Spiegelsaal der AUB veranstaltet wurde, Deutsch als Sprache der Wissenschaft und der Wirtschaft in den Ländern Ostmitteleuropas. Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch Prof. Dr. Hendrik Hansen (Prorektor der AUB), Prof. Dr. Hermann Scheuringer (Leiter des FZ DiMOS) und Frank Spengler (Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung) hielt AUB-Rektor Prof. Dr. András Masát den Eröffnungsvortrag zu „Deutsch als Wissenschaftssprache und unsere Region“. In seinem Beitrag wies er darauf hin, dass in der Zeit nach der politisch-gesellschaftlichen Wende 1989 die traditionell herausragende Stellung der deutschen Sprache in der ostmitteleuropäischen

Region zugunsten des Englischen an Terrain verloren hatte. Er unterstrich jedoch, dass Chancen für die „Revitalisierung“ der deutschen Sprache als Vermittlersprache vorhanden seien: Durch die wachsende politische und wirtschaftliche Rolle und Bedeutung Deutschlands (und Österreichs) bei der Gestaltung eines vereinten Europas steige der „Gebrauchswert“ der deutschen Sprache. In Mittel- und Osteuropa solle aber auch die Wissenschaftssprache Deutsch gefördert werden. Ein – auch in sprachlichem Sinne – direkter Wissenstransfer sei notwendig und erwünscht, so z. B. in der Rechtswissenschaft wegen der vergleichenden Aspekte im europäischen Rechtssystem, in dem immer breiteren Wissensbereich Kulturwissenschaften, in den Geschichtswissenschaften, in der Politikwissenschaft und natürlich in der Sprache der Wirtschaftswissenschaften. Im abschließenden Teil seines Vortrages deutete Prof. Masát auf die in diesem Zusammenhang herausragende Rolle der AUB hin, an der Deutsch als wissenschaftliche Kommunikationssprache verwirklicht werde und das Studienangebot wichtige Bereiche der Humanwissenschaften abdecke.

Wirtschaftssprache im Wandel

Im seinem anschließenden Plenarvortrag „Wirtschaftssprache im Wandel“ erinnerte Prof. Dr. Dietmar Meyer (Professur für Wirtschaftstheorie im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der AUB) daran, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts Deutsch die „Sprache der Wissenschaft“ gewesen sei, auch in einigen Bereichen der Volkswirtschaftslehre. Dies habe sich in der Gegenwart zum

Englischen gewandelt, was die Frage nach der Bedeutung dieser Entwicklung aufwerfe. In seinen Erörterungen, die auch einen weiten philosophischen Horizont für die diakronische Annäherung entwarfen, zeigte Prof. Meyer u. a. jenen langen Zeitraum auf, in dem die Mathematik die „Sprache“ der Volkswirtschaftslehre wurde, also eine eher abstrakte Sprache, die einige interessante Parallelen zu Wittgensteins Sprachphilosophie gezeigt habe. Da eine Sprache immer Kultur sei, solle heute das Vordringen der englischen Sprache auch in der Volkswirtschaftslehre im Zusammenhang des kulturellen Pluralismus betrachtet und bewertet werden.

Deutsch als Arbeitssprache

Dr. Paul Binder (Managing Partner der BINDER & Partners, Budapest) beschäftigte sich in seinem Vortrag „25 Jahre nach der Wende – Deutsch is back again“ mit der sich verändernden Bedeutung des Deutschen im Wirtschaftsleben Ungarns von der Wende bis heute. Danach berichtete Dr. Erika Kegyes (Universität Miskolc) in ihrem Vortrag zu „Deutsch im Wirtschaftsraum der Länder der Visegrád-Gruppe“ über die Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojekts – durchgeführt von einer polnisch-tschechisch-slowakisch-ungarischen Forschungsgruppe – in den Visegrád-Ländern zu den Fremdsprachenkenntnissen im Allgemeinen und den fachsprachlichen Deutschkenntnissen im Besonderen hinsichtlich der Nachfrage sowohl von Seiten der Global Players der Wirtschaft als auch in den kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ágnes Einhorn (Universität Miskolc) sprach anschließend zu „Mehrsprachigkeit in der Theorie und in der Praxis“.

Abschließend moderierte Prorektor Prof. Hansen eine Podiumsdiskussion mit allen Vortragenden zum Status der deutschen Sprache als Wirtschafts- und Wissenschaftssprache. Die Veranstaltung endete mit einem Empfang der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Perspektiven der schweizerisch-ungarischen Freundschaft

Das Zentrum für Demokratieforschung an der AUB und die Schweizerische Botschaft in Budapest luden am 09. Oktober 2015 zur Konferenz „Hin und zurück – und dazwischen: Perspektiven der schweizerisch-ungarischen Freundschaft“ ein.

Die Konferenz wurde von AUB-Rektor Prof. Dr. Masát eröffnet, der betonte, dass die Beziehungen zwischen Staaten insbesondere durch das individuelle Wirken von Menschen geprägt werden, welche als Brückenbauer zwischen den einzelnen Staaten fungieren. Danach folgte ein Grußwort von Jean-François Paroz, dem schweizerischen Botschafter in Budapest, der in seinem Beitrag auf den symbolischen Gehalt des Spiegelsaals der AUB hinwies: Der Saal sei zu einem regelmäßigen Schauplatz schweizerisch-ungarischer Begegnungen geworden und sei daher der ideale Ort für eine solche Konferenz. Weiterhin betonte er die geschichtliche Rolle der Schweiz, die nach dem gescheiterten Volksaufstand im Jahre 1956 vielen ungarischen Flüchtlingen Asyl gewährte hatte, und zeigte auch die wichtige Rolle

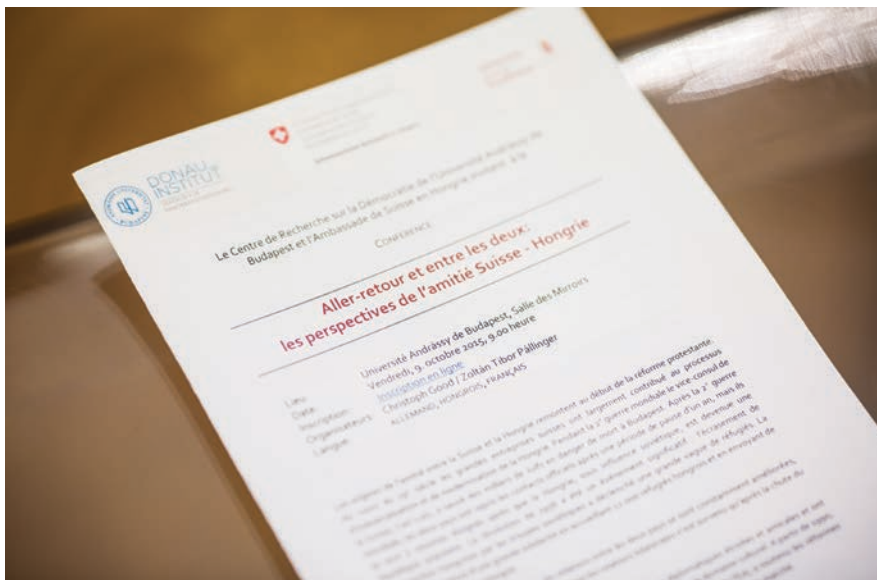
rätin Christine Egerszegi-Obrist, die darlegte, dass das Zusammentreffen „schweizerischer Pünktlichkeit und Ordnungsliebe“ und „ungarischer Herzlichkeit und Spontanität“, wie sie es in ihrer Ehe erlebt hatte, eine gute Basis für die interkulturelle Kommunikation darstellen würde. Ausgehend von einem gegenseitigen Verständnis und gegenseitiger Sympathie hätten sich auch die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schon während des Kommunismus zu vertiefen begonnen und hätten sich seit der Wende in Ungarn sehr erfreulich weiterentwickelt. Dabei beruhe das Verhältnis zwischen den Staaten nicht nur auf ökonomischen und politischen Grundlagen, sondern stütze sich insbesondere auch auf die Begegnungen von Menschen.

kulturellen Einflüsse der Reformation in Ungarn, die insbesondere auch auf dem Dialog von schweizerischen und ungarischen Denkern sowie der Ausbildung von ungarischen Theologen in schweizerischen Wissenszentren und den dort geknüpften Beziehungen beruhen würden.

In der folgenden Präsentation mit dem Thema „Schweizer und Ungarn im Europa des 18. Jahrhunderts: Beginn einer Freundschaft“ referierte Dr. Ferenc Tóth von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften über den Einfluss schweizerischer und ungarischer Militärs in französischen Diensten, welche zu einer Erneuerung der damaligen militärischen Doktrin beigetragen hätte, indem ein Dialog zwischen über die Einsatzdoktrin der jeweiligen Truppen stattgefunden habe. Diese Begegnungen in „fremden Diensten“ habe Anknüpfungspunkte für die Vertiefung der Beziehungen geboten. Eine wichtige Rolle habe dabei auch eine ähnliche geopolitische Lage gespielt: Gerade kleine Staaten wie die Schweiz und Ungarn seien darauf angewiesen gewesen, „raffinierte Strategien“ zu entwickeln, um in einem von Großmächten dominierten Europa zu überleben.

„Hélvécia liegt neben Kecskemét“ – so lautete der Titel der Präsentation Dr. Henriett Kovacs, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin der AUB tätig ist. Hélvécia ist eine ungarische Stadt, die von schweizerischen Einwanderern gegründet wurde, und deren Entwicklung vor allem durch den Schweizer Unternehmer und Agrarreformer Eduard Weber vorangetrieben wurde. Die kleine Stadt sei bis heute symbolischer Ort für schweizerisch-ungarische Beziehungen geblieben.

Anschließend referierte Dr. Judit Klement von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften über die Rolle schweizerischer Unternehmer in der ungarischen Industrialisierung während des 19. Jahrhunderts. Sie veranschaulichte ihre Ausführungen anhand des Beispiels von Abraham Ganz sowie Henrik und Karl Haggenmacher. Trotz ihrer beruflichen Erfolge in Ungarn seien diese Unternehmer mit der Schweiz verbunden geblieben



Konferenzsprache neben Deutsch und Ungarisch war auch Französisch.

Ungarns als Partner der Schweiz in der bilateralen und europäischen Politik auf. Die freundschaftlichen Beziehungen würden auf einem soliden historischen Fundament, gemeinsamen Interessen und geteilten politischen Einstellungen beruhen.

Den Abschluss der feierlichen Eröffnung bildete ein Beitrag von Stände-

Die historische Perspektive

Der erste Beitrag von PD Dr. Jan-Andrea Bernhard, Dozent für Kirchengeschichte an der Universität Zürich, behandelte die geistig-kulturellen Beziehungen zwischen Ungarn und der Schweiz im 16. und 17. Jahrhundert. Schwerpunkt des Vortrags waren die



Paneldiskussion zu den Perspektiven der schweizerisch-ungarischen Freundschaft mit Andreas Baumann, Jean-François Paroz, Andreas Oplatka, Gergely Pröhle und János Mátyásfalvi (v. l. n. r.).

und hätten auch schweizerische wohltätige Organisationen unterstützt. Die Tätigkeit dieser Unternehmer sei sinnbildlich für die guten schweizerisch-ungarischen Beziehungen gewesen, die sich nicht nur auf die offizielle Ebene beschränkt habe, sondern auch auf der persönlichen Initiative von nicht-staatlichen Akteuren beruht hätte.

In ihrem abschließenden Beitrag gab Dr. Katalin Siska, Professorin der Rechtswissenschaften an der Universität Debrecen, einen Überblick über die Geschichte der schweizerisch-ungarischen Beziehungen. Dabei ging sie u. a. auf die Rettung zahlreicher ungarischer Juden durch den schweizerischen Diplomaten Carl Lutz während des zweiten Weltkrieges ein und verwies auch auf den Beitrag, den die Schweiz zum Ausbau demokratisch-rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen nach der Wende in Ungarn geleistet habe.

Ungarische Emigration in die Schweiz

Im Mittelpunkt des zweiten Panels stand die ungarische Emigration in die Schweiz nach dem Volksaufstand 1956. Bis Ende 1957 nahm die Schweiz etwa 12.000 Flüchtlinge aus Ungarn auf, die ihr Heimatland nach der Niederschlagung des Volksaufstands durch sowjetische Truppen verlassen mussten.

Prof. Dr. Andreas Oplatka, Vorsitzender des Kuratoriums der AUB, widmete seinen Vortrag den historischen Ereignissen von 1956-1957 sowie den Folgen ungarischer Einwanderung in die Schweiz. Seinen Ausführungen zufolge hätten die ungarischen Flüchtlinge starke Sympathien bei der schweizerischen Bevölkerung geweckt, weil auch die Schweizerinnen und Schweizer die Ziele der Revolution, Rechtsstaatlichkeit, pluralistische Demokratie und die Achtung der Menschenrechte geteilt hätten.

Der anschließende Vortrag von Dr. Tamás Kanyós von der Europäischen Janusz Korczak Akademie in München, behandelte die Identitätsfindung ungarischer Emigranten in der Schweiz. Er verwies auf den Dokumentarfilm von 1976 „Sobotich, Szöllösy, Antos: geboren in Ungarn...“, der verschiedene Schicksale ungarischer Flüchtlingen, die sich in der Schweiz niedergelassen haben, zeigte. Das im Film vermittelte Bild der Ungarn sei laut Kanyó jedoch kritisch zu hinterfragen, da er keinen repräsentativen Überblick über die ungarischen Immigranten gebe, sondern sich überwiegend auf negative Beispiele beschränke.

Die „neue“ Generation

Der dritte Referent, Dr. David Zimmer aus Bern, fokussierte sich auf die sogenannten „Secondos“ – die zwei-

te und dritte Generation ungarischer Emigranten in der Schweiz. Die im Zuge seiner Doktorarbeit „Ungarn vererben?“ durchgeführten Interviews würden zeigen, dass keine einheitliche Identität von „Secondos“ existiere. Vielmehr sei diese von unterschiedlichen Faktoren wie Sprache, Name, Familie und Verwandtschaft abhängig. Abschließend hielt Zimmer fest, dass die „Secondos“ ihre Zugehörigkeit bis zu einem gewissen Grad frei aus verschiedenen Kristallisationskernen zusammensetzen können. Dabei sei ihre Zugehörigkeit Ausdruck einer Wahl; sie sei gewählt – und somit nicht „erbt“, auferlegte, zugeschriebene – Zugehörigkeit.

Der letzte Vortrag wurde von Dr. Barbara Villiger Heilig, Redakteurin beim Feuilleton der Neuen Zürcher Zeitung, gehalten und war der ungarisch-schweizerischen Schriftstellerin Ágota Kristóf gewidmet. Diese war nach dem ungarischen Aufstand von 1956 mit Ehemann und Kind in die Schweiz geflohen. Barbara Villiger Heilig machte die Gäste mit dem autobiografischen Antikriegsroman „Das große Heft“ von Ágota Kristóf vertraut, der 1986 erschienen war und die Autorin berühmt gemacht hatte. In diesem Roman ergründet Kristóf am Beispiel eines Zwillingspaars, die einen Krieg miterleben, grundlegende Fragen von Fremdheit und Identität.

Brücken zwischen den Ländern

Das dritte Panel stand unter dem Motto „Brücken“. Dabei wurde untersucht, wie einzelne Menschen durch ihre Tätigkeit die Beziehungen zwischen zwei Staaten beeinflussen können.

Tiphaine Robert, Doktorandin an der Universität Fribourg zeigte dazu zu Beginn ihres Vortrags „Die Rückkehr ungarischer Flüchtlinge aus der Schweiz nach Ungarn, diplomatische und ideologische Streitfragen (1956-1961)“ einen Auszug aus dem Film „A berni követ“ (The Ambassador to Bern), welcher die Geschichte eines aus Ungarn in die Schweiz ausgewanderten Ehepaars behandelt, das sich aufgrund seiner Erfahrungen im Exil zur Rückkehr nach Ungarn entschloss. Der Filmausschnitt führte zu der Frage, warum ungarische Flüchtlinge sich damals für eine Rückkehr entschieden haben, obwohl sie mit Strafe zu rechnen hatten. Erstaunlicherweise kehrten etwa 10 Prozent aller ungarischen Flüchtlinge bis 1960 nach Ungarn zurück. Gründe hierfür waren zum Beispiel eine schwierige Integration in die neue Gesellschaft, die Sorge um Familienangehörige und das Heimweh nach Ungarn.

Die zweite Referentin Frau Gabriele Dömötör, wissenschaftliche Mit-

arbeiterin am Institut für Forschung, Entwicklung und Evaluation an der Pädagogischen Hochschule Bern, hielt einen Vortrag über die Gesellschaft Helvetia-Hungaria und deren wichtige Rolle beim Aufbau freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Schweiz und Ungarn. Dabei verwies sie insbesondere auf die Tätigkeit von Pfarrer Carl Irlet, der nach dem ersten Weltkrieg „die schweizerische Hilfsaktion für ungarische Kinder“ ins Leben gerufen hatte, in Rahmen derer mehr als 16.000 ungarische Kinder Urlaub und Pflege in der Schweiz fanden.

Dr. Gábor Ugron, seit 2003 Präsident des „Vereins Ungarischer Architekten und Ingenieure in der Schweiz“, stellte die Arbeit des Vereins vor. Der Verein helfe bei der Integration von Ungarn in der Schweiz, indem er neben der Pflege der ungarischen Sprache auch die Verbreitung kultureller Werte und technischen Wissens fördere.

Im abschließenden Vortrag des dritten Panels ging Prof. Dr. Stephan Gas von der Fachhochschule der Nordostschweiz auf ein konkretes Kooperationsprojekt ein, in dessen Rahmen die Schweiz während der 90er Jahre einen Dialog mit Ungarn über Fragen der Rechtsstaatlichkeit geführt und auch Unterstützung bei der Verwirklichung konkreter Folgeprojekte geleistet habe.

Perspektiven der schweizerisch-ungarischen Freundschaft

Die Konferenz wurde mit einer Paneldiskussion abgeschlossen, die von Prof. Oplatka moderiert wurde. Teilnehmer der Diskussion waren Jean-François Paroz, Botschafter der Schweiz in Ungarn, Gergely Pröhle, stellvertretender Staatssekretär im Ministerium für Humanressourcen sowie ehemaliger Botschafter Ungarns in der Schweiz, Andreas Baumann von ABT Treuhand und János Mátyásfalvi von der deutsch-ungarischen Industrie- und Handelskammer. Die Teilnehmer diskutierten die Perspektiven der schweizerisch-ungarischen Freundschaft aus Sicht der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Praxis. Dabei kamen auch Verständnisschwierigkeiten zwischen beiden Länder zur Sprache, deren Überwindung des gegenseitigen Kennenlernens und Verständnisses bedarf. Generell konnte festgehalten werden, dass sich die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern in den letzten Jahren sehr gut entwickelt haben und auch die zukünftigen Perspektiven in einem positiven Licht erscheinen.



Politische Repräsentativität und die EU

Gastvortrag von Hans J. Lietzmann



Angesichts der anhaltenden Diskussion über ein Defizit in der Europäischen Union und des wachsenden Europa-Skeptizismus ist es von besonderer Bedeutung, sich mit dem Prinzip der Repräsentation in der EU auseinanderzusetzen. Einen Beitrag zu dieser Auseinandersetzung leistete Prof. Dr. Hans J. Lietzmann (Jean-Monnet-Professor für European Studies an der Bergischen Universität zu Wuppertal) in seinem Gastvortrag „Politische Repräsentativität und die EU“, den er am Abend des 21. Oktober 2015 an der AUB hielt. Prof. Lietzmann befasst sich sowohl mit Fragen der politischen Theorie als auch mit Politik-

beratung im Bereich der Bürgerbeteiligung; er ist zudem Leiter des Instituts für Demokratie- und Partizipationsforschung (IDPF) – Forschungsstelle Bürgerbeteiligung an der Bergischen Universität Wuppertal.

Im ersten Teil seines Vortrages behandelte Prof. Lietzmann die Frage „Was ist politische Repräsentativität?“. Dabei setzte er sich mit Repräsentativitätsverständnissen auseinander, die in politikwissenschaftlichen Lehrbüchern, in der Empirie bzw. der

politischen Symbolik (bspw. Effigies oder das Titelbild von Hobbes' Leviathan) sowie der politischen Theorie vorzufinden sind – hier ging Lietzmann auf Eric Voegelin, Hanna F. Pitkin, Carl Schmitt, Cornelius Castoriadis und Albrecht Koschorke ein. Die Leitfrage des zweiten Vortragsteils „Was ist repräsentativ in der EU?“ suchte Prof. Lietzmann durch eine Analyse der Repräsentativität der EU-Institutionen zu beantworten – also des Europäischen Rats, der Europäi-

schen Kommission, des Rats der EU und des Europäischen Gerichtshofs, wobei sich ein durchaus gemischtes Bild abzeichnete. Bemerkenswert sei hier, dass von Seiten der Bürger – wie Umfragedaten zeigen – in das Europäische Parlament ein vergleichsweise hohes Vertrauen bestehe. Dies könnte Anlass zur Hoffnung geben, dass das Parlament sich tatsächlich zum Repräsentanten eines Gesamten, eines europäischen Demos, entwickle.

Tim Kraski

„Aus der politischen Kulisse“

Am 27. Oktober stellte Peter Radunski, ehemaliger Politikberater und CDU-Bundesgeschäftsführer, seine Autobiographie „Aus der politischen Kulisse. Mein Beruf zur Politik“ an der AUB vor.

Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB, ging zu Beginn auf die Vita von Peter Radunski ein, der seiner Auffassung nach einen politischen Marathonlauf absolviert habe. Durch seine Nähe zur Macht kenne er wie kein Zweiter die Mechanismen des politischen Geschäfts. Im Anschluss nannte Frank Spengler, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn, das zentrale Motiv im politischen Wirken Radunskis: die Standhaftigkeit. Diese habe es ihm ermöglicht, auch in schwierigen Situationen nicht von eigenen politischen Überzeugungen abzuweichen.

„Politik macht Spaß“

Radunski bezeichnete den Ansporn ein Buch über sein berufliches Leben zu schreiben darin, dass er seine politischen Erfahrungen teilen wolle. Er wolle vermitteln, dass Politik Spaß bereite: Zu Beginn seines Studiums sei er ein unpolitischer Mensch gewesen, bis ihn der Mauerbau und die Studentenproteste gepackt hätten. Diese Schlüsselergebnisse ließen ihn schnell zu einem Reformier um Helmut Kohl innerhalb der CDU aufsteigen, die den Status Quo im Zuge der 68er-Bewegung der Kritik unterzogen.



Nach Abschluss seines Studiums ging er nach Bonn in die Bundesgeschäftsstelle der CDU, dessen Bundesgeschäftsführer er später auch werden sollte. Dort trug er maßgeblich zu einer Modernisierung und Entwicklung hin zur modernen Mitgliederpartei bei. Zahlreiche erfolgreiche Europa- und Bundestagswahlkämpfe organisierte er, wobei sein größtes Erfolgserlebnis in der DDR-Volkammerwahl 1990 lag, die die CDU trotz aller voran geführten Umfragen für sich entscheiden konnte. Zum Ende seiner Laufbahn zog es ihn dann doch in die erste Reihe der Politik, als er in Berlin zunächst Senator für Bundes- und dann für Wissenschaftsangelegenheiten wurde. Mit Erfolg gekrönt war

letztendlich sein Einsatz für Berlin als Hauptstadt, wobei er sich an seiner alten Wirkungsstätte im Rheinland wenig Freunde machte und hier sein ganzes politisches Geschick einfließen lassen musste. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Geschäft wurde er als Politikberater tätig, so auch in Ungarn. Seinen Erfahrungen nach könne er jungen Menschen nur raten, sich in der Politik zu engagieren und dort Erfahrungen zu sammeln.



Democratic Innovation: New Practices and Potentials of Participatory Procedures

Internationale Konferenz der gemeinsamen Forschungsgruppe für partizipative Demokratie der Katholischen Péter-Pázmány-Universität (PPKE) und des Zentrums für Demokratieforschung an der AUB.

Ziel der Konferenz am 30. Oktober 2015 war der Informationsaustausch über neue partizipative Instrumente zur Förderung demokratischer Innovation. Die Konferenz wurde von Dr. László Komáromi (PPKE) eröffnet. Dr. Zoltán Tibor Pállinger (AUB) verwies in seinem Grußwort auf die erfolgreiche Kooperation beider Universitäten im Vorfeld und stieg in das Thema der Konferenz mit der These ein, dass heute die Demokratie als solche vor Legitimitätsproblemen stünde. Die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten sowie neue, innovative Instrumente könnten helfen, die „Krise“ der Demokratie zu überwinden.

Instrumente der direkten Demokratie international

Im ersten Beitrag des Panels diskutierte Dr. Lóránt Csink (PPKE) das Thema „Volksbefragungen in Ungarn“. In seinem Vortrag widmete er sich der Frage, ob Volksbefragungen als ein Instrument der direkten Demokratie betrachtet werden können oder ob sie eher dem „politischen Marketing“ dienen würden. Aufgrund zumeist missverständlicher Fragestellungen, dem nicht-bindenden Charakter der Volksbefragung und der wenig transparenten Evaluierung, die durch die Regierung selbst erfolge, sei die Volksbefragung nicht zu vergleichen mit der Volksabstimmung und somit kein Instrument direkter Demokratie. Nichtsdestotrotz gäbe die Volksbefragung Rückschluss über die Meinung des Volkes zu bestimmten Themen, erhöhe daher die Partizipation und sei somit ein Schritt in Richtung der direkten Demokratie.

Janina Apostolou (AUB) beschäftigte sich anschließend in ihrem Vortrag mit dem Bürger- oder Beteiligungshaushalt in Deutschland, der eine Art von kommunaler Bürgerbeteiligung darstelle. Am Beispiel von Porto Alegre (Brasilien),

wo sich dieses partizipative Verfahren großer Beliebtheit erfreut, zeigte die Vortragende auf, wie ein Bürgerhaushalt funktionieren kann. In ihrem Vortrag kam sie jedoch zu dem Ergebnis, dass im Gegensatz zu Porto Alegre Bürgerhaushalte in Deutschland weniger populär und daher nur sehr vereinzelt vorhanden seien.

Prof. Dr. Siegfried Franke (AUB) untersuchte anschließend funktionale Defizite der repräsentativen Demokratie aus ökonomischer Sicht und kam zu dem Schluss, dass direkte Demokratie durchaus zur Beseitigung der angesprochenen Defizite beitragen könne. Dr. Luca Jaskó (PPKE) fokussierte sich in ihrem Beitrag auf die Rolle internationaler Konsultationen in der globalen Demokratie.

In seinem abschließenden Vortrag gab Dr. Uwe Serdült (Zentrum für Demokratie Aarau) einen Überblick über die verschiedenen Formen des E-Votings in der Schweiz. E-Voting ermögliche die Stimmabgabe über das Internet und vereinfache dadurch bürgerliche Partizipation: Der Referent wies darauf hin, dass sich E-Voting in der Schweiz zwar großer Beliebtheit erfreue, es jedoch trotz dieser vereinfachten Form der politischen Teilhabe zu keinem Anstieg der Wahlbeteiligung gekommen sei.

Anwendungen und Modelle deliberativer Demokratie

Das zweite Panel begann mit einem Vortrag von Melanie Barlai (AUB). Darin behandelte sie das Thema „Voting Advice Applications“ (z. B. der „Wahl-O-Mat“ in Deutschland) und widmete sich der Frage, welche Effekte Internetanwendungen auf das Wahlverhalten der Benutzer haben. Unter anderem kam sie zu dem Ergebnis, dass die Beliebtheit solcher Internetanwendungen von Land zu Land variere. So feierte bspw. die niederländische Internetan-

wendung „Stemwijzer“ im Jahr 2006 mit 4,7 Millionen Konsultationen (entspricht ungefähr 40 Prozent der Wählerschaft) einen beachtlichen Erfolg, wohingegen das ungarische Pendant „Vokskabin“ von nur 0,03 Prozent der Wählerschaft genutzt wurde.

Der anschließende Vortrag „Revitalizing democracy – The possibilities of online tools“ von Csaba Madarász, (freiberuflicher Experte im Bereich eDemocracy) behandelte die Relevanz des Zugriffs auf Informationen und die Potenziale, die das Internet in diesem Zusammenhang entfalten könnte. Verschiedene Internetplattformen wie z. B. „DemocracyOS“, „MySociety“ oder „Yourpriorities“ gäben den Bürgern die Möglichkeit, sich politisch umfassend zu informieren und seien daher essentiell, um die bürgerliche Partizipation zu steigern.

In seinem Vortrag zu Thema „Between adaptation and #neuland: Political actors and the challenges of online public sphere(s)“ behandelte Jonas Kaiser (Zeppelin Universität Friedrichshafen) die Veränderungen, die das Internet in Bezug auf Partizipation mit sich gebracht habe. Jeder könne sich im heutigen Zeitalter jederzeit frei ausdrücken und politisch engagieren. Vor allem soziale Netzwerke wie Facebook oder Twitter seien dafür prädestiniert, sich politisch zu beteiligen.

Dr. Björg Thorarensen (Universität Island) referierte zu „Lessons from the Icelandic experiment of ‚crowd sourced‘ constitution-making“. Sie präsentierte dabei eine Initiative des isländischen Verfassungsrates, welche Bürger über das Internet an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung mitwirken ließ. Obwohl die „Crowdsourcing-Verfassung“ im Parlament vorerst gescheitert sei, sei doch erkennbar gewesen, dass sich Bürger auch an essentiellen politischen Prozessen wie der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beteiligen könnten.

In ihrem Vortrag „Deliberative and participatory democracy: a global comparative analysis“ erläuterte Martina Trettel (EURAC-Institut für Föderalismus- und Regionalismusfor-

schung) die Modelle der deliberativen und partizipatorischen Demokratie. Veranschaulicht wurde der Beitrag durch bekannte Beispiele wie z. B. dem „Australian Citizens' Parliament“, der „British Columbia Citizens' Assembly“ oder dem „Porto Alegre's Participatory Budgeting“. Diese Beispiele stellen neue Formen der bürgerlichen Beteiligung bei politische Prozesse dar.

Förderung und Anwendung direktdemokratischer Verfahren in Europa

Das dritte Panel präsentierte anhand von Fallbeispielen, wie demokratische Innovationen und Verfahren der direkten Demokratie in verschiedenen Ländern konkret gefördert werden können.

Dr. Ulrich Schlie (AUB) formulierte in seinem Vortrag „Transparency, democracy and the armed forces reform: The example of the German Bundeswehr“ Thesen zu der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands und zeige die derzeitigen Herausforderungen der Bundeswehr auf. In erster Linie müsse Deutschland eine Führungsrolle in Europa einnehmen und einen starken Partner für andere Länder darstellen, so Schlie. Dabei sei eine transparente innenpolitische Kommunikation eine grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik.

Nachfolgend referierte Dr. Pállinger (AUB) über das Verhältnis von direkter Demokratie und Außenpolitik in der Schweiz. Er zeigte am Beispiel des schweizerischen „Bottom-Up Systems“, wie das schweizerische Volk zwischen 1992 und 2014 durch Initiativen und Referenden zahlreiche außenpolitische Entscheidungen beeinflusst habe. Dies sei bei neorealis-

tischem Politikverständnis durchaus nicht selbstverständlich und könne als substantielle demokratische Innovationen betrachtet werden.

Dr. Christina Griessler (AUB) legte mit ihrem anschließenden Vortrag „Social reform through referendum: The Equality Marriage Campaign in Ireland“ dar, warum Irland ein Vorreiter demokratischer Innovation sei. Die größte Errungenschaft in diesem Bereich sei das erfolgreiche Referendum für gleichgeschlechtliche Ehen im Mai 2015.

Dr. László Komáromi (PPKE) führte das Thema Referendum im Rahmen seines Vortrags „Flood of referendum initiatives: The case of Hungary“ weiter aus. Mit einem historischen Überblick stellte er die Entwicklung von Initiativen in Ungarn dar, deren Anzahl seit 2007 deutlich angestiegen sei. Viele Anträge hätten allerdings nicht ernst genommen werden können, weswegen Ungarn daraufhin mit Restriktionen reagiert habe, wodurch eine starke Abnahme der Initiativen entstanden sei. Um dieses ungarische „Referendum-Problem“ zu lösen und vernünftige Initiativen zu akquirieren, könne man bspw. die materiellen Voraussetzungen für solche Initiativen senken oder professionelle externe Beratung bei der Formulierung der Initiativen hinzunehmen.

Dr. Sándor Fülöp (Präsident der Environmental Management and Law Association) referierte in seiner Präsentation zu den „Hungarian environmental NGOs as actors in multi-level governance“. NGOs hätten in den letzten beiden Legislaturperioden der ungarischen Regierung starke Einschränkungen erlitten. Seiner Meinung nach müsse man die Informationskanäle verbessern, um den Wissensstand des

Volkes zu erhöhen. Weiterhin sei es essentiell, die Strukturen der NGOs zu stärken und Diskriminierungen staatlicherseits zu reduzieren. NGOs seien die Zukunft staatlicher Innovation.

Den abschließenden Beitrag „The Open Working Group of the UN (2012-2014) as an experiment in policy development“ lieferte Dr. János Zlinszky (PPKE). Diese „Offene Arbeitsgruppe“ wurde für die Ausarbeitung der sogenannten „nachhaltigen Entwicklungsziele“ (SDGs) der UN einberufen. Das Problem dieser zukunftsweisenden SDGs läge in der nationalen Implementierung. Es sei vor allem Aufgabe der Zivilgesellschaft die Politik transparenter zu gestalten und dadurch Implementierungsprozesse effektiver und effizienter zu gestalten. Nichtsdestotrotz sei die Zusammenarbeit dieser „Offenen Arbeitsgruppe“ sehr erfolgreich gewesen, weswegen man diese Art der Politikformulierung und -gestaltung als eine Innovation betrachten könne.



Deutschland in Europa – Was kommt auf uns zu?

Vortrag von Michael Stürmer

Michael Stürmer, Chefkorrespondent der deutschen Tageszeitung „Die Welt“, ging am 2. November 2015 an der AUB in seinem Vortrag zu aktuellen Herausforderungen der deutschen Politik der Frage nach, wie Deutschland seiner Verantwortung in Europa und gegenüber der Weltgemeinschaft nachkommt und zeigte Perspektiven der Europäischen Union sowie der USA und Russlands auf. Der Vortrag war Teil der Vorlesungsreihe „Modernes Regierungshandeln in Zeiten der Globalisierung“, organisiert von Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB, und der Deutschen Botschaft Budapest.

Zu Beginn des Vortrags kritisierte Stürmer die Zurückhaltung Deutschlands in Bezug auf internationale Herausforderungen, wie beispielsweise in der Flüchtlingskrise, der Syrienkrise und dem Ukraine-Konflikt. Es sei die Aufgabe und Pflicht Deutschlands als stärkste Wirtschaftsmacht in der EU, in diesen



Fragen gemeinsam mit Nachbarn wie Frankreich und Großbritannien Wegweiser zu sein und sich nicht von seiner historischen Last in die Knie zwingen zu lassen. Stürmer plädierte für ein größeres Engagement Deutschlands bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU, insbesondere im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Anschließend regte Stürmer Zweifel an der aktuellen Flüchtlingspolitik der Europäischen Union und Deutschlands und forderte ein kohärentes Auftreten der Mitgliedsstaaten, um eine effektive und zuverlässige Verteilung von Flüchtlingen gewährleisten zu können.

Wenn dies nicht zeitnah geschehe, stehen Deutschland und Europa vor einer unlösbaren Aufgabe, die eine potentielle Gefahr für die innere und äußere Sicherheit Europas darstelle.

Abschließend erläuterte Michael Stürmer die aktuellen internationalen Ereignisse, in welche Russland involviert ist, wie beispielsweise die Syrienkrise, den Ukraine-Konflikt sowie die Neuorientierung der USA weg von Europa hin zum pazifischen Raum. Russland, so mahnte Stürmer, dürfe nicht unterschätzt werden: Obwohl die erlassenen Sanktionen der EU und der USA sowie der niedrige

Ölpreis der russischen Wirtschaft massiv schaden würden, erhebe das Land geopolitische Ansprüche und habe sich durch das Engagement in Syrien im Kampf gegen den IS auf der internationalen Bühne zurückgemeldet. Die Neuorientierung der USA hin zum pazifischen Raum und zugleich die Abkehr von Europa verdeutliche das geopolitische Interesse der USA im 21. Jahrhundert. Europa müsse heute in der Lage sein, seine eigene Sicherheit zu gewährleisten, ohne sich auf die Hilfe der USA zu berufen. Stürmer forderte daher, dass Deutschland nicht nur Wegweiser in wirtschaftlichen Aspekten innerhalb der EU, sondern auch in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU sein müsse. Schließlich sei es den Amerikanern nicht zu verübeln, wenn sie sich in einer geringeren Verantwortung gegenüber Europa sehen würden, da es den Europäern wichtiger sei, ausgeglichene Haushalte zu erreichen, als die eigene Sicherheit zu gewährleisten.

Markus Ell



EU-Integration und Zusammenhalt: Die Funktion regionaler Kooperation im Donauraum

Internationale Konferenz des Zentrums für Demokratieforschung und des Andrássy Forums for Western Balkan Studies an der AUB.

2009, 2011, 2014, 2015 – diese Jahreszahlen stehen für den Start von vier makroregionalen Strategien der EU für den Ostseeraum, entlang der Donau, an der Adria sowie der Alpenregion von Nizza bis Ljubljana. Um sich vertieft mit diesem vergleichsweise neuen Element der europäischen Politik auseinanderzusetzen, fand am 5. November 2015 an der AUB eine eintägige Konferenz statt. Ellen Bos, Professur für Vergleichende Politik-

wissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB und eine der Organisatorinnen der Konferenz, eröffnete zusammen mit Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Netzwerk politische Kommunikation (netPOL) an der AUB und ebenfalls Organisatorin, die Tagung.

EU-Strategien für die Makroregionen

Im ersten Panel der Konferenz, moderiert von Christina Griessler, wurden unter dem Titel „Die Strategie der Europäischen Union für die Makrore-

gionen: Funktionen, Ziele, Herausforderungen?“ zunächst die thematischen Grundlagen der Konferenz erläutert. Ellen Bos widmete sich anschließend in ihrem Vortrag dem Mehrwert und den Potentialen makroregionaler Strategien unter dem Eindruck europäischer Krisen. Nach einem kurzen Überblick über die bisherigen Strategien, deren Funktionsweise und Ziele stellte sie fest, dass die bei der Gründung festgeschriebenen Grundsätze wie die „drei Neins“, also die Absage bezüglich zusätzlicher EU-Geldmittel, neuer EU-Institutionen und weiterer EU-Gesetzgebung im Rahmen der Makroregionen, an ihre Grenzen stoßen

bzw. aufgeweicht würden. Ohne diese seien wohl die Ziele der Strategien wie projektbezogene, institutionelle Kooperationen oder abgestimmte Finanzierungen einzelner Vorhaben kaum zu stemmen. Das zeige sich daran, dass bereits jetzt bei der Organisation und der Partizipation große Unterschiede unter den beteiligten Staaten hinsichtlich Teilnahmbereitschaft und Ressourceneinsatz bestünden. Die Mitglieder der einzelnen Entscheidungsgremien würden zu oft wechseln und sehr unterschiedliche Kompetenzen auf die regelmäßigen Arbeitstreffen mitbringen, sofern sie überhaupt erschienen. Wollte man daher weiter an den Gründungsprinzipien festhalten, müsste man auf vermehrte „spill-over-Effekte“ im Rahmen der für viele Mitgliedsländer zu komplexen Struktur der makroregionalen Strategien vertrauen. Derzeit liefern die makroregionalen Strategien ob der mangelnden internen Konvergenz der Entscheidungen aber aus Sicht von Bos zu wenig Mehrwert, um bei der Bewältigung interner Krisen der EU an entscheidender Stelle hilfreich sein zu können. Hier gebe es noch deutlich Potential nach oben.

EU-Strategie für den Ostseeraum

Während sich Ellen Bos vor allem auf die Donaoraumstrategie bezog, versuchte der nachfolgende Panelteilnehmer Stefan Gänzle (norwegische Universität Agder) den Besuchern der Konferenz einen Einblick in die Funktionsweise der Ostseeraumstrategie zu geben. In Anlehnung an das jüdische Märchen „Something from Nothing“ stehe Gänzle der oftmals postulierten Entstehung einer makroregionalen Ebene im Rahmen des Mehrebenensystems der EU skeptisch gegenüber. Vielmehr sprach er mit Blick auf seine Erkenntnisse bezüglich der Ostseeraumstrategie eher von „experimental governance“, die vor allem bei der Umsetzung der zentralen Kohäsionspolitik immer wieder zu Tage trete. Beim effizienteren Umgang mit den Geldern des Kohäsionsfonds sehe er auch die Rolle der makroregionalen Strategien als gemeinsamen, grenzüberschreitenden, administrativen

Raum mangels eigener Geldquellen am ehesten verwirklicht.

Michael Volgger (Institut für Regionalentwicklung und Standortmanagement der Europäischen Akademie (EURAC), Bozen) erläuterte den Konferenzbesuchern via Videobotschaft die Kernelemente der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP). Die Alpen seien das erste raumgebende Nichtgewässer bei den makroregionalen Strategien und ein historisch gesehen über Institutionen wie die Arge Alp von 1972 oder die Alpenschutzkommission CIP-



Über aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der EUSDR referierte István Perger, Mitarbeiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Budapest.

RA zur Begleitung der Alpenkonvention von 1991 bereits eng verflochtener und daher gut geeigneter Raum, um die Kooperation von EU-Alpenanrainern wie Frankreich, Deutschland oder Österreich mit Nichtmitgliedstaaten der EU wie der Schweiz und Liechtenstein zu fördern. Die Strategie bestehe aus drei Säulen: Wirtschaft und Innovation, Umwelt und Energie sowie Verkehr und Infrastruktur. Ein entscheidendes Element bei der EUSALP seien daher die Faktoren Demographie, Umweltschutz und Tourismus, welche als Kernthemen die drei Säulen miteinander verbinden. Dies gelte vor allem, da in den traditionell landwirtschaftlich geprägten Alpen ein Trend zur Urbanisierung einzelner Regionen wie dem Inntal oder dem Tessin stattfinde, während andere Gebiete wie die Obersteiermark, Teile Graubündens oder des Wallis mit Abwanderung und Entvölkerung kämpfen. Der sanfte Touris-

mus wäre hier laut Volgger eine ideale und von der EUSALP besonders zu fördernde Methode, um Arbeitsplätze zu schaffen, die Natur zu schonen und gleichzeitig die Infrastruktur der Länder auszubauen und enger miteinander zu verzahnen.

EU-Strategie für den Donaoraum

Unter der Moderation von Ellen Bos widmeten sich die Konferenzteilnehmer im zweiten Panel dann der EU-

Strategie für den Donaoraum (EUSDR). Florian H. Setzen (Leiter des Europa-Zentrums in Baden-Württemberg) befasste sich in seinem Referat beispielsweise mit den Möglichkeiten und Grenzen einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit für die EUSDR. Er betonte dabei die Wichtigkeit von klaren Zielvorgaben bei der Projektdurchführung. Nur so könnten verständlich und transparent die positiven Auswirkungen der Strategie bilanziert, diese Bilanz einer breiten Öffentlichkeit kommuniziert und falschen Erwartungen vorgebeugt werden. Wie seine Vorredner betonte Setzen aber auch, dass man bei der positiven Darstellung der EUSDR oft an seine Grenzen stoße: „Der beste und ehrlichste Weg, einem Produkt ein besserer Image zu verpassen, ist immer noch, das Produkt selbst zu verbessern“, wie er mit Blick auf die komplexen Strukturen und unklaren Umsetzungsvorgaben feststellte.

Mehrwert der Donaoraumstrategie

Die Frage nach einem Mehrwert der Donaoraumstrategie für die EU und den Donaoraum stellte auch Eckhart D. Stratenschulte, Direktor der Europäischen Akademie in Berlin, in den Fokus seines Vortrages. Er untersuchte die EUSDR als einen Fall von Hydro-politics, einem Konzept, das für die systematische Analyse von Konflikten und Kooperation zwischen Staaten über grenzüberschreitende Wasserressourcen entwickelt wurde. Das Bestehen einer gemeinsamen Donauidentität verneinte er dabei. So gebe es zwar durchaus gemeinsame Interessen wie die Schiffbarkeit oder die Sicherstellung einer gewissen Gewässerqualität der Donau, diese seien aber in den Mitgliedstaaten unterschiedlich priorisiert. Gerade diese unterschiedliche Akzentuierung und damit das Eigeninteresse an einigen Politikfeldern bestimmten aber die Beteiligung und die eingesetzten Mittel zur Verwirklichung entsprechender Projekte. Als Beispiel nannte Stratenschulte die Kooperationen beim Brückenbau und bei der touristischen Erschließung der Region, die z. B. zwischen Bayern und Ungarn recht gut funktioniere. Mit Regensburg, Passau, Linz, Melk, Wien, Preßburg, Gran, Donauknie und Budapest könne jeder Kooperationspartner wenigstens ein Highlight präsentieren und damit seinen touristischen Mehrwert steigern. Diesen Mehrwert gestehe man dann auch den übrigen Partnern zu. Südlich von Budapest begegne man hingegen kaum Kreuzfahrtschiffen und die Anzahl der Brücken nehme rasant ab, je näher man dem Donaudelta komme. Die Anrainerschaft von Moldawien oder der Ukraine am Unterlauf müsse man manchen sicherheitsbedachten Touristengruppen gar verschweigen, um sie für eine Kreuzfahrt am Ober- oder Mittellauf zu gewinnen. Eine einheitliche Donauidentität und damit einen größeren Mehrwert der Strategie vermisste Stratenschulte somit bisher, da es kaum einheitliche Kooperationsstrategien von Ulm bis Konstanz gebe, die von allen Mitgliedern gleichermaßen intensiv und mit Rücksicht auf die übrigen Staaten betrieben würden.

Mit START-DANTE4PA präsentierte die dritte Rednerin des Panels Margot Bonnafous (Euro-Institut, Kehl) ein konkretes Projekt in der EUSDR. Hierbei handele es sich zwar nur um ein kleines Vorhaben, welches während der bisher einjährigen Dauer aber durchaus Erfolge aufweisen könne. Kern sei der Aspekt des Voneinanderlernens, also das Nutzen von Synergieeffekten innerhalb der Verwaltungen der Kooperationspartner Rumänien, Österreich, Slowenien, Ungarn und Baden-Württemberg. Hierbei geben die beteiligten Institutionen untereinander bei Schulungen und Fortbildungen ihre Expertise weiter und erhalten bei anderen Punkten ihrerseits die Unterstützung der Partner. Wichtig seien die Berücksichtigung von regionalen Gegebenheiten bei den Coachings der einzelnen Verwaltungseinheiten und der Rückgriff auf bestehende Verbindungen wie Städtepartnerschaften. So könne zuerst „capacity development“ und in einem zweiten Schritt dann „capacity building“ betrieben und damit ein transnationales Wissensnetzwerk geschaffen werden, an dem sich Forschungsinstitute, Universitäten, Behörden und auch die Zivilgesellschaft beteiligen sollen.

Entwicklungen und Perspektiven der EUSDR

Aktuelle Entwicklungen und Perspektiven der EUSDR stellte István Penger als Mitarbeiter der Europäischen Kommission in Budapest in den Fokus seiner Ausführungen. Er betonte die Wichtigkeit diversifizierter Geldquellen und unterstrich den Wunsch der Kommission, dass auch private Gelder in Zukunft im größeren Maße zur Finanzierung der Projektideen eingebunden werden. So könnte auch die Akzeptanz der Strategie erhöht werden, indem nicht mehr nur Gelder des Kohäsionsfonds, sondern auch zivilgesellschaftliche und nationalstaatliche Mittel der EUSDR zu Gute kämen. Viel Lob hatte er dabei für die ungarische EU-Ratspräsidentschaft übrig, die hier mehrere Dinge bewegen haben können. Als Tätigkeitsfelder für weitere Projekte nannte er vor allem Umweltschutz und Touris-

mus, da in diesen Bereichen entweder direkt oder zumindest indirekt die ganze Donauregion von einzelnen Vorhaben profitieren würde. Im Bereich der Gesellschaftspolitik sei der Umgang mit der Romaminderheit von zentraler Bedeutung. Die Situation der Roma auf dem Balkan oder im Ostteil der Donauanrainerstaaten betreffe über die EU-Binnenfreizügigkeit auch die reicheren Länder am Oberlauf der Donau. Die bereits öfter thematisierten „drei Neins“ hält Penger für wichtig, da es anfänglich galt, die Skepsis der nicht in die Strategien involvierten Mitgliedstaaten zu überwinden. Er betrachtet die Entwicklung der makroregionalen Strategien aber durchaus als Erfolg, weshalb aus seiner Sicht mittlerweile ein Abweichen von diesen Grundpfeilern zur weiteren Institutionalisierung durchaus sinnvoll sein könnte.

Formen regionaler Kooperation in Zentral-, Ost- und Südosteuropa

Im dritten Panel, welches von Michal Vít (EUROPEUM Institute for European Policy, Prag) moderiert wurde, folgte eine Fokussierung auf die unterschiedlichen Formen regionaler Kooperation in den Ländern Südosteuropas. Den Auftakt dabei machte Dane Taleski (Visiting Fellow am Zentrum für Südosteuropastudien, Universität Graz), der sich in seinem Vortrag vor allem auf die Entwicklung regionaler Kooperation in Südosteuropa konzentrierte. Diese Entwicklung illustrierte er anhand von zwei Thesen. Zum einen seien bedeutende Veränderungen bezüglich der Prioritäten und der treibenden Akteure zu beobachten. So habe eine Fokussierung auf Wirtschaftswachstum stattgefunden. Die Aspekte Sicherheit und Stabilität seien in den Hintergrund gerückt. Zudem seien die handelnden Akteure nicht mehr die Staaten Südosteuropas im Kollektiv, sondern vor allem Western Balkans 6, die EU, USA, Russland, Türkei und China. Zum anderen habe im Rahmen der Kooperationskultur eine Entwicklung vom externen „top-down“ Ansatz hin zu einem lokalen „top-down“ Ansatz stattgefunden.

Als Beispiel hierfür sprach er den South-East European Cooperation Process (SEECP) an. In seinem Fazit machte Taleski jedoch deutlich, dass trotz Intensivierung einer lokalen, „top-down“ orientierten Kooperation bedeutende Ergebnisse nicht zu verzeichnen seien.

Im Anschluss widmete sich Visnja Samardzija (Head of Department for European Integration am Institute for Development and International Relations, Zagreb) der zunehmenden Bedeutung regionaler Kooperation für die Staaten Südosteuropas. Vor allem seien multilaterale Abkommen im Bereich der Friedenssicherung wichtige Maßnahmen – ein Bereich, in welchem vor allem in den vergangenen Jahren große Fortschritte verzeichnet worden wären. Dennoch sprach Smardzija zum Abschluss verbesserungswürdige Teilbereiche der regionalen Kooperation an. Vor allem die Vernetzung innerhalb der Staaten in den Bereichen Transport, Energie und Telekommunikation sei zu verbessern. Zudem müssten die Prioritäten regionaler Kooperation neu definiert werden und Themen wie Good Governance und Wettbewerbswirtschaft zum Teil der politischen Agenda gemacht werden.

Ein sehr viel pessimistischeres Bild regionaler Kooperation zeichnete Ešref Kenan Rašidagić (Associate Professor an der University of Sarajevo). In seinem Vortrag hob er vor allem zwei gravierende Probleme hervor. Auf der einen Seite habe die EU keine einheitliche Vision regionaler Kooperation. Auf der anderen Seite herrsche auch auf der Seite der Balkanstaaten große Uneinigkeit und für ihn seien keine Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern untereinander zu erkennen. Exemplarisch hierfür sei die starke Ablehnung einiger Staaten Südosteuropas gegenüber dem Begriff „Westbalkan“. Dieser Mangel an gemeinsamen Werten zeige sich auch in der Tatsache, dass Staaten Südosteuropas wie Kroatien eine oftmals wenig kooperative Haltung gegenüber den anderen Staaten Südosteuropas an den Tag legen würden. Einzig im Energiesektor seien für Rašidagić gemeinsame Interessen zu erkennen.

Den Abschluss des dritten Panels machte Christopher Walsch (Visiting

Professor an der Corvinus Universität Budapest), welcher die Rolle der sog. Visegrad Four (V4)-Staaten (Ungarn, Polen, Slowakei und Tschechien) im Rahmen des Transformationsprozesses Bosnien-Herzegowinas untersuchte. Zunächst betonte er das Selbstverständnis dieser vier Staaten, sich aufgrund eigener Transformations- und Integrationsprozesse als bedeutende Akteure für mögliche EU Beitrittskandidaten sehen würden. Wie sich im Rahmen seiner Forschungsarbeit jedoch herausgestellt habe, sei die Rolle der V4-Staaten bei weitem nicht so bedeutend gewesen. Zwar seien ähnlich Ziele vorhanden, jedoch mangle es einer klaren Koordination zwischen den Staaten, geschweige denn, dass eine Koordination mit den anderen Staaten Südosteuropas erfolgt sei. Insofern sei man trotz erster gemeinsamer Programme von einer gemeinsamen Identität der V4 noch weit entfernt, wie Walsch konkludierte.

Regionale Kooperation & Identität

Zum Abschluss der Konferenz eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Christina Griessler statt. Hierzu diskutierten die Teilnehmer Nemanja Džuverović (Assistant Professor an der University of Belgrade), Hana Semanic (wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for EU Enlargement Studies, Central European University, Budapest), Michal Vít und Christopher Walsch die Frage, ob regionale Kooperation und regionale Identitäten in den Gebieten der Visegrad Four (V4), des Westbalkans und der Donauregion überhaupt existieren würden.

Džuverović seinerseits unterstrich in seinem Statement, dass im Westbalkan keine regionale Identität zu finden sei. Als Gründe dafür sprach er das Scheitern Jugoslawiens als immer noch präsenste Negativerfahrung und die noch nicht erfolgte Aussöhnung der Staaten untereinander an. Zudem kritisierte er die EU für ihre Ungeduld. In Deutschland habe es immerhin auch mehr als 25 Jahre gedauert, bis man sich mit der eigenen Vergangenheit auseinandergesetzt habe, so Džuverović.

Semanic hob in ihrem Vortrag drei Bereiche hervor, die der Schaffung einer regionalen Identität im Westbalkan weiterhin entgegenstünden. Dies seien die immer noch nicht erfolgte Aussöhnung, komplizierte bilaterale Beziehungen und zudem die unterschiedlich ausgeprägten Sprachen, was eine Stärkung regionaler Identität extrem behindere. Letztendlich sei im Westbalkan die europäische Identität stärker ausgeprägt.

Vít sah vor allem in den mangelnden Anreizen zur Kooperation ein Hindernis für die Schaffung regionaler Identitäten. So sehe er für die V4-Staaten keine offensichtlichen Gründe zur Kooperation, was auch die verstärkte Kooperation auf lokaler Ebene erkläre. Zustimmung bekam er dabei von Walsch. Dieser sprach zudem kritisch an, dass gegenseitige Konkurrenz eher das Bild in Europa präge als Kooperation. Dazu komme die mangelnde Koordination der Staaten untereinander. Von einer Zusammenarbeit, wie sie beispielsweise in Nordeuropa praktiziert wird, sei man folglich weit entfernt.

Die Statements der Teilnehmer boten zahlreiche Anreize zur Diskussion, welche im Anschluss gemeinsam mit den Gästen stattfand.

*Nicolas Burgholzer, Stefan Drexler,
Tobias Haußmann*



REGIONE AUTONOMA TRENINO-ALTO ADIGE
AUTONOME REGION TRENINO-SÜDTIROL
REGION AUTONOMA TRENIN-SÜDTIROL



DONAU
INSTITUT
ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG

POL&IS an der AUB

Jugendoffiziere der Bundeswehr bereits im 5. Jahr zu Gast

Vom 5. bis 7. November 2015 fand an der AUB wieder die Simulation „Politik und Internationale Sicherheit (POL&IS)“ statt. Die Initiative zu der im Rahmen eines Seminars durchgeführten Simulation geht ursprünglich auf die ehemalige AUB-Studentin und Studierenden-schaftsvorsitzende Vivien Neder zurück: Die Partnerschaft zwischen der AUB und den Jugendoffizieren der Bundeswehr wurde vom damaligen Verteidigungsattaché der Deutschen Botschaft Budapest vermittelt und besteht nun bereits seit 5 Jahren. Dieses Mal begleiteten die beiden Jugendoffiziere Hauptmann Christian Stamm und Hauptmann Daniel Beck die AUB-Studierenden bei dem Planspiel.

Die Möglichkeit, politische Prozesse praktisch erleben zu können und ein Gespür für internationale Zusammenhänge und die Ursachen von Konflikten zu bekommen, zeichnet die Simulation POL&IS aus. Um einen noch direkteren Bezug zur Realität zu schaffen, organisierte Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB, am 6. November einen Empfang im Spiegelsaal der AUB, bei dem Dr. Attila Demkó, Leiter der Abteilung für Verteidigungspolitik im ungarischen Verteidigungsministerium, einen Vortrag über aktuelle Fragen internationaler Sicherheitspolitik aus ungarischer Perspektive hielt. Aufgeschlossen beantwortete er im Anschluss die Fragen der Studierenden. Anwesend waren neben den Teilnehmern des Seminars und den beiden Jugendoffizieren



AUB-Studierende lenken Weltgeschehen.



Hauptmann Christian Stamm (links) und Hauptmann Daniel Beck am „Kommandopult“ im Hörsaal 1.

auch der Verteidigungsattaché der Bundesrepublik Deutschland Uwe Clemens und der Direktor des NATO Centre of Excellence for Military Medicine (MIL-

MED COE) Generalarzt Dr. Stefan Kowitz. Nach dem Vortrag konnte beim Buffet in informeller Atmosphäre weiter diskutiert werden.

AUB-Flashlight zu den polnischen Wahlergebnissen

Großbritannien, Österreich, die Schweiz, Dänemark oder unlängst Kroatien: in all diesen Ländern konnten konservative oder rechtspopulistische Parteien in den vergangenen Jahren bei Wahlen bemerkenswerte Erfolge erzielen und politisch reüssieren. Gerade auch Deutschlands östlicher Nachbar und gleichzeitig einer von Ungarns wichtigsten Partnern im Rahmen der Visegrád-Kooperation, nämlich Polen, fällt in diese Kategorie. Hier wurde Ende Oktober 2015 die liberalkonservative

Regierung aus Bürgerplattform (PO) und Bauernpartei (PSL) durch eine noch weiter rechts stehende Alleinregierung von Recht und Gerechtigkeit (PiS) abgelöst, während sämtliche Parteien links der Mitte aus dem Sejm gewählt wurden. Grund genug, dieses für die Zukunft Europas nicht unerhebliche Wahlergebnis im Rahmen der Vortragsreihe „AUB-Flashlight“ genauer zu analysieren. Hierzu luden Prof. Dr. Ellen Bos, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt

Mittel- und Osteuropa in der EU, und Dr. Helmut Fehr, Herder-Dozent/Professur für Europäische Regionalforschung interessierte Teilnehmer am 9. November 2015 in den Andrássy-Saal der AUB.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Prof. Bos erläuterte Dr. Fehr anhand diverser Zahlen zunächst das Wahlergebnis und stellte die wichtigsten Personen und Parteien vor. Auf der einen Seite die seit zwei Wahlperioden amtierende Regierung aus PO und PSL mit Ministerpräsidentin

Ewa Kopacz, auf der anderen Seite die auf Revanche für 2007 und 2011 sinnende PiS mit Spitzenkandidatin Beata Szydło und Parteichef Jarosław Kaczyński. Dazwischen eine Reihe neuer Gruppierungen wie die Protestpartei KUKIZ – gegründet von einem Rockmusiker gleichen Namens, neue linke Bündnisse und Parteien wie Razem, oder die wirtschaftsliberale Partei „Die Moderne“, die vor allem im Wählerrevier der PO wildern wollte.

Wahlkampf in Polen

Im nächsten Schritt widmete sich Dr. Fehr der Kampagnenführung während des Wahlkampfes. Bereits während der ebenfalls von der PiS gewonnenen Präsidentschaftswahl im Frühjahr war eine gezielte Delegitimierung der PO und ihrer Politiker zu beobachten. So rückte die Graue Eminenz der PiS, Jarosław Kaczyński, im Verlauf der Debatte über die Rentenreform den ehemaligen Premier Donald Tusk in die Nähe Adolf Hitlers und unterstellte der PO, im Gegensatz zur PiS die Interessen Polens nicht energisch genug zu vertreten. Sämtliche Angriffe der PO auf die PiS wiederum wurden als Angriffe auf die wahren Verteidiger Polens inszeniert und die Vertreter der PO als elitistisch verkommene und per se korrupte Verräter der Nation präsentiert, welche in den mondänen Salons der größeren Städte nur um sich selbst kreisen und jedwede Bodenhaftung verloren hätten. Mit dieser Umkehr des in Deutschland oft als „Nazi-keule“ bezeichneten Totschlagarguments von Links in eine Art „Antipolenkeule“ gelang es den Nationalkonservativen die ihnen passenden Themen zu setzen und die Regierung geradezu zu paralysieren und im Wahlkampf mit jeder Attacke ein Stück mehr zu lähmen. Eine inhaltliche Wahlauseinandersetzung über die Bilanz von acht Jahren PO-PSL-Koalitionsre-

gierung fand durch diese Parolen kaum statt. Die Erfolge wie 3 bis 4 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr, die Wiederherstellung von Polens Ruf als verlässlichen Partner auf dem diplomatischen Parkett oder größere Infrastrukturprojekte wirkten bei den Wählern nicht. Vielmehr nutzte die PiS diese Zahlen, um das liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Liberalkonservativen mit Blick auf die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich und die Verarmung bestimmter Landstriche im Gegensatz zum Boom von Warschau oder Breslau als Beweis für die Unfähigkeit der Regierung auszulegen, eine Regierung aller Polen zu sein.

Betrachtet man die Wahlgeographie zeigt sich, dass diese Strategie vollends aufging. So konnten Hochburgen um Krakau und Lublin in Süd- und Ostpolen gehalten und ausgebaut, das Oberschlesische Industriegebiet und Masurien gewonnen und gleichzeitig tiefe Einbrüche in PO-Hochburgen wie Großpolen, Niederschlesien und Warschau erzielt werden. Lediglich in den wirtschaftlich erfolgreichen Regionen Pommern mit Stettin, Pomerellen mit Danzig und um die Stadt Breslau herum konnte sich die PO einigermaßen halten.

Auswirkungen der polnischen Wahl

Mit den Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die derzeitige Dauerkrise der EU beschäftigte sich Prof. Bos in ihrem anschließenden Kommentar zu den Ausführungen Dr. Fehrs. Die hohe Wählervolatilität und wenig gefestigte Parteiensysteme in den ab 2004 beigetretenen Staaten würden nun zusehends ein Problem hinsichtlich der Verlässlichkeit dieser Staaten auf europäischer Ebene. Sie verglich den Fall Polens mit dem Ungarns und stellte fest, dass aufgrund der katastrophalen Bi-

lanz der linken Regierung in Ungarn der Erdrutschsieg der FIDESZ im Jahr 2010 durchaus nachvollziehbar und auch zu erwarten gewesen sei. Die Regierung Polens hingegen habe trotz einiger Skandale eine Bilanz gehabt, um die sie andere Länder beneiden würden.

Offenbar zog die Wähler aber auch hier wie in Ungarn eine globalisierungsskeptische Position an, getragen von der PiS und diversen Protestparteien, sowie das Flüchtlingsthema und vermischten sich mit einer aus dem Gefühl, klar zu den Verlierern der Systemtransformation seit 1989/90 zu gehören. Die daraus resultierende Zukunftsangst führte anscheinend zu dem Bedürfnis, einen Wechsel an der Regierungsspitze herbeiführen zu wollen. Inwieweit durch diesen Wechsel das deutsch-polnische Verhältnis belastet werden könne, sei gerade in Fragen der Energie- und Flüchtlingspolitik schwer abzusehen. Da der antideutsche Reflex im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt hatte, äußerte Dr. Fehr aber die Hoffnung, dass dieser sich womöglich langsam aber sicher im Gegensatz zur Angst vor Russland abnutzen würde.

Auf die Ausführungen der beiden Referenten folgte eine angeregte Debatte mit den Teilnehmern, bei der erneut das Verhältnis Polens zur EU, zu Ungarn mit besonderem Verweis auf Ungarns Hinwendung zu Wladimir Putins Russland, die Möglichkeiten einer Art Selbstkorrektur des Rechtsruckes durch die Zivilgesellschaft, die Zukunft der PO und der Linken in Polen sowie zukünftig bedeutende Persönlichkeiten der polnischen Politik zur Sprache kamen. Einig war man sich, dass mit diesem Wahlergebnis in Polen Europas Spitzenpolitikern noch so manch spannende und wohl auch anstrengende Verhandlungstage bevorstehen werden, um ein Übereinkommen mit der neuen Regierung in zahlreichen Fragen zu erzielen.

Stefan Drexler

Dialog statt Zusammenprall der Kulturen

Alois Riklin zum „Projekt Weltethos“

Das Zentrum für Demokratieforschung an der AUB und die Schweizerische Botschaft in Budapest luden am 11. November 2015 im Rahmen der Carl-Lutz-Vortragsreihe zu einem Vortrag von Prof. Dr. Alois Riklin ein.

Zentrales Thema des Vortrags waren die Prinzipien, Voraussetzungen und Ziele des Dialogs der Kulturen auf der Grundlage des „Projekts Weltethos“. Der Vortrag wurde von AUB-Rektor Prof. Dr. Masat eröffnet. In seiner Rede

ging er vor allem auf die Biographie Alois Riklins und dessen Beziehung zur AUB ein. Riklin ist nicht nur ehemaliger Professor für Politikwissenschaften und ehemaliger Rektor der Universität St. Gallen, sondern auch Schweizer De-



legierter für die AUB im Zeitraum von 2001 bis 2010.

Zu Beginn seines Vortrags verwies Prof. Riklin auf Samuel Huntingtons Bestseller „The Clash of Civilizations“ aus dem Jahr 1996. In diesem Buch teilt Huntington die Welt nach religiös-kulturellen Kriterien in insgesamt acht Regionen ein. Diese Einteilung sei jedoch oberflächlich, pauschalisierend und produziere darüber hinaus notorische Feindbilder. Vor allem seit den Terroranschlägen von Paris und Kopenhagen und seit der einsetzenden Flüchtlingskrise gewinnen diese Feindbilder jedoch wieder stark an Beliebtheit.

Den weltweit bekanntesten Gegenentwurf zu den Feindbildern Huntingtons liefere das „Projekt Weltethos“ des Schweizer Theologen Hans Küng. In seinem Werk belege Küng, dass die Urtexte aller großen Weltreligionen ein viel größeres Friedenspotential als Gewaltpotential entfalteten. In diesem Sinne sei es notwendig, einen globalen Basiskonsens gemeinsamer ethischer Werte zu schaffen, um darauf aufbauend nicht nur einen Dialog der Kulturen auf Augenhöhe zu ermöglichen, sondern gleichzeitig auch deren Zusammenprall zu verhindern. Ziel sei es, dadurch ein möglichst friedliches Neben- und Miteinander verschiedener Religionen und nichtreligiöser Weltanschauungen zu ermöglichen.

Inhaltlich versuche das „Projekt Weltethos“ dabei weder einen Religionenmix noch eine Einheitsreligion zu kreieren. Ebenso wenig ziele es auf einen Religionsverzicht ab. Vielmehr sei

es ein ethisches Projekt, welches nach einem minimalen Konsens gemeinsamer ethischer Werte aller großen Religionen und auch nichtreligiösen Weltanschauungen suche, um daraus aktuelle Konkretisierungen für Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung und Erziehung zu formulieren.

Dialog der Kulturen

Im Folgenden erklärte Prof. Riklin die Prinzipien und Voraussetzungen, auf welchen der Dialog der Kulturen basiere, um anschließend seine Ziele zu erläutern. In puncto Prinzipien führte er sowohl die Humanitäts- als auch die Gegenseitigkeitsregel an. Die Humanitätsregel besage, dass jedes Individuum im Zuge des Dialogs menschlich behandelt werden solle. Die Gegenseitigkeitsregel beziehe sich auf die sogenannte „Goldene Regel“: „Was Du nicht willst, dass man Dir tut, das füg’ auch keinem anderen zu“.

Die erste Voraussetzung für eine erfolgreiche Gestaltung des Dialogs laute „Selbstkritik vor Fremdkritik“. In diesem Zusammenhang führte er an, dass Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Namen aller großen Religionen erfolgten, infolgedessen voreilige Fremdkritik gründlich überdacht werden solle. Eine weitere Grundvoraussetzung für den Dialog sei Wahrhaftigkeit. Schließlich könne kein nachhaltiger Erfolg erzielt werden, solange der Dialog auf unwahren Aussagen der Teilnehmenden fuße. Des Weiteren stellte der Vortragende heraus, dass der Dialog

ohne einen einhergehenden Verzicht der Religionsvertreter auf das „Heilsmonopol“ nicht möglich sei. Hierbei betonte er, dass es sich bei dem Dialog keinesfalls um einen „Bekehrungsdialog“ handle. Weitere Voraussetzungen des Dialogs beziehen sich auf eine respektvolle Wertschätzung der jeweils anderen Religion bzw. Kultur und auf Standfestigkeit. Standfestigkeit bedeute in diesem Zusammenhang, dass es erlaubt sei, an der eigenen Religion festzuhalten, man jedoch auch ethische Gemeinsamkeiten mit anderen Religionen anerkennen müsse.

Im letzten Teil seines Vortrags wandte sich Riklin den Zielen des Dialogs zu. Zunächst seien es vor allem Pflichten und Rechte, die sich aus dem Dialog ergäben. So sei es bspw. unverzichtbar, dass sich die Vertreter aller Religionen darauf verständigen, Menschenrechte überall und in jeder Form zu achten. Hierbei betonte er, dass auch in diesem Bereich der Westen zunächst Selbstkritik üben solle. So sei es im Zuge des „Krieges gegen den Terrorismus“ zu massiven Menschenrechtsverletzungen gekommen. Weitere Ziele des Dialogs beziehen sich vor allem auf die Wahrung der Religionsfreiheit, auf die Schaffung einer „Kultur der Gewaltlosigkeit“, auf die Verwirklichung der Gleichberechtigung, vor allem zwischen Mann und Frau, sowie auf ein höheres Maß an Solidarität unter den Menschen der verschiedenen Völker dieser Erde. Als weiteres, herausragendes Ziel des Dialogs stellte der Vortragende schließlich die Friedensstiftung heraus.

Auf die abschließende Frage hin, ob die Ziele des „Projekts Weltethos“ unrealistisch seien, antwortete Riklin, dass man nicht erwarten dürfe, dass das Projekt das Paradies auf Erden schüfe, man allerdings auch nicht realistisch sei, wenn man keine Ideale habe.

Im Anschluss an den Vortrag gab der Schweizer Botschafter S.E. Jean-François Paroz einen Empfang, in dessen Rahmen die Diskussion weiter vertieft werden konnte.



Financial Markets as Seismographs: the World Ahead

Vortrag von Radován Jelasity

Der CEO und Aufsichtsratsvorsitzende der Erste Bank Ungarn, Radován Jelasity, präsentierte im Rahmen der Vorlesungsreihe „Modernes Regierungshandeln in Zeiten der Globalisierung“ – organisiert von Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB und der Deutschen Botschaft Budapest – einen faszinierenden Einblick in die aktuellen finanzpolitischen Entwicklungen der Welt und insbesondere Ungarns. Moderiert wurde die Veranstaltung „Financial Markets as Seismographs: the World Ahead“ von Veljko Kustrov (Banker und Berater).



Schwerpunkte seiner Präsentation lagen auf den aktuellen Entwicklungstrends des weltweiten Finanzsektors, den Herausforderungen der Mittel- und Osteuropäischen Staaten sowie dem Bankensektor Ungarns.

Insbesondere ging Radován Jelasity hierbei auf die Rolle der Erste Bank Ungarn und die Herausforderungen,

die sich aus den gegenwärtigen internationalen und fiskalpolitischen Rahmenbedingungen ergeben, ein.

Abschließend antwortete Radován Jelasity aufgeschlossenen auf die interessierten Rückfragen des Publikums. In der lebendigen Diskussion wurden Aspekte der Geld- und Währungs-

politik sowie der internationalen Finanzpolitik vertieft.



Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Budapest

IMF's Regional Economic Outlook

Vortrag und Expertenrunde an der AUB in Kooperation mit dem Harvard Club of Hungary am 19. November 2015 zum Thema „IMF's Regional Economic Outlook. The Macroeconomic Impacts of the Foreign-Currency Loans in Central Europe“.

Während des ersten Teils der Veranstaltung präsentierte Dr. Johannes Wiegand, Ökonom beim Internationalen Währungsfonds (IMF) und Missionsleiter für Kroatien bzw. stellvertretender Abteilungsleiter für die Region Mittel- und Osteuropa, die neuesten wirtschaftlichen Daten der Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Die Prognose für die Region sei im Wesentlichen positiv und geprägt von stabilen Wachstumsraten und allgemeiner Konvergenz, so Wiegand. Dennoch gebe es eventuelle Risiken durch zu langsames Wachstum in der Euro-Zone, durch den Anstieg finanzieller Unbeständigkeit und auch geopolitische Spannungen. Daher schlage der IMF als politische Priorität vor, dass sich Wirtschaftssys-



Dr. Johannes Wiegand bei seinem Vortrag im Spiegelsaal der AUB.

teme auf die Stärkung steuerpolitischer Puffer sowie die Einführung struktureller Reformen konzentrieren sollten. Für Wirtschaftssysteme, die sich noch

immer in der Rezension befinden würden, sei es ratsam, die Steuerpolitik für die Unterstützung der Binnennachfrage zu nutzen sowie auch für die Einführung finanzpolitischer Maßnahmen zu forcieren, die einer hohen Inflation entgegenwirken würden.

Dem umfassenden Ausblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in Mittel-, Ost- und Südosteuropa folgte eine Podiumsdiskussion, die von Ákos Domahidi, Kanzler der AUB, und Dr. Andrea Jádi Németh, Präsidentin des Harvard Club of Hungary, eröffnet und von Prof. Dr. Martina Eckardt, Professur für Finanzwissen-

schaft an der AUB, moderiert wurde. Dr. György Surányi, vormalig Präsident der Ungarischen Nationalbank und derzeitiger Geschäftsführer und Vorstandsvorsitzender der CIB Bank, Dr. Dániel Palotai, geschäftsführender Direktor für Währungspolitik in der Ungarischen Nationalbank, sowie Dr. Johannes Wiegand diskutierten die makroökonomischen Auswirkungen der Fremdwährungsdarlehen in Mittel- und Osteuropa.

Johannes Wiegand gab zunächst einen Überblick über Fremdwährungskredite in der Region Mittel- und Osteuropa. Obwohl viele Länder die

Niveaus ihrer Fremdwährungsdarlehen seit 2008 deutlich senken konnten, seien langfristige Lösungen noch immer notwendig, so Wiegand. György Surányi referierte im Anschluss zu den Gründen und zu der Entwicklung der Fremdwährungskrise in Ungarn. Seiner Meinung nach habe die Zentralbank Ungarns nicht genug getan, um die Krise zu lösen. Dániel Palotai stellte seinerseits abschließend die Position der Nationalbank dar und erläuterte, welche Maßnahmen die Ungarische Nationalbank ergriffen habe, um das Problem der Fremdwährungskredite in Ungarn anzugehen.

Grenzen der Demokratie

Internationale Konferenz des Zentrums für Demokratieforschung an der AUB vom 19.-20. November 2015 zu Qualität, Verständnis und Grenzen der Demokratie in Europa.

Das Auftaktpanel, moderiert von Zoltán Tibor Pállinger, Professur für Politische Theorie und europäische Demokratieforschung an der AUB, beschäftigte sich mit den konzeptionellen Grundlagen der Demokratie. Der erste Referent der Konferenz, István Hegedüs von der Hungarian Europe Society, legte dabei dar, wo Demokratie seiner Meinung nach bereits heute an ihre Grenzen stöße bzw. gefährdet sein könnte: in Ungarn. Hier regiere seit 2010 mit Viktor Orbán das selbsternannte „enfant terrible“ der EU. Laut Hegedüs habe Orbán mit einer Reihe von Gesetzen der Demokratie in Ungarn geschadet. Die aktuellen Entwicklungen mit Blick auf Griechenland, die Flüchtlingsfrage und den Krieg gegen den Terror würden ihm augenscheinlich Recht geben, seinen Kurs weiterzuverfolgen und mögliche Nachahmer inspirieren. Die Tendenz dabei sei klar: weg von einer liberalen Demokratie westeuropäischer Prägung hin zu einer wie auch immer gearteten illiberalen Demokratie, die Orbán 2014 in Tusnádfürdő (Báile Tuşnad/Bad Tuschnad) auf einer Tagung ungarischer Intellektueller und Politiker bereits grob skizziert habe. Mangels Alternativen würden die meisten Wähler den populistischen

Parolen und Umgestaltungsplänen Orbáns derzeit weitestgehend folgen, mit ungewissem Ausgang für Ungarn und die EU, wie Hegedüs betonte.

Die populistische Gefahr

Mit neuen Formen populistischer Herausforderungen beschäftigte sich auch Anton Pelinka, Lehrstuhl für Politikwissenschaft und Nationalismusstudien an der Central European University in Budapest, in seinem anschließenden Vortrag. Zunächst sprach er von einem enormen Siegeszug der Demokratie als Staatsform auf dem europäischen Kontinent, aber auch in Asien, Lateinamerika und Afrika. Zahlreiche Krisen hätten aber gerade auch in den schon länger demokratischen Staaten in den vergangenen Jahren Schwächen offenbart, mit denen in dieser Form wohl niemand gerechnet habe. In Zeiten der Globalisierung, in der viele Entscheidungen transnational und weit entfernt vom Einfluss einzelner Wähler stattfinden, würden sich viele Bürger nach Vereinfachungen sehnen, einem neuen Wir-Gefühl, kurzum nach einer Inklusion in ein System, welches dann aber andererseits auch das vermeintlich andere exkludiere.

Es steige auch die Sehnsucht nach einem klaren, nachvollziehbaren Kurs in unübersichtlichen Zeiten. Erfolge dieser nicht, entstehe eine zusehende Elitenverachtung, die letztlich im Ablehnen von Mehrheitsentscheidungen gipfelt, sofern diese nicht verständlich kommuniziert und transparent unter Beteiligung der Bürger erarbeitet würden. Dann würden Populisten mit reduktionistischen und vereinfachenden, aber umso stärker zugespitzten Entweder-oder-Botschaften ihren Nährboden finden, welcher ihnen nur sehr schlecht wieder entzogen werden könne, wie das Beispiel des Front National in Frankreich oder der FPÖ in Österreich zeige. Der Rechtspopulismus sei dabei im Wandel begriffen. Er lege den Antisemitismus zusehends ab und fokussiere sich auf den Islam als neue Bedrohung. Gerade im Bereich der gescheiterten Integration von Muslimen würden der politischen Mitte und insbesondere der Linken zusehends überzeugenden Argumente fehlen. Populismus könne daher durchaus eine Gefahr für die Demokratie sein, der man als Demokratie wiederum am besten mit klarer Kommunikation, starken und handlungsfähigen Institutionen und einem Ohr am Mund des Volkes entgegentreten müsse.

Die Frage nach dem Verhältnis von Bürgern, Institutionen und Demokratie im supranationalen Kontext stellte Ulrich Schlie, Professur für Diploma-



Expertendiskussion zur Zukunft der Europäischen Demokratie mit Ulrich Schlie, Margareta Mommsen, Ellen Bos und Zoltán Pállinger (v. l. n. r.).

tie II an der AUB, in den Mittelpunkt seines Vortrages. Die Wähler seien Zeugen einer fortschreitenden Abgabe der Souveränität an supranationale Einheiten wie die EU. Gleichzeitig schlittere diese Institution derzeit aber von Krise zu Krise, wie Schlie betonte. Viele unbeantwortete Fragen wie z. B. nach der Legitimation der EU durch die EU-Bürger, der supranationalen Problemlösungskompetenz, der Relevanz der EU als außenpolitischer Akteur, usw. würden in vielen Staaten zu großem Verdruss und einer Erosion des Vertrauens der Bürger in die Lösungsfähigkeit supranationaler Organisationen, namentlich der EU, führen. Die EU müsse daher eine ehrliche Diskussion über ihre Zukunft führen und langfristige Strategien und Perspektiven aufzeigen, um die politische Steuerungsfähigkeit nicht zu verlieren.

Aktueller Zustand der Demokratie

Das Panel schloss mit einem Vortrag von Ellen Bos, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit

Schwerpunkt auf den Staaten Ost- und Mitteleuropas in der EU an der AUB. Sie stellte dem Zustand der Demokratie ein gemischtes Zeugnis aus: Zwar war seien 2011 45 Prozent der Staaten als liberale Demokratie zu klassifizieren und damit die Welt noch nie so demokratisch wie jetzt gewesen. Hinsichtlich der Definition, was genau eine Demokratie sei, ortete sie aber eine Orientierungslosigkeit und eine schier unübersichtliche Flut an neuen Begrifflichkeiten, die zu einem „konzeptionellen Babel“ führen würde. So gebe es zahlreiche Grauzonenregime und Autokratien, die zumindest manche Kennzeichen einer Demokratie erfüllen würden und trotzdem weit davon entfernt seien, als eine solche zu gelten. Hier würde dann beispielsweise von kompetitiven Autokratien, Fassadendemokratien und gelenkten Demokratien gesprochen. Begrifflichkeiten also, die auf demokratische Elemente schließen ließen und gleichzeitig deutlich machten, dass es hier nicht um Demokratie im westlichen Sinne ginge. Auch der Terminus eines hybriden Regimes verdeutliche, dass

es zwischen einer Demokratie und einer Autokratie oft sehr viel Platz für Mischformen gebe. Bos plädierte daher für ein Mindestkonzept, welches Demokratien erfüllen sollten, um als solche zu gelten. Für sie gehörten vor allem die Möglichkeit zur sanktionsfreien, politischen Partizipation, freie, geheime und gleiche Wahlen, bei denen eine Regierung zumindest theoretisch auch abgewählt werden könne und eine funktionierende Zivilgesellschaft zu diesen Kriterien. Ohne ein Mindestmaß an Liberalismus in den oben erwähnten Bereichen könne ein Regime daher nicht als Demokratie bezeichnet werden.

Zukunft der europäischen Demokratie

Der erste Konferenztag schloss mit einer Expertendiskussion zur Zukunft der europäischen Demokratie und ihren Bedrohungen von innen und außen. An dieser beteiligte sich neben Ellen Bos, Zoltán Pállinger und Ulrich Schlie auch Margareta Mommsen, emeritierte Professorin für Politikwis-

senschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Als Bedrohung von außen wurden dabei einhellig Putins Russland, islamistischer Terror und der Aufstieg des Einparteiensstaates China gesehen. Erfolge dieser Bedrohungen würden die EU auch von innen zusehends destabilisieren. Putins Einmischung in Georgien, der Ukraine und zuletzt die Intervention in Syrien hätten für Russland bisher kaum Konsequenzen gehabt. Daher sei es kaum zu vermeiden, wenn Staaten wie Ungarn und nun auch Polen die Systemfrage auch innerhalb der EU stellen würden. Beide Staaten seien zwar noch nicht in Richtung einer hybriden Oligarchie, wie Mommsen Russland klassifizierte, abgedriftet, das Konzept der illiberalen Demokratie sei aber eine klare Abgrenzung vom klassischen Demokratiebegriff, wie er in Westeuropa verstanden werde. Er umfasse aber einige Elemente des Putinismus wie der Stärkung der eigenen Position nach außen und der klaren, restriktiven Führung des Staates im Inneren. So gelte der Begriff Liberalismus in beiden Staaten mittlerweile als verpönte Kampfbegriff, mit dem politische Feinde diskreditiert werden können. Hinsichtlich der Bedrohung durch den Terrorismus war man sich einig, dass es keine hundertprozentige Sicherheit geben werde und Überreaktionen hinsichtlich einer Einschränkung von Bürgerechten und Freiheiten jetzt trotz der schrecklichen Anschläge von Paris zu vermeiden seien. Pállinger merkte zum Abschluss der Diskussion dazu in einem Werturteil an: „Freiheit muss in liberalen Demokratien immer Vorrang haben.“

Fallstudien: Europäische Demokratien im Vergleich

Den zweiten Tag der Konferenz und damit den Einstieg in die praktischen Fallbeispiele des zweiten, ebenfalls von Zoltán Pállinger moderierten Panels eröffnete Wichard Woyke, emeritierter Professor für Europapolitik an der Universität Münster, mit einem eindrucksvollen Bericht über den Zustand der Demokratie in Frankreich. Dort gebe es derzeit eine massive Identitätskrise in weiten Teilen der Gesellschaft, die das Verständnis von

der Grande Nation untergraben würden. In diese Lücke wiederum könnten populistische Parteien wie der Front National oder die radikale Linke hineinstoßen und so salonfähig werden. Hinzu kommen eine chronische Wirtschaftskrise und enorme Probleme bei der Integration von Minderheiten, wie die Anschläge von Paris auf tragische Weise gezeigt hätten. Im Parlament seien ob des Wahlrechts aber nach wie vor fast nur die beiden Blöcke aus Bürgerlichen und Sozialisten vertreten. In den Departments, Kommunen und wohl ab Dezember 2015 auch den Regionen sehe das aber schon ganz anders aus, hier konnte wie auch bei den Europawahlen 2014 insbesondere der Front National im Norden des Landes, der Provence und in Lothringen große Gewinne erzielen. Woyke ortet daher ein Auseinanderdriften von parlamentarischer Repräsentation in Paris und öffentlichem Diskurs im Land, welcher zusehends radikaler zu werden scheine. Für die nächsten Präsidentschaftswahlen prognostiziert er wegen der konstant verheerenden Umfragewerte für den derzeitigen Amtsinhaber Hollande ein Duell Sarkozy – Le Pen, welches zu Gunsten des ehemaligen Präsidenten ausgehen dürfte. Dieser müsse sich allerdings zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Reformen durchringen, um die Demokratie und die öffentliche Meinung langfristig zu stabilisieren, was kurz- und mittelfristig aber wegen der zu erwartenden Widerstände von den beiden immer stärker werdenden Rändern des politischen Spektrums eine Herkulesaufgabe darstellen dürfte.

Auf den Lagebericht aus Frankreich folgte ein Sprung über den Ärmelkanal. Kálmán Pócza, Dozent für Politikwissenschaft an der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest, untersuchte die Herausforderungen der Demokratie und den Stand der diesbezüglichen Reformen in Großbritannien. Er ortet einen bewussten Stillstand, der vor allem vom englischen Landesteil ausgehe, während Schottland und auch Wales demokratiepolitisch progressiver eingestellt seien. Für Schottland sei vor allem die Frage nach mehr Autonomie im Rahmen des von Tony Blair 1997/98 angestoßenen Devolutions-Prozesses oder nach ei-

ner vollkommenen Unabhängigkeit entscheidend. Weitestgehend Konsens bestehe hingegen in der Wahlrechtsfrage und der Bestimmung von Oberbürgermeistern außerhalb Londons, bei der sich in Befragungen jeweils klare Mehrheiten für die Beibehaltung des status quo ausgesprochen hätten. Kritisch merkte Pócza an, dass viele Reformen und Referenden, so auch das mit Spannung erwarteten EU-Referendum, parteipolitisch genutzt würden und der Wille zu Reformen nach der Übernahme der Macht sowohl bei Labour als auch den Tories schnell erlahmen würde. Hinsichtlich der Partizipation sei anzumerken, dass diese sehr themenabhängig sei. So habe die Wahlbeteiligung bei der Unterhauswahl 1950, als Kriegspremier Winston Churchill nach einer chaotischen Labour-Regierung erneut die Mehrheit erringen konnte, bei ca. 80 Prozent gelegen, während sie bei Tony Blairs erster Wiederwahl 2001 mangels Alternativen auf etwa 60 Prozent abgestürzt sei. Seither stiege die Beteiligung aber wieder auf einen Wert etwas unterhalb des historisch gesehenen Mittelwertes von etwa 70 Prozent. Auch die Zufriedenheit mit Regierung, Parlament und Monarchie alterniere seit Jahren meist um einen bestimmten Wert, der temporär durch einzelne Krisen aber zum Teil deutlich nach unten verschoben worden sei. Eine systembedrohende Krise der Demokratie gebe es daher in Großbritannien nicht, wohl aber einen gewissen Reformstau, wie der Referent abschließend deutlich machte.

Qualität der Demokratie in Ostmitteleuropa

Dem Stand der Demokratie in den postkommunistischen Staaten widmete sich im Anschluss der an der TU Dresden lehrende Politikwissenschaftler Karel Vodička. Als dynamischen Faktor zur Etablierung von Demokratie machte er die Wirtschaft aus. Dort, wo sich ein gesellschaftlicher Mittelstand herausgebildet habe, beispielsweise in Tschechien oder den Baltischen Staaten, trage dieser zur Stabilisierung der Demokratie und zum langfristigen Bruch mit den alten Kadern des Kommunismus bei. Trotzdem werde hinsichtlich der Wahlbetei-

ligung sehr genau zwischen der Wichtigkeit der Wahlen unterschieden. So seien gerade die Tschechen und Slowaken bei Regional- aber auch EU-Wahlen mit teilweise einstelligen Partizipationsraten absolute Schlusslichter. Bei Parlamentswahlen würden dann wieder höhere Werte erreicht. Hier spiele vor allem die vielfach bis heute bestehende Neigung zu Korruption und Vetternwirtschaft gerade auf kommunaler und regionaler Ebene eine große Rolle, die viele Wähler abschrecke und die es dringend zu bekämpfen gelte, so Vodička. Auch scheine sich eine geographische Nähe zu westlichen Staaten grundsätzlich positiv auf die Qualität der Demokratie in den Ländern Ostmitteleuropas auszuwirken. So schneide bei bestimmten Indikatoren Tschechien regelmäßig ähnlich ab wie Ostdeutschland, Slowenien wie Österreich, Ungarn wie die Slowakei, aber eben auch Rumänien wie Bulgarien und Weißrussland wie Russland. Es sei daher auch zukünftig geboten, die Heranführung dieser Staaten an den Westen weiter zu intensivieren, um die Zufriedenheit und die Bereitschaft zur Partizipation mit, respektive in diesen Demokratien zu steigern.

Herausforderungen auf dem Westbalkan

Der zweite Teil der Fallstudien legte den Fokus vor allem auf die Staaten Ost- und Südosteuropas. Den Auftakt hierzu machte Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin für das Netzwerk Politische Kommunikation (netPOL) an der AUB, die in ihrem Vortrag der Frage nachging, wie die Staaten des Westbalkans die aktuellen Herausforderungen bewältigen würden. In den Staaten des Westbalkans, worunter man Albanien sowie die ehemaligen Staaten Jugoslawiens unter Ausschluss Sloweniens und Kroatiens verstehe, sei vor allem die Förderung und Sicherung des Rechtsstaats fundamentale Grundlage für funktionierende Demokratien. „Der Rechtsstaat kann nicht alles leisten, aber wenigstens verhindern, dass sich einige alles leisten können.“ Dieses Zitat von Ernst Reinhardt aus dem Jahre 2003 sei Sinnbild für die stabilisierende Wirkung funktionierender Rechts-

staaten – eine Wirkung, welche Einfluss auf die gesamte Region habe. Wie Griessler weiter ausführte, erfolge die Förderung demokratischer Strukturen auf zwei Arten: zum einen durch die EU als externen Akteur, zum anderen durch staatsinterne Maßnahmen. Vor allem die Förderung durch die EU jedoch stelle die Staaten aufgrund ihrer innerstaatlichen instabilen Strukturen vor große finanzielle und administrative Herausforderungen: Reformforderungen der EU, noch nicht gelöste territoriale Fragen, dazu das anhaltende Problem der Korruption sowie inter-ethnische Spannungen scheinen die Staaten des Westbalkans vor beinahe unlösbare Aufgaben zu stellen, die von den Institutionen der einzelnen Ländern nur schwer zu bewältigen seien. Zudem würden die Staaten immer noch unter den „Vermächtnissen“ ihrer politischen und wirtschaftlichen Transformation leiden. Die EU jedoch, so Griessler, habe dieses Problem erkannt und trete vermehrt als Vermittler bei der Bewältigung dieser Probleme auf. So lasse sich die EU als aktiver Akteur im Westbalkan bezeichnen, der zudem größtenteils akzeptiert werde. Offen blieb die Frage, ob dies aufgrund eines Mangels an Alternativen oder des Drucks durch die EU geschehe.

Fallbeispiel Polen

Helmut Fehr, Herder-Dozent/Professur für Europäische Regionalforschung wandte sich mit Polen einem Staat zu, welcher aufgrund der Parlamentswahlen im Oktober 2015 in aller Munde war. Er beschrieb Polen zu Beginn seines Vortrages als ein Land der Widersprüche, in welchem Wirtschaftswachstum zum Wohlstand des Landes beitrage, die Strukturprobleme der politischen Parteien jedoch gravierende Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft haben. Die Parteienentwicklung sei durch politische Fragmentierung und Milieuparteien ohne Verankerung in die Gesellschaft geprägt. Zudem könne von einem pluralistischen Parteiensystem keine Rede mehr sein. Zu dieser parteipolitischen Entwicklung käme eine Ambivalenz Polens in der Außen- und Sicherheitspolitik. Neben einer Abwertung des

europäischen Rahmens bestehe der illusorische Wunsch, Partner der USA zu werden. Zur gleichen Zeit wachse das Misstrauen gegenüber Russland und die Annäherung Deutschlands an Russlands werde mit großer Skepsis verfolgt, so Prof. Fehr. Zudem lasse sich ein Gesellschafts- und Wertewandel in Polen beobachten. Kaczyńskis Plädoyer für einen starken Staat ließe sich als Zeichen antiliberaler Tendenzen verstehen. Hinzu komme ein ebenfalls durch Kaczyński geprägtes Verständnis von Politik als Kampf, welches durch Populismus und einen unerschütterlichen Patriotismus gefestigt werde. Als Konsequenz bescheinigte Fehr Polen eine nur schwach entfaltete demokratische politische Kultur, in welcher informelle Wege der Entscheidungsfindung immer wichtiger und Kaczyńskis Selbstverständnis als Anführer, der keiner demokratischen Legitimation bedürfe, immer offensichtlicher werden würden.

Situation in Ungarn

In einem praxisorientierten Vortrag stellte Csaba Madarász, der in den vergangenen 20 Jahren an zahlreichen Projekten zum Thema e-democracy beteiligt war, den Gesetzgebungsprozess Ungarns in den Vordergrund und erörterte die Frage, inwiefern der bewusste Missbrauch von Informationen und der damit verbundene Transparenzrückgang eine neue Form der Korruption darstelle. Er begann seinen Vortrag mit einem Beispiel aus seinem eigenen Berufsleben, welches deutlich demokratische Defizite im ungarischen Gesetzgebungsprozess offenlegte. Madarász war im Vorfeld der Verabschiedung des ungarischen Korruptionsgesetzes, welches am 1. April 2010 in Kraft getreten ist, an der Ausarbeitung beteiligt. Als das Gesetz zur Abstimmung in die Nationalversammlung kam, musste er feststellen, dass völlig neue, ihm unbekanntes Gesetzespassagen eingefügt worden waren, was beispielhaft für die Fehler in der ungarischen Gesetzgebung sei. Die größten Fehler in diesem Zusammenhang seien die mangelnde Kontrolle der Gesetzesvorschläge einzelner Abgeordneter und ein prägnanter Mangel an Transparenz im Rahmen

dieses Verfahrens. So sei es Ministern möglich, Gesetzesvorschlägen neue Elemente ohne jegliche Konsultation hinzuzufügen. Zudem kritisiere Transparency International Ungarn, dass es immer noch keine umfassende Regulierung im Bereich des Lobbying gebe. Auch GRECO (Group of States against Corruption) mache deutlich, dass jegliche Gesetzesvorschläge ein gewisses Maß an Transparenz und erfolgter Konsultation aufweisen müssten. Entsprechend seinen eigenen Erfahrungen konkludierte Madarász, dass der Prozess der Gesetzgebung in Ungarn keinerlei sozialer Kontrolle unterliege und dies ein klares Demokratiedefizit darstelle.

Demokratie jenseits des Nationalstaats

Das dritte und somit letzte Panel der Konferenz zum Thema „Demokratie jenseits des Nationalstaats“ wurde von Karl-Heinz Paqué, Lehrstuhl für VWL an der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg, eröffnet, der sich in seinem Vortrag mit der Zukunft des organisierten Liberalismus befasste. Dieser stehe, so Paqué, vor großen Herausforderungen, obwohl mit dem Zusammenbruch des Eisernen Vorhangs eigentlich gute Voraussetzungen für einen funktionierenden Liberalismus geschaffen worden wären: der Sieg der liberalen Demokratie, die beschleunigte Globalisierung und eine sich entwickelnde Informationsgesellschaft. Dass trotz dieser Individualisierung des Lebens von einem Siegeszug des Liberalismus nicht die Rede sein könne, habe laut Paqué mehrere Gründe. Zum einen habe die wettbewerbliche Marktwirtschaft in Verbindung mit einem scharfen Strukturwandel viele Verlierer hervorgebracht. Zum anderen sei die deutsche Wiedervereinigung ebenfalls nicht förderlich für die Entwicklung des Liberalismus gewesen, sei im Osten die Staatsgläubigkeit doch um einiges höher. Auf europäischer Ebene kamen die Euro- und Flüchtlingskrise dazu, welche für eine große Zerrissenheit im liberalen Lager gesorgt hätten – eine Zerrissenheit, welche sich seit den Terroranschlägen in Paris eher nochmals

zugespitzt habe. Diese Entwicklungen hätten sich schlussendlich auch im Ausscheiden der FDP aus dem Bundestag im Jahre 2013 gezeigt. Dass man daraus jedoch gelernt habe und der organisierte Liberalismus auf einem guten Weg sei, zeigten die Entwicklungen in Österreich (NEOS), Holland (D66) und Polen, wo liberale Parteien bei Wahlen durchaus positive Ergebnisse erzielen konnten.

Konzepte der kosmopolitischen Demokratie

Zoltán Pállinger hielt anschließend einen Vortrag zum Thema „Konzepte der kosmopolitischen Demokratie“. Unter Kosmopolitismus verstehe man Weltbürgerschaft: Diese Zugehörigkeit eines Weltbürgers zu einer Weltgemeinschaft und die damit verbundene Notwendigkeit der Schaffung einer rechtlichen Rahmenordnung, welche als gemeinsamer Bezugsrahmen die Rechte und Pflichten der Bürger garantiere, stelle die Kernproblematik der kosmopolitischen Idee dar. Der Staatsrechtler und Philosoph Carl Schmitt hält die Schaffung einer solchen Weltgemeinschaft oder eines Weltstaates für unmöglich, da er der Meinung sei, eine Gemeinschaft könne nicht ohne eine gemeinsame Identität, also die Abgrenzung von den anderen existieren (Freund-Feind-Unterscheidung). Zudem stellt sich die Frage nach den Ordnungsprinzipien eines solchen Weltstaates: Sollte dieser eher universalistisch begründet sein und das Individuum in den Vordergrund stellen, oder partikularistisch und der Gesellschaft den Vorrang geben?

Wichtige Grundsteine für die aktuelle Kosmopolitismus-Debatte seien bereits von Immanuel Kant gelegt worden, wie Pállinger ausführte. Kant zufolge könne die Freiheit des Einzelnen in einer Gemeinschaft nur gewährleistet werden, wenn die Menschen sich einem allgemeinverbindlichen (vernünftigen) Recht unterwerfen. In seinem Werk „Zum ewigen Frieden“ (1795) konzipierte er drei Rechtsebenen: Staatsrecht, Völkerrecht und Weltbürgerrecht. Die Basis für den internationalen Frieden ver-

ankert er hierbei auf der innerstaatlichen Ebene (vgl. Theorie des demokratischen Friedens). Andere Autoren des späten 18. Jahrhunderts, wie Anarcharis Cloots, forderten die Abschaffung der bestehenden Staaten und ihre Ersetzung durch einen Weltstaat. Neben moralischen und philosophischen Überlegungen zum Kosmopolitismus entstanden zu ebendieser Zeit auch ökonomische Konzepte für die Erhaltung des weltweiten Friedens. Vertreter des Freihandelspostulats etwa glaubten an die These „Frieden durch Freihandel“. Diesem Dogma widersprechend sah Karl Marx die einzige Chance für eine Einheit der Menschheit in der Vereinigung des weltweiten Proletariats. Im Anschluss an diese allgemeine Verortung legte Pállinger zum einen den derzeitigen „Zustand des Kosmopolitismus“ dar und gab zum anderen einen Ausblick (Cosmopolitan Outlook). Zukünftig denkbar wäre ein moralischer, ein politischer oder ein ökonomischer Kosmopolitismus. Alle drei Konzepte haben ihre Vor- und Nachteile. Abschließend hielt Pállinger fest, dass die durch den Kosmopolitismus konstatierte fundamentale Gleichheit aller Menschen ein sehr erstrebenswertes Konzept sei, dass aber sowohl die Realisierbarkeit als auch die Wünschbarkeit kosmopolitischer Ideen umstritten sei.

„Multistakeholderism“

In einem Vortrag zum Thema deliberative Demokratie im internationalen Kontext stellte Christoph Good, Oberassistent für Völkerrecht und Internationalen Menschenrechtsschutz an der AUB, die sog. Multi-Stakeholder-Konsultationen vor. Der Begriff „Multistakeholderism“, der eigentlich in der Betriebswirtschaftslehre zu verorten sei, beschreibe freiwillige Zusammenschlüsse zwischen öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren mit dem Ziel der Lösung komplexer, gesellschaftlicher Probleme in kooperativer Weise, wie Good in einer anfänglichen Begriffsannäherung erläuterte. Die Besonderheit dabei sei, dass die Normen von den Stakeholdern selber geschaffen werden, wodurch sich eine Beförderung von Legitima-

tion versprochen werde. Da Völkerrecht aber originär als Staatenrecht zu verstehen sei, gebe es nur punktuelle Durchbrechungen wie etwa im Rahmen von internationalen Arbeitsorganisationen oder Klimakonferenzen. An einem Praxisbeispiel veranschaulichte Good anschließend, wie das sogenannte Montreux-Dokument, in welchem die Rolle und Verpflichtung der Staaten beim Einsatz von privaten Militär- und Sicherheitsdienstleistern in bewaffneten Konflikten geklärt wurde, zur Schaffung eines selbstverpflichtenden Branchenstandards (International Code of Conduct for Private Security Service Providers) geführt habe, welches von mehr als 700 Unternehmen unterzeichnet wurde und in der Schweiz und Großbritannien sogar Zugang in Gesetze gefunden habe. Die Frage, ob diese neue Form der Normsetzung eine Chance oder doch eher ein Risiko für die Demokratie sei, war Bestandteil des letzten Teils des Vortrags. Veränderte Normsetzungsgewohnheiten auf überstaatlicher Ebene seien grundsätzlich als Demokratiegewinn zu verstehen, so Good. Berechtigt sei jedoch auch die Frage, inwiefern nur eine Transnationalisierung von Demokratieproblemen

stattfinde. Dennoch bestehe eine unbedingte Notwendigkeit der Einbindung der Multistakeholder-Ansätze in die noch wenig ausgeprägte internationale Rule of Law Debatte.

Als letzter Referent widmete sich Stefan Okruch, Professur für Wirtschaftspolitik an der AUB, dem Verhältnis von Demokratie und Kapitalismus. Er ging der Frage nach, ob Demokratie ohne Kapitalismus möglich sei. Demokratie wurde dabei als von Partizipation abhängiges Regierungshandeln, der Kapitalismus als liberale Marktwirtschaft definiert. Sowohl Wirtschaft als auch Demokratie unterlägen einer Evolution und seien daher als dynamische Prozesse zu betrachten. Wenn es innerhalb dieser Prozesse zu einer Trennung von demokratischen Regierungsprozessen und Kapitalismus käme, wäre dies nur ein normaler Vorgang, der in der Geschichte gerade in Krisensituationen immer wieder vorgekommen sei, so Okruch. Regieren sei so nicht vom Markt abhängig und auf der anderen Seite die Marktwirtschaft auch nicht vom Staatshandeln vereinnahmt. Wichtig sei aber, dass nach Krisensituationen Demokratie und Kapitalismus wieder in Einklang zueinander fänden,

da eines der wesentlichen Versprechen der Demokratie Wohlstand sei, der am ehesten durch Marktwirtschaft garantiert würde.

Abschließend zogen die Organisatoren, Ellen Bos und Zoltán Pállinger, ein konzeptionelles und inhaltliches Fazit. Insgesamt fiel das Fazit durchaus positiv aus, sodass Pállinger sich der Zustimmung der anwesenden Teilnehmer sicher sein konnte, als er anmerkte, dass man sich wohl in 100 Jahren immer noch über die Unzulänglichkeiten der Demokratie streiten und trotzdem gern in einer solchen leben werde.

*Ádám Brassói, Nicolas Burgholzer,
Stefan Drexler, Tobias Haußmann,
Franziska Vesely*



Career Brunch @ AUB

*Das Karrierezentrum der AUB bedankt sich bei Gästen
und Teilnehmern für eine gelungene Veranstaltung!*



Am 26. November hatten AUB-Studierende bei einem „Career Brunch“ die Möglichkeit, sich über aktuelle Karrieremöglichkeiten bei deutschen Unternehmen in Ungarn zu informieren.



Im Laufe des Vormittags stellten Vertreter von Lidl, Siemens, Mercedes und Henkel ihre Unternehmen in kurzen Präsentationen vor.

Bei einem von Lidl gesponserten „zweitem Frühstück“ konnten sich die Studierenden anschließend persönlich zu Karriere­möglichkeiten beraten lassen und neue Kontakte knüpfen.



„Krieg gegen Italien“

Am 27. November 2015 veranstaltete die AUB in Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol den Workshop „Krieg gegen Italien“. Der Fokus lag auf den Zusammenhängen und Schauplätzen des vor hundert Jahren begonnenen Kriegs von Österreich-Ungarn gegen Italien, den zum Feind gewordenen früheren Bündnispartner.

Nach der Eröffnung durch die Veranstalter Dr. Henriett Kovács (AUB) und Dr. Richard Lein (AUB, Karl-Franzens-Universität Graz) hielt Professor Gábor Oplatka (ETH Zürich) den Auftaktvortrag mit dem Titel „Rayon I. der Italienischen Front. Die Kämpfe von ungarischen Soldaten an der Schweizer Grenze im Bereich von Umbrailpass und Stilfsjerjoch 1915-1918“. Die Feldarbeit und die Fotodokumentation, die Oplatka in seinen Vortrag einfließen ließ, machten den Gebirgskrieg auch aus heutigem Blick greifbar. Außer Taktik habe auch Technik

in dem „neuen Krieg“ eine große Rolle gespielt. Das Publikum erfuhr, dass man heute noch Spuren des Ersten Weltkriegs finden könne – man müsse allerdings mit offenen Augen durch die Welt gehen – am besten in ein paar Tausend Meter Höhe.

Krisztián Csaplár-Degovics (Magyar Tudományok Akadémia) sprach über „Die Rivalität von Italien und Österreich-Ungarn um Albanien (1878-1912)“. Als die Auflösung des Osmanischen Reiches nur noch eine Frage der Zeit zu sein schien, sei das Gebiet Albaniens in den Blickpunkt des Interesses der Großmäch-

te gerückt. Mit der Wiederherstellung der Schifffahrt auf der Adria durch Italien habe Rom die Wirtschafts- und Finanzkontrolle über das kleine Land gewonnen. Aus dieser Rolle sei Italien jedoch schon bald durch die Habsburgermonarchie verdrängt worden, die sich um den Aufbau albanischer Schulen bemüht hätte, wissenschaftliche Unternehmungen zu Sprache und Geschichte gemacht habe und damit zur Begründung der modernen Albanologie beigetragen habe.

Henriett Kovács zeigte die Situation in Ungarn vor und während des Kriegs gegen Italien anhand von Parlamentsdebatten in Budapest. Sowohl die Regierung von Ministerpräsident Tisza, als auch die Opposition habe den Krieg gegen Italien wenn möglich verhindern wollen. Apponyi, Andrássy und Károlyi hätten gehei-

me Verhandlungen mit den Italienern geführt. Tisza versicherte bereits im Parlament 1911: Man würde nicht gegen Italien, sondern für das Bündnis die k.u.k. Flotte stärken. Nach dem Kriegseintritt Italiens schrieb Albert Berzeviczky in seinem Tagebuch über seinen „persönlichen Schmerz“, was die Gefühle von vielen Menschen in Ungarn veranschaulichen würde.

Lorenzo Marmioli (Sapienza Universität Rom/Universität Szeged) zeigte Gesichtspunkte und Meinungen von Intellektuellen zum Kriegseintritt Italiens auf und verglich den literarischen Zeitschriften L'Unitá, La Voce, Nyugat und Die Fackel. Aus dem Vortrag ging hervor, dass die Denker der Zeit sehr verschiedene Einstellungen zum Krieg hatten, von „Fundament der Vereinigten Staaten von Europa“ über den „Beginn einer neuen Welt“, der „Möglichkeit für die Jugend, sein kämpferisches Elan zu zeigen“ bis zum „Ende der alten Freundschaft aus 1848-49 zwischen Italien und Ungarn“.

Richard Lein erklärte „Militärhistorische Aspekte des Kriegseintritts Italiens gegen Österreich-Ungarn“ und sprach über den Dreibund als ein Zweckbündnis das sich 1914 eigentlich bereits überholt hatte. Er betonte, dass die italienische Armee beim Kriegseintritt zwar noch unverbraucht war, jedoch keine Kriegserfahrung gehabt habe. Auch hätte Österreich-Ungarn den Kriegseintritt Italiens bereits vorhergesehen und

entsprechende Vorkehrungen getroffen, was die italienischen Offensivabsichten im Jahr 1915 effektiv vereitelt habe.

Nicole-Melanie Goll (Karl-Franzens-Universität Graz) zeigte am Beispiel von Gottfried von Banfield, dem „Adler von Triest“, die Konstruktion, Funktion und Bedeutung von Kriegshelden an der Isonzofront, dass Helden Symbole seien, die bestimmten Stereotypen entsprechen würden und eine Vorbildfunktion hätten. Charakteristisch für sie seien sind Ritterlichkeit, Ausdauer und Kampf aus Unterlegenheit. Sie helfe der Zivilbevölkerung und trage damit zu Gemeinschaftsgefühl und Zusammenhalt bei. Im Gegensatz zum Deutschen Reich habe sich die Habsburgermonarchie jedoch, von den genannten Ausnahmen abgesehen, sehr schwer beim Aufbau seiner Kriegshelden sowie deren propagandistischer Ausnutzung getan.

Oswald Überegger (Kompetenzzentrum für Regionalgeschichte-Freie Universität Bozen) hielt seinen Vortrag über den „Mythos Gebirgskrieg – der Dolomitenkrieg zwischen Legende und Wirklichkeit“. Er zeigte dabei, wie die Mythomotorik die Erinnerung an den Krieg in Form von Kriegsromanen und Bergfilmen in der Zwischenkriegszeit, in populärwissenschaftlichen Werken nach 1945 lebendig hielt und wie sie heute noch u. a. in der Werbung weiterhin präsent sei. Der Mythos verschleierte mit der Zeit immer mehr die Tatsachen,

und so wurde und werde der Krieg im Gebirge heute zum Teil immer noch als der menschliche Kampf gegen die Natur gesehen, nicht als eine technische Vernichtungsmaschine. Der bäuerlich-bärtige Senior und sein jugendlicher Kamerad würden ein Fantasiebild verkörpern.

Andrea Di Michele (Kompetenzzentrum für Regionalgeschichte-Freie Universität Bozen) legte in ihrem Vortrag „Trient, Bozen und Innsbruck: die italienische Militärbesetzung Tirols (1918-1920)“ zahlreiche wenig bekannte Aspekte der Tiroler Nachkriegsgeschichte dar. So verfolgte Italien gegenüber dem Territorium Tirols eine dreigliedrige Strategie: Ergänzung der italienischen Einheit mit dem Trentino, Angliederung weiterer Gebiete mit nicht italienisch sprechenden Bewohnern (Süd-Tirol) und Aufbau einer wissenschaftlichen Einflusszone in den angrenzenden Gebieten (u. a. Nordtirol). Diese Pläne seien ehrgeizig, aber nicht unrealistisch gewesen, hätten jedoch nur zum Teil verwirklicht werden können.

Anett Hajnal



REGIONE AUTONOMA TRENINO-ALTO ADIGE
AUTONOME REGION TRENINO-SÜDTIROL
REGION AUTONOMA TRENIN-SÜDTIROL

„Emlékezni csak pontosan... Az antwerpeni Bell Labortól a gunskircheni lágerig“

Buchpräsentation in der Österreich-Bibliothek

Am 1. Dezember wurde das Buch „Emlékezni csak pontosan... Az antwerpeni Bell Labortól a gunskircheni lágerig“ („Eine sachliche Erinnerung... Von den Bell Laboratories in Antwerpen bis hin zum KZ Gunskirchen“) von László Kozma in der Österreich-Bibliothek vorgestellt. Das Buch wurde von den Herausgebern Vera Kozma, Tochter des Autors, und Dr. ing. Gábor Rédl, einem ehemaligen Studenten von László Kozma, in ungarischer Sprache präsentiert. Dr. Henriett Kovács moderierte und Dr. Ursula Mindler-Steiner eröffnete die Veranstaltung.



László Kozma (1902-1983) war Nachrichtentechniker, Dekan der Fakultät für Nachrichtentechnik an der Budapester Technischen Universität, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Pionier der internationalen und ungarischen Nachrichtentechnik. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er Opfer des Nationalsozialismus, nach seiner Heimkehr aus dem KZ Mauthausen verfolgten ihn die Kommunisten und verurteilten ihn zu 15 Jahren Haft.

Das Buch erzählt auf Basis eines Tagebuchs Kozmas Erinnerungen an den Arbeitsdienst, die Deportation, den Todesmarsch in Österreich und seine Heimkehr nach Ungarn. Die Erinnerungen von László Kozma stellen

eine wichtige Quelle zu der in Ungarn zurzeit noch weniger bekannten und erforschten zweiten Welle der ungarischen Deportationen dar. Im Herbst 1944 wurden ca. 50.000 Juden aus Budapest zur Zwangsarbeit in Richtung Österreich verschleppt. Endstation dieser Deportation war unter anderem ein Nebenlager des KZ Mauthausen in Gunskirchen.

Im Rahmen der Präsentation berichteten die Herausgeber dem Publikum, wie es ihnen gelungen sei, dieses Buch im Argumentum Verlag 2015 zu veröffentlichen. Neben den aus László Kozmas Buch zitierten Stellen wurde im Gespräch den persönlichen Erinnerungen von Vera Kozma Raum

gegeben. Dabei erinnerte sie an das unterschiedliche Verhalten der belgischen und ungarischen Bevölkerung gegenüber den jüdischen Verfolgten: zum einen 1940-1942 in Antwerpen, zum anderen dann ab 1942 in Budapest. Den langen Weg bis zum KZ Mauthausen, den anschließenden Todesmarsch nach Gunskirchen und den Heimweg von Kozma präsentierte Dr. Gábor Rédl anhand von persönlich erstellten Landkarten.

Nach dem Gespräch hatten die Teilnehmenden dank der Fakultät für Mitteleuropäische Studien noch die Möglichkeit, bei einem kleinen Buffet den Herausgebern ihre Fragen zu stellen.

Zsófia Harsányi

Zwischen Westbalkan und dem Westen – Exkursion nach Serbien, Österreich und Bayern

Auf einer Exkursion vom 30. November bis 05. Dezember 2015, die von Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB, organisiert und vom Auswärtigen Amt sowie vom Deutschen Akademischen Austauschdienst finanziell unterstützt wurde, entdeckte unsere Studierendengruppe den Balkan neu. Unser Weg führte uns nach Belgrad, Wien und München, drei Städte, die trotz ihrer unterschiedlichen Geschichte und Entwicklung heute enge Beziehungen pflegen.

Diese zeigen sich vor allem in den Bestrebungen von Seiten Serbiens zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Experten der Serbienpolitik, wie die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Belgrad, der ehemalige österreichische Vizekanzler Erhard Busek in Wien und die ehemalige Abgeordnete des europäischen Parlaments Gabriele Stauner, sprachen und diskutierten mit uns über die Aussichten und Reformfortschritte der aktuellen serbischen Regierung hinsichtlich des EU-Beitritts. Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaft seien für den Prozess von großer Bedeutung, bestätigten der deutsche Botschafter Axel Dittmann und sein Team in Belgrad. Im Kontrast zum westeuropäischen Kurs der serbischen Regierung stehe die emotionale Bindung zu Russland, die sowohl in der OSZE in Belgrad, als auch in der Verteidigungsakademie und in einer lebendigen Diskussion mit dem deutschen

Botschafter in Österreich Johannes Haindl in dessen Residenz (Foto)



vertieft wurde. Persönliche Sichtweisen auf die serbische Entwicklung in den kommenden Jahren schilderten uns drei Doktoranden der politikwissenschaftlichen Fakultät der Universität Belgrad.

Doch fand sich bei einigen Terminen auch eine Gesprächsgrundlage für aktuelle Fragestellungen. Wilhelm Sandrisser vom österreichischen Bun-

desministerium für Inneres stellte uns im ersten Teil seines Vortrags die Schwerpunkte der österreichischen Serbienpolitik dar und beantwortete im zweiten Teil Fragen von Seiten der Studierenden zu Maßnahmen der österreichischen Regierung in der Flüchtlingspolitik. Auch erhielten wir tiefe Einblicke in die Struktur und

Inhalte verschiedener Organisationen mit Sitz in Wien.

Katarina Bicvic



Auswärtiges Amt

Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn mit Fokus auf Partizipation und Repräsentation

Bereits zum dritten Mal fand am 9. Dezember 2015 ein vom Zentrum für Demokratieforschung in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung Budapest organisiertes Arbeitsseminar im Rahmen des Projekts „Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn“ an der AUB statt – dieses Mal zum Thema „Partizipation und Repräsentation der Roma“.

Zuvor ging am 7. Dezember 2015 auch der neue Fragebogen der Online-Wahlhilfe VOKSKABIN zum Thema „Roma in Ungarn“ online: Nutzerinnen und Nutzer können nun anhand von 31 Fragen wieder ihre persönlichen Meinungen mit den zuvor abgefragten Standpunkten der parlamentarischen ungarischen Parteien vergleichen. Der mittlerweile fünfte Fragebogen (zuletzt fragte VOKSKABIN im Sommer 2015 die Standpunkte der Parteien zum Thema „Frauen und Männer in Ungarn“ ab) ist wieder auf deutscher und ungarischer Sprache erreichbar. VOKSKABIN ist eine gemeinsame Initiative der AUB und des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL). Das Partnerprojekt in Österreich, die POLITIKKABINE.AT, wird seit 2006 erfolgreich betrieben. Ähnliche internetbasierte Wahlhilfen gibt es u. a. auch in Deutschland (Wahl-o-mat) und in der Schweiz (Smartvote).

Eröffnet wurde der Workshop von AUB-Rektor András Masát und der stellvertretenden Staatssekretärin für soziale Inklusion Katalin Victor Langerné im Spiegelsaal der AUB. Beide Redner hoben die Wichtigkeit des Dialogs mit Blick auf die Integration der Roma hervor. Nach der Begrüßung der Gäste durch Ellen Bos, Professur für Vergleichende Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Mittel- und Osteuropa in der EU an der AUB, und Renáta Fixl, Büroleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Budapest, wurde mit einer musikalischen Darbietung von András Farkas, Musikstudent an der Franz-Liszt-Musikakademie, begleitet von einer Sopransängerin und einem Geiger, das erste Panel des Workshops eingeleitet.

Aktuelle Daten und Fakten

Im Auftaktpanel, moderiert von Ellen Bos, wurde der Fokus explizit auf

die aktuelle Situation der Partizipation und Repräsentation der Roma in Ungarn gelegt. Der erste Referent der Konferenz, Balázs Dobos von der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, stellte die aktuellen Probleme der Integration der Roma-Minderheit in Ungarn in den Mittelpunkt seines Vortrags. Im postkommunistischen Ungarn hätten die Roma vor allem mit zwei gravierenden Problemen zu kämpfen: Trotz Anerkennung als ethnische Minderheit in Ungarn führe der Status „Roma“ zu Marginalisierung, zudem verhindere die Diskriminierung der Roma-Kultur eine Teilhabe am politischen Entscheidungsfindungsprozess. Dies führe zu weiteren Problemen und zu der Frage: Wer ist legitimer Vertreter der Roma oder wer kann es überhaupt sein? – so Dobos. Zudem habe die Vergangenheit gezeigt, dass die Minderheitenselbstverwaltungen nicht in der Lage seien, Roma zu politischer Partizipation zu verhelfen. Auch die Gründung politischer Parteien habe nie zur Generierung von ernstzunehmenden Stimmrechten gesorgt, wie Dobos abschließend erläuterte. Veronika Munk, Lehrbeauftragte an der Eötvös-Loránd-Universität und Redakteurin bei Index.hu, widmete sich der Frage, welches Bild die Mainstream-Medien in Ungarn von den Roma zeichnen. Dabei lasse sich eine historische Entwicklung nachzeichnen, deren einzelne Etappen sich klar voneinander abheben. Seit den 60er Jahren lasse sich eine mediale Repräsentation der Roma beobachten. Den Ideen des Sozialismus entsprechend, hätten Minderheitenfragen jedoch keine allzu große Rolle in den Medien gespielt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs habe das bis dahin eher positive Bild der Roma hin zu dem einer Gefahrenquelle gewandelt, so Munk. Hinzu sei

die zunächst oberflächliche Darstellung der Roma als homogene Masse in den 1990er Jahren gekommen. Außerdem habe bei Kriminaldelikten eine regelrechte Etikettierung stattgefunden, und der Begriff „Roma-Verbrechen“ habe Einzug in die Medien gefunden. Erst mit der Etablierung des Privatfernsehens gegen Ende der 1990er Jahre seien erstmals individuelle Besonderheiten der Roma medial zu Geltung gekommen, vor allem im Bereich der Musik. Eine drastische Änderung löste der von Roma begangene Mord an einem Lehrer im Oktober 2006 aus, was die Veränderung des Medienbildes zur Folge gehabt habe. So seien es heutzutage vor allem Nachrichten aus dem Themenbereich Kriminalität, welche das Bild von aggressiven Roma in der Gesellschaft zementierten würden. Gemessen an ihrem Anteil an der ungarischen Bevölkerung sei zudem eine starke Überrepräsentation der Roma in den Mainstream-Medien zu beobachten, was – in Verbindung mit einer oftmals feindlich gesinnten Berichterstattung – die Integration der Roma erschwere, konkludierte Munk.

Politische Bildungsinstrumente in Ungarn

Der Vortrag von Melani Barlai, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL) an der AUB, war in die Pressekonferenz zum Start des neuen Fragebogens der ungarischen Online-Wahlhilfe VOKSKABIN zum Thema „Roma in Ungarn“ eingebettet. Barlai referierte zunächst über den positiven Beitrag von Online-Wahlhelfern zur politischen Bildung und machte auf die Wichtigkeit der Etablierung von politischen Bildungsinstrumenten in Ungarn aufmerksam. Der neue Fragebogen über Roma solle dazu dienen, Roma wie auch Nicht-Roma die Möglichkeit zu geben, die eigenen politischen Positionen mit denen der im ungarischen Par-

The screenshot shows a survey interface from 'Vokskabin'. At the top, there are navigation links: 'Parteien', 'Wahlen', 'Methodik', 'Archiv', 'Analysen', and language options 'HU' and 'DE'. The main heading is 'Fragen Roma in Ungarn'. Below this, there are two numbered questions:

1. Fördern die staatlichen Beschäftigungsprogramme die Integration der Roma in den Arbeitsmarkt?
 Ja Nein Weiß nicht
2. Kann durch steuerliche Vergünstigungen erreicht werden, dass mehr Roma-ArbeitnehmerInnen in klein- und mittelständischen Betrieben beschäftigt werden?
 Ja Nein Weiß nicht

Der neue Fragebogen zum Thema „Roma in Ungarn“ ist unter www.vokskabin.hu zu finden.

lament vertretenen Parteien zu vergleichen und sie für die Roma betreffenden politischen Inhalte zu sensibilisieren. Die Analyse des Nutzerverhaltens beim Ausfüllen des Fragebogens zum Thema „Männer und Frauen in Ungarn“ im Sommer 2015 lasse auf die eher reservierte Haltung der Ungarn gegenüber den Roma schließen. So hätten sich 75 bis 80 Prozent der Nutzer zwar als wahre „Gleichstellungsbeauftragte“ dargestellt: Allerdings hätten sie gleichzeitig die Frage „Sollte der Staat mit Sondermaßnahmen den Berufseinstieg von Roma-Frauen unterstützen?“ mehrheitlich mit „Nein“ beantwortet, resümierte Barlai. In ihrer Schlussbemerkung plädierte sie für eine stärkere Einbindung und Partizipation der Medien in und an der politischen Bildung.

Internationaler Ausblick

Das zweite Panel wurde von Christina Griessler, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL) an der AUB, moderiert. Andrea Brait, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, beschäftigte sich in ihrem Vortrag mit der öffentlichen Wahrnehmung der Roma in Österreich und analysiert verschiedene Aspekte des öffentlichen Lebens. In den Medien sei es vor allem der Österreichische Rundfunk (ORF), der durch Berichterstattung auf Romani auf seiner

Homepage für eine Präsenz der Roma Sorge. Doch obwohl der Anschlag auf eine Roma-Siedlung im Jahre 1995 im Burgenland für eine gewisse Sensibilisierung gesorgt habe, sei die Berichterstattung in letzter Zeit – ähnlich wie in Ungarn – ganz klar durch eine Antihaltung gegenüber den Roma geprägt gewesen. Im Bereich der Forschung wiederum lasse sich eine starke Fokussierung auf die historische Aufarbeitung der Verfolgung der Roma durch das NS-Regime beobachten. In der Politik habe sich gezeigt, dass es den Roma noch nicht gelungen sei, durch eigene Parteien Zugang zu Entscheidungsfindungsprozessen zu finden, erläuterte Brait.

Gemeinsprache der europäischen Roma

Nach der Analyse der Situation in Österreich referierte Marc Stegherr (wissenschaftlicher Mitarbeiter des Netzwerks Politische Kommunikation (netPOL) an der Babes-Bolyai Universität Cluj) zum Thema „Die Suche nach einer Gemeinsprache der europäischen Roma“. In einer allgemeinen Einführung zur historischen Dimension der Sprache führte er aus, dass sich Romani seit 700 Jahren unabhängig von anderen Sprachen in Europa entwickelt habe. Lange Zeit habe die übliche Kategorisierung und die Einteilung in Vlach und Non-Vlach-Dialekte gegolten. Ihr Hauptunterscheidungsmerkmal sei der Grad der Lehnwörter

aus dem Rumänischen, so Stegherr. In der neuen Romani-Forschung gebe es jedoch inzwischen eine differenziertere Unterscheidung der einzelnen Dialekte. Im Anschluss hob Stegherr die aktuellen Diskussionen innerhalb der Roma bezüglich der Weiterentwicklung der Sprache hervor. Als eine Sprache, die den Anspruch habe, Allgemeinsprache zu sein, müsse sie sich auch wandeln, und beispielsweise Neologismen konstruieren können. In diesem Kontext gebe es starke Kontroversen, ob diese Wandlung im Rahmen eines rücksichtslosen Ansatzes, der sich an überregionalen, akademischen Konventionen orientiert oder im Rahmen einer regionalen Strategie unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten stattfinden solle, so das Fazit Stegherr.

Situation in Südtirol

Mit der Partizipation und Repräsentation der Roma im Rahmen der Autonomiebewegungen Südtirols beschäftigte sich Günther Rautz vom Institut für Minderheitenrecht an der Europäischen Akademie Bozen (EURAC). Nach einem historischen Abriss der Geschichte Südtirols ab der Annexion durch Italien nach dem Ersten Weltkrieg 1919, in welcher die Autonomiefrage stets eine große Rolle gespielt habe, widmete er sich dem Autonomiekonvent, der ab Januar 2016 an einem Entwurf für das dritte Autonomiestatut arbeiten wird und als Hilfsorgan des Südtiroler Landtages fungieren soll. Das EURAC-Institut für Minderheitenrecht wird den Autonomiekonvent, welcher aus 33 Mitgliedern aus Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft besteht, dabei wissenschaftlich begleiten. Als neue Form der Partizipation können sich Bürger für das sogenannte „Forum der Hundert“ bewerben, aus dessen Mitte im Rahmen einer konstituierenden Sitzung acht Vertreter für den Konvent benannt werden. Vor allem für Minderheiten stelle dies eine neue Möglichkeit der Partizipation und Repräsentation dar, so Rautz in seinen Schlussworten.

Partizipation von Minderheiten in Deutschland

Als letzte Referentin des zweiten Panels untersuchte Ellen Bos in ihrem



Ellen Bos moderierte das Panel zur „Partizipation und Repräsentation der Roma in Ungarn – Aktuelle Daten und Fakten“. Links im Bild: Veronika Munk.

Vortrag die Partizipation von Minderheiten in Deutschland. Vor dem Hintergrund, dass Partizipation ein essentielles Merkmal von Demokratie darstelle, spiele zum einen das Minderheitenrecht als Verpflichtung, für eine wirksame Beteiligung nationaler Minderheiten am öffentlichen Leben zu sorgen, und zum anderen Minderheitenpolitik, welche vor allem Schutz und „Empowerment“ impliziere, eine große Rolle, wie Bos in ihrer Einführung feststellte. Die liberale Theorie der Grundrechte sehe zwar das Prinzip der Gleichheit vor, jedoch müsse auch der Ausgleich von nicht zu rechtfertigenden Ungleichheiten geschaffen werden. Insofern seien Minderheitenrechte auch die Kompensation für die Zufälligkeit der Gruppenzugehörigkeit. Auf europäischer Ebene sei hierzu das vom Europarat ausgearbeitete Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten geschaffen worden. Bezüglich der Partizipation von Minderheiten in Deutschland, wo die deutschen Sinti und Roma zu einer der vier anerkannten Minderheiten zählen, habe vor allem das Wahl- und Parteienrecht Schutzfunktion. So

nimmt Art. 6 des Bundeswahlgesetzes Parteien nationaler Minderheiten von der 5-Prozent-Sperrklausel aus. Auch bei der Parteienfinanzierung seien diese Parteien privilegiert. Gremien und Einrichtungen nationaler Minderheiten seien weitere wichtige Instrumente der Repräsentation. So sei die Partizipation nationaler Minderheiten in Deutschland zwar garantiert, jedoch würde der nur sehr geringe Anteil an der Gesamtbevölkerung einer tiefgreifenden Partizipation entgegenstehen, wie Bos in ihrem Fazit erklärte.

Partizipationsprojekte zur Roma-Interessenvertretung

Am Nachmittag wurden im Andrásy-Saal im Rahmen eines von Margit Schütt (Kiút Programm Ungarn und Doktorandin an der AUB) moderierten Projekt-Rundgangs sieben verschiedene Partizipationsprojekte für bessere Integration der Roma vorgestellt. Eröffnet wurde das Panel von Norá L. Ritók, welche die Igazgyöngy Stiftung vorstellte. Die NGO hat das Ziel, eine Kommune in einer der unterprivile-

giertesten Regionen Ungarns in der Nähe von Berettyóújfalu aufzubauen. Seit der Gründung im Jahre 1999 sei es der Stiftung gelungen, eine kleine Organisation zu schaffen, die 30 bis 40 Familien täglich begleiten und ihre Integration unterstützen könne. Die wertschöpfende Arbeit innerhalb der Gemeinde spiele dabei eine bedeutende Rolle und soll gemeinsam mit erlebter Integration in Form von freiwilligen Helfern die Akzeptanz der Organisation stärken und schrittweise Vertrauen in die eigene Gemeinschaft aufbauen.

István Antal vom Jesuiten Roma-Fachkolleg beschrieb die von ihm geleitete Einrichtung als Ergebnis eines Kampfes um Partizipation. Gemeinsam mit kirchlichen und politischen Partnern hätten seit der Gründung des Fachkollegs (2011) elf Wohnheime für Studierende geschaffen werden können. Ziel sei es, jungen Roma durch Bildung und Wohnen eine Gemeinschaft zur ermöglichen, die die Schaffung einer annehmbaren Identität fördern soll. Der Zugang zur Bildung werde durch Leistungsstipendien in Höhe von 100 bis 150 Euro unterstützt.

Ansätze in Bildung und Kultur

Ein Mitglied dieses Fachkollegs ist auch András Farkas, Musikstudent an der Franz-Liszt-Musikakademie und Mitbegründer des von ihm vorgestellten MIÉRT Vereins. Der vor zwei Jahren gegründete Verein besteht aus mehreren Musikern, die im Rahmen von Wohltätigkeitskonzerten Spenden für Roma sammeln würden. Zudem habe es bereits zwei Sommercamps für benachteiligte Grundschulkinder gegeben, wo es darum gehe, talentierte Kinder zu fördern und so einen Beitrag zur Kulturpflege der Roma zu leisten.

Einen etwas anderen Ansatz verfolge die Universität Szeged. Dort wurde vor zwei Jahren ein neues Studienprogramm zum Thema „Roma-Integration“ ausgearbeitet, berichtete Rita Mária Kiss von der Universität Szeged. Das vier Semester umfassende Studium, welches neben Minderheiten- und Integrationsstudien auch Praktika und Workshops beinhalte, solle vor allem die persönliche Kompetenzentwicklung fördern und so für eine Sensibilisierung im Bereich der Integration der Roma sorgen. Außerdem bestehe die Möglichkeit, den Studiengang im Rahmen eines Zusatzstudiums zu absolvieren. Studierende, die sich zusätzlich für diese Fachrichtung entscheiden, haben zudem keine zusätzlichen Studiengebühren zu entrichten, betonte Kiss.

Wie wichtig Vorbilder für die persönliche wie auch berufliche Entwicklung von Kindern sein können, zeigten im Anschluss Krisztina Varga und Anita Bolgárné Jónás vom sogenannten „Vorbildcamp“, welches 2015 bereits zum vierten Mal im Komitat Nógrád stattgefunden hat. Dabei haben ausgewählte Kinder jährlich die Möglichkeit, im Rahmen eines Camps zusammen mit weiteren 100 Kindern, die auf Vorschlag von örtlichen Roma-Selbstverwaltungen eingeladen werden, das Zusammenleben in einer Gemeinschaft kennenzulernen und dabei mit Vorbildern des öffentlichen Lebens wie zum Beispiel Polizisten, Krankenschwestern oder Politikern in Kontakt zu treten. Von ganz besonderer Wichtigkeit sei dabei das Erlernen der gegenseitigen Akzeptanz und To-

leranz, sei es im Verhältnis der Kinder untereinander oder auch zwischen den Kindern und Betreuern.

Probleme in Hinsicht auf die Akzeptanz hat György Makula als Roma-Polizist am eigenen Leibe erfahren. Um einen Beitrag zur Roma-Integration leisten zu können, ist er aktives Mitglied von FAERLEO (Fraternal Association of European Law Enforcement Officers). Dabei handle es sich um eine NGO, die aus Fachleuten des Polizeiwesens aus sechs europäischen Ländern bestehe. Da es zwar Roma im Dienst der Polizei gebe, diese aber oftmals nichts voneinander wüssten, habe man eine Plattform zum Kennenlernen und zur eigenen Identitätsfindung schaffen wollen, so Makula. Immerhin sei das Projekt so erfolgreich, dass FAERLEO Ende November 2015 beim Minderheitenforum der UNO in Genf vertreten war.

Als letzter Referent schloss Jenő Setét vom Büro für Rechtsschutz von nationalen und ethnischen Minderheiten den Projekt-Rundgang ab. Er betonte nochmals die mangelnde politische Repräsentation der Roma und sprach den Roma-Selbstverwaltungen die Fähigkeit ab, politischen Druck aufbauen zu können. Den vorgestellten Projekten zollte er großen Respekt, merkte gleichzeitig jedoch an, dass ohne ein Handeln des Staates gegen die strukturelle Ausgrenzung der Roma Partizipation keine Frage des Willens, sondern eine der mangelnden Möglichkeiten sei.

Zustand der Roma-Selbstverwaltungen

Zum Abschluss des Workshops fand eine kontrovers geführte Podiumsdiskussion im Spiegelsaal der AUB statt. Den Fragen der Moderatorin Nóra L. Ritók stellten sich Norbert Hegedüs (ORÖNK – Staatliche Roma Selbstverwaltung), István Antal und Attila Sztojka vom Staatssekretariat für soziale Inklusion (Hauptabteilung für Inklusion, Hauptabteilungsleiter). Wenig Einigkeit bestand bezüglich der Frage, welche Wirkung die aktuellen negativen Schlagzeilen im Zusammenhang mit der Roma Selbstverwaltung – wie die über das Unterschlagen von finanziellen Mitteln – haben. Klare Stand-

punkte waren jedoch beim Thema Roma-Selbstverwaltungen und der Frage zu erkennen, inwiefern dieses System geeignet und als bottom-up-Ansatz zu verstehen sei. Hegedüs sprach in diesem Zusammenhang die lange Tradition dieser Selbstverwaltungen und die Bereitschaft der Abgeordneten zu Veränderungen an. Kritisch sah er vor allem die aktuelle Entwicklung rechtspopulistischer Parteien, die sich die mangelnde Entwicklung in den Dörfern zu Nutze machen und durch Zusagen versuchen, ihre augenscheinliche Vormachtstellung zu sichern. Gar als Geschenk bezeichnete István Antal die Selbstverwaltungen. Sie seien ein demokratisches Gut, zudem sei die kulturelle Autonomie durch die Selbstverwaltungen gestärkt worden. Etwas verhaltener drückte sich Attila Sztojka aus. Er halte das System der Selbstverwaltungen zwar für geeignet, jedoch müsse man sich weniger fragen, ob denn genug Mittel zur Verfügung stehen, sondern ob von den zur Verfügung stehenden Mitteln überhaupt Gebrauch gemacht werde. Insofern müsse zunächst der Mangel an know-how überwunden werden.

Nóra L. Ritók schloss die Podiumsdiskussion mit den Worten, dass es sie trotz unterschiedlicher Meinungen positiv stimme, dass sich die verschiedensten Akteure für die Integration der Roma einsetzen und alle dieses gemeinsame Ziel verfolgen.

Tobias Haußmann

 **Hanns
Seidel
Stiftung**



**DONAU
INSTITUT**
ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG

„Versöhnung in Europa – Wunschdenken oder Realität?“

Das Polnische Institut, die Polnische und die Deutsche Botschaft sowie die AUB luden am 14. Dezember 2015 Studierende und andere Interessierte zu einem Rundtischgespräch zum Thema „Versöhnung in Europa – Wunschdenken oder Realität?“ ein.



Parallele Diskussion in den Arbeitsgruppen.

Nach einer kurzen Einführung von AUB-Prorektor Prof. Dr. Hendrik Hansen wurde die Veranstaltung mit den Grußworten des deutschen Botschafters Dr. Heinz-Peter Behr und des polnischen Botschafters Roman Kowalski eröffnet. Beide betonten dabei, dass Versöhnung in Europa kein abgeschlossener Vorgang sei, sondern ein fortdauernder Prozess, für dessen Erfolg insbesondere auch die Jugend in Europa verantwortlich sei. Der deutsche Botschafter führte aus, dass es gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Lage wie der Flüchtlingsfrage und dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa und auch in Deutschland aktuell sei, dass sich die europäische Jugend nicht den Verlockungen der spaltenden Kräfte hingeebe, sondern weiterhin an einem gemeinsamen Europa arbeite.

Danach wurde in drei Kleingruppen über den Stand der Aussöhnung in Europa debattiert. In diesem Zusammenhang wurde zunächst der Stand der Versöhnung in Europa (und insbesondere an den Beispielen Deutschland-Frankreich bzw. Deutschland-Polen) positiv dargestellt. Gerade die AUB mit ihren Studierenden aus vielen verschiedenen europäischen Ländern zeige, dass Versöhnung Realität geworden sei.

Bei einem anschließenden Rundtischgespräch zu den Möglichkeiten der Förderung der Versöhnung stellte Dr. Agnieszka von Zanthier, Geschäftsführerin der Freya-von-Moltke-Stiftung für das Neue Kreisau aus Berlin, die Frage in den Raum, inwieweit der Begriff „Versöhnung“ für die heutige Jugend noch von Bedeutung sei. Versöhnung setze bekanntlich Schuld voraus und diese hätte vor-

ausgehende Generationen, nicht die heutige, auf sich geladen. Moderiert wurde das Gespräch von Dariusz Pawlos, dem Vorsitzenden des Vorstandes der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ aus Warschau, und von Dr. Ulrich Schlie, Professur für Diplomatie II an der AUB. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussions, bei der immer wieder hervorgehoben wurde, wie wichtig eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit der eigenen Gesellschaft sei und dass das Projekt der Versöhnung aufgrund fortdauernder gesellschaftlicher Verantwortung noch nicht abgeschlossen sei. Kritisch wurde die vor allem in Osteuropa vorkommende Instrumentalisierung und Umdeutung von Geschichte beleuchtet. Diesem Phänomen sei jedoch nur mit guter, vor allem historischer Bildung zu begegnen.

Im Anschluss wurden mehrere studentische Arbeiten zum Thema für ihre besonders gelungene Darstellung ausgezeichnet. Die Veranstaltung endete mit einem kleinen Empfang.

Deutsche Botschaft Budapest



Lengyel Köztársaság
Nagykövetsége

Internationales Management – Unsicherheit und Komplexität

Vortragsreihe mit Führungskräften in Ungarn erfolgreich fortgesetzt

Auch in diesem Jahr bot der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der AUB Studierenden und interessierten Gästen „Management-Praxis aus erster Hand“: Topmanagerinnen und –manager der Region gewährten mit spannenden Vorträgen und in Diskussionsrunden Einblicke in die Führungspraxis der Gegenwart.

Die Vorträge im Rahmen der vom Beauftragen des Rektors für Wirtschaftskontakte Dr. Jörg Dötsch organisierten Vorlesungsreihe „Internationales Management“ orientierten sich thematisch an zwei grundlegenden Herausforderungen des Managements: Unsicherheit und Komplexität. Ein besonderer Mehrwert der Reihe

lag darin, diese Herausforderungen aus der Sicht unterschiedlicher Branchen zu beleuchten. Dabei versäumten es die Vortragenden nicht, neben der Darstellung ihrer Aktivität im Unternehmen zu vermitteln, welchen persönlichen Anspruch eine Führungsposition in Topunternehmen bedeutet.

So glückte es der Vortragsreihe auch in diesem Jahr nicht nur mit einschlägiger Expertise die klassischen Management-Themen anhand regionaler Beispiele greifbar zu machen, sondern auch über den Tellerrand hinaus kulturelle, politische, rechtliche und persönliche Herausforderungen offen und auf hohem Niveau zu diskutieren. Damit trugen die Vortragenden einmal mehr dazu bei, dass die AUB ihrem Anspruch als mitteleuropäischer Begegnungsraum und Exzellenz-Universität gleichermaßen gerecht wurde.



6. Oktober 2015: Tanja Vainio, CEO ABB Magyarország, begeisterte durch klare Antworten auf komplexe Herausforderungen – am Arbeitsplatz und darüber hinaus.



13. Oktober 2015: Dr. Marie-Theres Thiel, CEO Elmű/Émász, Vorsitzende des Aufsichtsrats Mátrai Erőmű Zrt. und Mitglied des Vorstandes RWE East zeigte, dass Probleme von heute langfristige Chancen sein können.



27. Oktober: Jürgen Grunert, Member of Management Board IT Services Hungary Ltd., Vice President Finance & Controlling, veranschaulichte, wie man Persönlichkeit einbringt und Stärken entwickelt.



3. November 2015: Javier Gonzalez Pareja, Repräsentant der Bosch Gruppe in Ungarn sowie General Manager Robert Bosch Kft., hob hervor, dass es die Menschen sind, die Unternehmen erfolgreich machen.



10. November 2015: Matthias Krömer, Head of Consumer Marketing Vodafone Hungary, machte anhand der eigenen Praxis deutlich, dass Unsicherheit eine Chance ist.



17. November 2015: Wilfried Gepp, Managing Director OMV Hungaria Kft., erläuterte, dass auch gute Strategien manchmal neu erfunden werden müssen, um zu nachhaltigem Erfolg führen zu können.



24. November 2015: Dale A. Martin, Präsident und CEO Siemens Zrt. sowie Präsident der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, begeisterte die Studierenden mit einer interaktiven Vorlesung und stellte anschaulich dar, wie Führungspersonen an komplexe Herausforderungen herangehen sollten.



08. Dezember 2015: Dr. Arne Gobert, CEO BWSP Gobert & Partners sowie Vorstandsvorsitzender des Deutschen Wirtschaftsclubs Ungarn, beeindruckte durch regionale Expertise und politischen Weitblick – über die vielfältigen Aspekte von Rechtssicherheit im internationalen Management hinaus.



15. Dezember 2015: Wie komplex zeitgemäßes Risikomanagement geworden ist und wie vielschichtig die Herausforderungen an das Management sind, erläuterte anhand der eigenen Erfahrungen Dr. Gerhard Waltl, ICM@Bayer/ Lead BHC HQF Germany.

Portrait

Interview mit Ulrich Schlie



Abteilung der Zentrale oder bei Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York – vor allem auch eine ganze Reihe „exotischer“ Aufgaben beschert hat. So durfte ich in den Jahren nach 1995 dem damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Wolfgang Schäuble, in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik zuarbeiten, hatte 2001/2002 als Gastprofessor den Alfred-Grosser-Lehrstuhl am Institut d'Études Politiques de Paris (Sciences Po) inne und war von 2003 bis 2005 beim Hessischen Ministerpräsidenten zuständig für Internationale und Europäische Angelegenheiten.

Ulrich Schlie ist als Nachfolger von Dr. Thomas Schmitt seit September 2015 Leiter der Professur für Diplomatie II an der Fakultät IB.

- *Herr Schlie, wie kam es dazu, dass Sie nun an der AUB lehren? Haben Sie schon vorher von unserer Universität gehört?*

Es ist auch für mich eine Überraschung gewesen, dass ich im vergangenen September nach Budapest versetzt wurde. Das Rotationsprinzip des Auswärtigen Dienstes garantiert ständigen Wechsel und bisweilen Unvorhergesehenes. Als ich im vergangenen Juni gefragt wurde, ob ich mir eine Tätigkeit an der AUB vorstellen könne, habe ich dies gerne bejaht, denn neben meiner bisherigen Tätigkeit im Auswärtigen Dienst habe ich immer wieder an deutschen und europäischen Universitäten unterrichtet. Die AUB ist mir seit ihrer Begründung ein Begriff. Doch es ist immer etwas anderes, auf dem Papier von einer Institution zu lesen als in ihr wirken zu dürfen.

- *Die Frage nach Erfahrungen in einem internationalen Umfeld, die wir sonst in unseren Portraits stellen, erübrigt sich bei einem Diplomaten: Stattdessen bitten wir Sie, über Ihre bisherige Tätigkeit als Diplomat und Historiker zu erzählen.*

Vor der Aufnahme in einen Auswärtigen Dienst steht immer das Studium – an einer Universität braucht man an die Bedeutung dieser Binsenweisheit nicht zu erinnern. In meinem Fall führte mich das Studium der Geschichte, Volkswirtschaftslehre, Romanischen Philologie und Politikwissenschaft an die Universitäten Erlangen-Nürnberg, Köln, Bonn und London (LSE). Danach schloss sich ein leider zu kurzer Aufenthalt im Rahmen der Promotionsvorbereitung am Deutschen Historischen Institut in Rom an, anschließend eine zweijährige berufliche Tätigkeit am Forschungsinstitut der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Ebenhausen im Isertal (heute Berlin). 1993 trat ich dann in den Auswärtigen Dienst ein, der mir neben den klassischen Verwendungen – etwa in der Politischen

Knapp zehn Jahre, von 2005 bis 2014, habe ich unter vier Verteidigungsministern als Leiter Planungsstab und als Politischer Direktor im Bundesministerium der Verteidigung gedient, bevor ich mich im Jahr 2014/15 als Fellow am Weatherhead Center der Harvard University mit der Zukunft der internationalen Staatenwelt beschäftigt habe.

- *Sie sind erst seit September in Budapest: Was gefällt Ihnen am besten an der Stadt? Haben Sie bereits auch weniger positive Erfahrungen?*

Budapest ist eine wunderbare Stadt mit einem eigenen Charme und wohl auch einer ganzen Reihe von Geheimnissen, die man erst entdecken und entschlüsseln muss. Immer wieder bin ich davon angetan, wie sehr die Donau diese architektonisch und auch landschaftlich so reizvolle Stadt prägt. Als passionierter Langstreckenläufer und Wanderer freue ich mich darauf, zusammen mit meiner Familie die Umgebung in den nächsten Monaten zu erschließen.

Semesterrückblick

STUDIERENDENSCHAFT, DOKTORANDINNEN & ALUMNI

AUB-Studierende bei der Salzburger Hochschulwoche 2015

Zehn Studierende ermöglichte die AUB dank einer Kooperation mit den Salzburger Hochschulwochen (SHW) die Teilnahme an der Hochschulwoche vom 27. Juli bis zum 2. August 2015 zum Thema „Prekäre Humanität“. In Vorträgen und Workshops wurde dabei zusammen mit Theologen und anderen Wissenschaftlern naturwissenschaftliche Expertisen und historische Vergewisserungen herangezogen und somit die „Humanität auf den Prüfstand gestellt“. Anhand theologischer und kulturwissenschaftlicher Deutungsmuster wurde so aufgezeigt, was Humanität im 21. Jahrhundert bedeutet.



Donauschiffahrt des Alumni-Vereins



September 2015 an der 2. Donauschiffahrt des Alumni-Vereins teil.

Bei strahlendem Sonnenschein, guten ungarischen Weinen und leckeren Kleinigkeiten genossen die Gäste während der zweistündigen Schifffahrt das unvergleichliche Panorama Budapests.

Der Alumni-Verein bedankt sich bei allen Gästen für die tolle Zeit und freut sich schon auf das nächste gemeinsame Ereignis!

Rund 60 Professorinnen und Professoren, alte und neue Alumni und Freunde der AUB nahmen am 16.



„Zusammen zur Einheit“ – Puzzleteil der AUB-Studierenden

Zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung wurde unter dem Motto „Zusammen zur Einheit“ in 34 deutschen Auslandsvertretungen auf der ganzen Welt eine Mitmach-Aktion gestartet. Jede Vertretung bekam ein 27 m² großes Puzzle in Form einer Deutschlandkarte, dessen Teile an verschiedene Institutionen in dem jeweiligen Land verteilt wurden. In Ungarn wurden die Puzzleteile von Schülerinnen und Schülern, verschiedenen Künstlerinnen und Künstlern und auch von Studierenden der AUB gestaltet.

Auf dem Puzzleteil der AUB (angefertigt von Krisztina Takács, Nikolett Somlyai und Tilo Schmidt) ist die Zahl 25 zu erkennen, welche als Glückwunsch zum 25. Jahrestag der Deutschen Einheit gedacht ist. Bei näherer Betrachtung erkennt man, dass kleine Portraits diese Zahl ergeben. Damit sollte die Idee der Puzzle-Aktion verbildlicht werden: Einzelne Details ergeben ein Ganzes – wie in der Geschichte einzelne Beiträge und Geschehnisse zu einem größeren Ergebnis beitragen. Die Portraits zeigen Studierende der AUB, welche zum größten Teil aus Deutschland

und aus Ungarn kommen und einige Jahre vor oder nach, aber auch im Jahr der Wiedervereinigung selbst geboren sind.

Der Gesandte der Deutschen Botschaft Budapest, Dr. Dr. Manfred P. Emmes, fasste die Puzzlebotschaften in seinem Grußwort zusammen: „Das Besondere an diesem Puzzle ist nicht nur seine äußere Gestaltung, sondern das, wofür es heute steht. Es steht zunächst für ein geteiltes Deutschland. Für ein Deutschland, dass über vier Jahrzehnte scheinbar willkürlich in zwei Teile geteilt war. Es symbolisiert aber – nach der Zusammenfügung



Krisztina Takács, Nikolett Somlyai und Tilo Schmidt mit dem AUB-Puzzleteil.

– auch das wiedervereinigte Deutschland, dessen 25-jähriges Bestehen wir heute feiern können.“

*Nikolett Somlyai
und Krisztina Takács*

Der Debattierclub – streiten, aber professionell!

Der Debattierclub wurde von dem Team des Young Citizens Danube Network (YCDN) und Studierenden der AUB gegründet und zurzeit vom YCDN geleitet. Ziel ist es, Studierenden die hohe Kunst des professionellen Streitens näher zu bringen.

Dabei werden Themen behandelt, die so abwechslungsreich sind, wie das Leben selbst: von der festen Frauenquote (Thema: Der nächste Rektor der AUB muss eine Frau sein) bis hin zur Beteiligung an Kampfeinsätzen (Thema: Deutschland soll sich am Kampf gegen den IS aktiv beteiligen) ist alles möglich. Momentan treffen sich die Studierenden alle zwei Wochen. Dabei gibt es zu Beginn meist eine kurze theoretische Einführung, anschließend wird dann heiß debattiert. Der Theorieteil umspannt z. B. Themen wie den Aufbau einer guten Argumentation oder das Erklären verschiedener Debattenformate. Anschließend werden Teams gelost, das zu diskutierende Thema wird ihnen dann i. d. R. kurzfristig mitgeteilt. Das ist v. a. für zwei Dinge wichtig, die man immer im Leben gut gebrauchen kann: Spontanität und Flexibilität. Sind

die Teams dann ausgelost geht es an die Vorbereitung der Debatte: abhängig von dem Debattierformat und der Anzahl der Teammitglieder gibt es meist eine Person, die die Debatte eröffnet und eine, die die genannten Argumente des Teams zusammenfasst. Die anderen Teammitglieder bringen einzelne Argumente für ihre Position hervor. Das ist manchmal eine ganz schöne Herausforderung, gerade wenn man persönlich nicht diese Meinung vertritt. Aber gerade das ist es, was hier trainiert wird: sich in die Argumentationsstränge des anderen hineinzusetzen und dessen (potentielle) Argumente auszuhebeln. Für das Jahr 2016 haben wir uns überlegt, den Theorie- und Debattierclub zeitlich getrennt voneinander zu gestalten und die Debatten dann auch öffentlich zu führen. Dazu laden wir alle Studierenden der AUB ganz herzlich ein, sich aktiv – entweder als Mitdebattierer oder Teil des Publikums – zu beteiligen! Von den Aktivitäten unseres Debattierclubs profitieren deutsche



Muttersprachler ebenso wie Kommilitonen, die Deutsch als Fremdsprache erlernt haben. In erster Linie geht es um das persönliche souveräne Auftreten in Debatten, Argumentationssituationen und in Präsentationen, um die innere Schlüssigkeit des Gesagten und um die Freude am gemeinsamen Bedenken aktueller politischer Themen. Von uns allen an der AUB tagtäglich gefordert, kaum jemandem einfach so in die Wiege gelegt. Und das Beste daran: am Ende gewinnen alle!

Romy Rupert



**Young Citizens
Danube Network**

Ergebnisse der Wahlen der Studierendenvertretung für die Amtszeit 2015/2016

Vorsitz der Studierendenschaft

1. Vorsitzende: Krisztina Takács
2. Vorsitzende: Romy Ruppert

Senat

IB: Theresa Kases
VSR: Árpád Lapu
MES: Alicia Hoor

Ausschuss für Chancengleichheit

Lorenz W. Fischer
Stellvertreter: Donald Pasha

Studienkommission

Felix Dörstelmann
Stefan Drexler
Borbála Gintner
Theresa Kases
Nikolett Somlyai

Bibliothekskommission

Elisabeth Bán

Fakultätsrat MES

Elisabeth Bán

Fakultätsrat VSR

Árpád Lapu
Sarlotha Pethő
Katja Posselt

Fakultätsrat IB

Stefan Drexler
Markus Ell
Lorenz W. Fischer
Sebastian Niemetz

AUB-Alumni zu Besuch beim niederländischen Botschafter in Budapest

Der AUB-Alumni-Verein organisierte in Kooperation mit den ungarischen Alumni des College of Europe (Bruges & Natolin) und dem Business Council for Sustainable Development in Ungarn einen Vortrag von Prof. Dr. Jan Peter Balkenende (ehemaliger niederländischer Ministerpräsident). Die Veranstaltung fand am 4. Dezember 2015 in der Residenz des Botschafters des Niederländischen Königreichs und Schirmherrn der Veranstaltung, Seiner Exzellenz Gajus Scheltema, statt.

Nach der Begrüßung durch den Botschafter leitete der Hauptorganisator der Veranstaltung, Bálint Bassola in das Thema ein. Prof. Balkenende ist derzeit Partner bei Ernst & Young (NL) und Professor an der Erasmus-Universität in Rotterdam. In seinem Vortrag befasste er sich mit dem Thema „Is sustainable development reconcilable with economic competition? – risks, opportunities and what we can learn from VW and similar cases“ und



AUB-Alumni und weitere Gäste in der Residenz des niederländischen Botschafters.

diskutierte anschließend mit den Zuhörern über verschiedene Aspekte des Themas. Die Veranstaltung wurde mit einem Sektempfang abgerundet.

Der AUB-Alumni-Verein bedankt sich an dieser Stelle für die Einladung!

Martin Wodraschke, Präsident



Fokus IB - Internationale Beziehungen und Diplomatie in der Praxis

Das Programm „Fokus IB“ ist eine Initiative von AUB-Studierenden: Wir wollen damit unsere an der Universität

erworbenen theoretischen Kenntnisse mit praktischen Erfahrungen ergänzen. Im Rahmen des Programms wollen wir

Einblicke in die tägliche Arbeit von internationalen Organisationen, Ministerien und Verwaltungsstellen erhalten und er-

fahren, wie die Welt der internationalen Beziehungen in der Praxis funktioniert und was uns als (hoffentlich) zukünftige Experten in diesem Bereich erwartet.

Die erste „Station“

Der erste Besuch im Rahmen des Programms fand am 26. November 2015 im ungarischen Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel statt. Unsere Gruppe wurde von Zsolt Bóta, Abteilungsleiter Europäische Beziehungen und von Dr. Bibor Hochmann, Referentin für deutsche Beziehungen, empfangen.

Zuerst wurde uns kurz die Geschichte des Gebäudes und der Aufbau des Ministeriums vorgestellt. Danach konnten wir das hauseigene Panora-



Auf der Terrasse des Panorama-Restaurants des Ministeriums.



Gruppenfoto mit Zsolt Bóta und dem Original des Graf Andrássy-Gemäldes, welches als Kopie im Andrássy-Saal unserer Universität zu finden ist.

ma-Restaurant besichtigen, in dem die offiziellen Empfänge des Ministers mit hochrangigen Gästen stattfinden und bekamen interessante Einblicke in das Protokoll und die möglichen Menüs bei solchen Veranstaltungen.

Teil der Führung war auch die Besichtigung der Büsten von berühmten ungarischen Außenministern sowie ein Blick in die Miklós Bánffy-Bibliothek sowie die spontane Möglichkeit, die Arbeitsräume des ungarischen Außenministers Péter Szijjártó zu sehen.

Abschließend hielt Zsolt Bóta einen kurzen Vortrag über die deutsch-ungarischen Beziehungen und lud uns zu einem Empfang mit Kaffee und Kuchen ein.

Die zweite „Station“

Am 10. Dezember setzten wir die Reihe fort und besuchten die Schweizerische Botschaft in Budapest.



Ein Gruppenfoto mit dem Botschafter und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Botschaft durfte natürlich auch nicht fehlen.

Der schweizerische Botschafter Jean-François Paroz stellte uns die Tätigkeiten der Botschaft vor und gab uns einen Überblick über die schweizerisch-ungarischen Beziehungen. Im Anschluss gaben uns Konsul Benno Stauffer sowie der Beauftragte für Wirtschaft und Handel Robert Kattein und Dóra Huszti-Hambuch, Beauftragte für Kultur und Bildung, Einblicke in ihre Arbeit an der Botschaft und beantworteten Fragen zu ihren Karrierewegen und zum Alltag in der Welt der Diplomatie.

Wir bedanken uns an dieser Stelle bei unseren Gastgebern im Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel und bei der Schweizerischen Botschaft für die praktischen und interessanten Einblicke, ein abwechslungsreiches Programm und den freundlichen Empfang und bei Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Professur für Politische Theorie und europäische Demokratieforschung an der AUB, für die Unterstützung unseres Projektes!

Edina Osztrovszky



Botschafter Jean-François Paroz überraschte uns mit einer Einladung zu einem kleinen Empfang in gemütlicher Runde direkt zu Beginn unseres Besuchs.

Darüber haben wir im Sommersemester 2015 nicht berichtet...

„In der Mundart bleiben wir zu Hause“

Gespräch mit Angela Korb an der AUB

Am 12. März 2015 hatten Interessierte in der Österreichbibliothek „György Sebestyén“ die Gelegenheit, mit der bekannten ungarndeutschen Dichterin Angela Korb über verschiedene Aspekte ungarndeutscher Literatur zu diskutieren. Moderatorin des Nachmittags war Dr. Orsolya Lénárt, Oberassistentin der Fakultät für Mitteleuropäische Studien an der AUB. Sie stellte die in Pécs/Fünfkirchen geborene und in einem kleinen Ort in der Braunau aufgewachsene Autorin vor.

Angela Korb ist Mitarbeiterin bei dem ungarndeutschen Wochenblatt „Neue Zeitung“ und bei dem Verein „Vudak“ (Verband Ungarndeutscher Autoren und Künstler). 2011 erhielt sie den Förderpreis des Donauschwäbischen Kulturpreises des Landes Baden-Württemberg als „Anerkennung und Würdigung der Verdienste um die Erhaltung und Förderung des Kulturgutes der Donauschwaben“.

In welcher Sprache sollte die ungarndeutsche Literatur geschrieben werden? – stellte die Moderatorin zu Beginn zur Diskussion. Korb erläuterte, dass dies wirklich eine grundlegende Frage sei, denn die Mundart wechsele von Dorf zu Dorf. So sei ihre Sprache pfälzisch geprägt, eine Sprache, die ihr ans Herz gewachsen sei. Die Rezeption sei nicht leicht, denn nicht alle ungarndeutschen Leser hätten die gleiche Mundart. Außerdem sei es schwierig, im Dialekt zu schreiben, denn dieser sei keine Schriftsprache, sondern eine gesprochene Sprache. So sei klar, dass es heute für die ungarndeutsche

Literatur nicht typisch sei, eine Mundart zu benutzen.

Auf die Frage über die Gegenpole „Stadt und Dorf“ erzählte Korb, dass sie fasziniert von der Stadt sei. Die Eindrücke, Impulse und Möglichkeiten der Stadt würden sie zum Hinhören, Beobachten und zu einer literarischen Verarbeitung des Erlebten inspirieren. Korb sieht die Identität als „eine sehr komplizierte Angelegenheit“. Der Mensch bestehe aus vielen Facetten, und Sprache sei eine davon.

Ein wichtiger Punkt, denn der Verlust der Sprache zerstöre viel in der Identität der Gemeinschaft.

Trotz fehlendem Nachwuchs in der ungarndeutschen literarischen Welt äußerte sich Korb optimistisch über die Zukunft. Sie sähe positive Entwicklungen im ungarndeutschen

Schulsystem und in den Institutionen. Der wichtigste Punkt aber sei für sie die erste Sozialisation in der Familie. So veröffentlichte Angela Korb etwa eine Märchensammlung für Kinder, deren Geschichten von ihrer Großmutter erzählt worden war; der Titel der Sammlung lautet „Reigöd vum Weidepam“.

Auf Fragen aus dem Publikum erläuterte sie, dass die ungarndeutschen Literaten enge Beziehungen zu deutschsprachig Schreibenden aus Temesvár, Südtirol und Belgien pflegen würden. Sie nannte das Motto des Österreichischen Mundartvereins als anstrengenswert: „Echtschreibung statt Rechtschreibung“.

Der Artikel von Anett Hajnal erschien im ungarndeutschen Wochenblatt „Neue Zeitung“, Jg. 59 (2015), Nr. 12, S. 4.



Bayernexkursion 2015

Um die Strategie „BAYERN DIGITAL“ kennenzulernen, mit der Bayern zur Leitregion beim digitalen Aufbruch werden soll, fand vom 22.-24. April 2015 eine Studienfahrt nach Bayern statt. Die 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten im Sommersemester 2015 zur Vorbereitung bereits ein Forschungsseminar zur Analyse von Geschäftsmodellen im IT-Sektor und konnten die gewonnenen Eindrücke zu den Möglichkeiten der Digitalisierung sowie Konsequenzen und Potenziale so in das Seminar einbringen.



Am 21. April startete die Gruppe mit dem Bus von Budapest nach München. Das Programm der Exkursion begann am 22. April mit einem Besuch im Bayerischen Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Dort hatte die Gruppe die Gelegenheit, mit dem Staatssekretär Bernd Sibler und der Ministerialrätin Claudia Mangels die Strategien zur Digitalisierung der Bayerischen Hochschulen zu diskutieren. Im Anschluss an den Termin besuchte die Gruppe die Firma Hype AG. Der Geschäftsführer Markus Rieger stellte der Gruppe das Unternehmen und seine Tätigkeitsbereiche vor: Dabei zeigte er zahlreiche Beispiele für die Entwicklung von innovativen Produkten und Dienstleistungen auf, die mit Hilfe von Crowdsourcing verwirklicht worden sind.

Am Nachmittag des 22. April besuchte die Gruppe den Bayerischen Landtag, wo ein Gespräch mit Mitgliedern des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst stattfand. Der Vorsitzende Prof. Dr. Michael Piazzolo begrüßte die Gruppe, und im Anschluss berichteten die MdL Manuel Westphal, Martina Fehlner, Verena

Osgyan, Rosi Steinberger und Isabell Zacharias über die Arbeit des Ausschusses sowie aktuelle Trends in der Hochschulpolitik in Bayern. Außerdem diskutieren die Abgeordneten mit den Studierenden über politische Bildung und über die Herausforderungen der ungarischen Bildungspolitik. Im Anschluss war die Gruppe zu einem Vortrag von Manfred Lux zur Außenwirtschaft und zum Standortmarketing des Freistaates Bayern im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie eingeladen. Außerdem gab Stephen Siering vom Referat „Invest in Bavaria“ den Studierenden nähere Informationen zur Ansiedlungspolitik des Freistaates Bayern.

Am zweiten Tag der Exkursion startete das Programm mit einem Besuch in der Bayerischen Staatskanzlei. Nach einer Führung durch das Gebäude hielt Klaus Ulrich einen Vortrag zur Europa- und internationalen Politik Bayerns. Außerdem trafen die Studierenden die Bayerische Europaministerin Beate Merk, die über ihre Arbeit und Tätigkeitsfelder berichtete. Zum Schluss

stellte Tanja Simon Möglichkeiten der interregionalen Zusammenarbeit im Rahmen von „INTERREG V“ vor. Im Anschluss fuhr die Gruppe weiter nach Nürnberg. Dort stand zunächst ein Besuch bei der DATEV eG auf dem Programm. Dr. Simone Ciron und Sebastian Oelmann, die im Bereich der strategischen Unternehmensentwicklung tätig sind, sprachen über die Arbeit der DATEV als Genossenschaft für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Rechtsanwälte sowie über Datenschutz, Softwareentwicklung und über innovative Datensicherungskonzepte. Nach dem Besuch der DATEV eG nahm die Gruppe an einer Führung über das ehemalige Reichsparteitagsgelände teil, welche von der Inhaberin und einem wissenschaftlichen Mitarbeiter des Lehrstuhls für Didaktik der Geschichte der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Prof. Dr. Charlotte Bühl-Gramer und Hannes Burkhardt, durchgeführt wurde.

Den Abschluss der Studienfahrt bildete am 24. April ein Besuch im Medical Valley Erlangen. Fokus hierbei waren die Digitalisierung und Prozessinnovationen im Gesundheitswesen. Zu Beginn des Besuchs bot Dr. Steffen Schmidt, Projektleiter des Bereichs Healthcare IT im Clustermanagement, einen Überblick über das Medical Valley und die beteiligten Firmen. Ein laufendes Projekt zur sektorübergreifenden Vernetzung im Medikationsmanagement, bei dem die verbesserte Koordination und Übersichtlichkeit des „MediPlan Online“ die Arbeit von Pflegekräften erleichtern und Fehlmedikation verhindern soll, stellte anschließend Ralf König vor. Der Besuch im Medical Valley und die Gespräche stellten ein interessantes Anwendungsbeispiel für die bayerische Digitalisierungsstrategie dar.

Organisiert wurde die Exkursion und das Forschungsseminar von Prof. Dr. Martina Eckardt und Prof. Dr. Stefan Okruch. Dr. Lukas Paa und Dr. Felix Piazzolo unterstützten das Forschungsseminar. Janina Apostolou war für die Vorbereitung und Organisation der Studienfahrt zuständig. Die Bayerische Staatskanzlei unterstützte die Fahrt finanziell.



University
of National
Excellence



EMBERI ERŐFORRÁSOK
MINISZTERIUMA



DAAD

Deutscher Akademischer Austauschdienst
German Academic Exchange Service

Baden-
Württemberg
Stiftung